

PROTOKOLL

über die 33. Sitzung (außerordentliche) des Gemeinderates

der Stadt Steyr

am Donnerstag, 14. Februar 2008, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach

Gerhard Bremm

Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN:

Wilhelm Hauser

Gunter Mayrhofer

Walter Oppl

GEMEINDERÄTE:

DI Christian Altmann

Kurt Apfelthaler

Karl Baumgartner

Rudolf Blasi

Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta

Roman Eichhübl

Ernst Esterle

Ute Fanta

Helga Feller-Höllner

Martin Fiala

MMag. Michaela Frech

Monika Freimund

Ing. Wolfgang Hack

Gerald Hackl

Ing. Franz-Michael Hingerl

Mag. Stephan Keiler LL.M.

Mag. Gerhard Klausberger

Rudolf Kohl

Andreas Kupfer

Hans Payrleithner

Rosa Rahstorfer

Dr. Michael Schodermayr

Rudolf Schröder

Mag. Erwin Schuster

Silvia Thurner

Ursula Voglsam

Eva-Maria Würhleitner

Mag. Helmut Zöttl

VOM AMT:

MD OSR Dr. Kurt Schmidl

MD-Stv. Präs Dir. SR Dr. Gerhard

Alphasamer

SR Mag. Helmut Lemmerer

OMR Mag. Helmut Golda

Dr. Michael Chvatal

OMR Dr. Gerald Schmoll

Dr. Christian Grininger

ENTSCHULDIGT:

StR Ingrid Weixlberger

GR Harald Dunst

PROTOKOLLFÜHRER:

Thomas Schwingshackl

Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES
GEM. § 54 ABS. 3 STS
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates
gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

KEINE VORHANDEN

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

ÖAG-2/94

Zahlungen und Haftungen im Zusammenhang mit
der Causa „Vorwärts“.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, hoher Gemeinderat, werte Gäste. Ich darf euch zu unserer heutigen außerordentlichen Gemeinderatssitzung ganz herzlich begrüßen. Ich darf feststellen, dass ordnungsgemäß einberufen wurde und dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Protokollprüfer sind heute der Herr GR Mag. Stephan Keiler und die Frau GR Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner. Entschuldigt sind heute der Herr GR Dunst und die Frau StR Weixlberger.

Ich komme gleich zum Punkt 2), **Beantwortung von allfälligen Anfragen.**

Die ÖVP-Fraktion richtete mit Schreiben vom 07. 02. 2008 nachstehende Anfrage an mich:

„Die Stadt Steyr ist Ausfallsbürge betreffend eines Kredites der SK Vorwärts im Ausmaß von 9 Mio. Schilling. Nachstehende Anfrage ist lediglich unter dem Gesichtspunkt zu sehen, dass die Ausfallsbürgschaft der Stadt Steyr überhaupt zu Recht besteht.

Gibt es neben der Stadt Steyr andere (vorrangig) Haftende, wie etwa die damaligen Vorstandsmitglieder des SK Vorwärts? Wenn ja, wer sind die mithaftenden Personen und in welchem Ausmaß ist deren Haftung?

Die Stadt Steyr wurde betreffend der von ihr übernommenen Ausfallhaftung mehrmals aufgefordert zu leisten. Wurden vorrangig Haftende, wie etwa die damaligen Vorstandsmitglieder oder Baumeister Müllner, je zur Zahlung aufgefordert und wenn ja – wann, wenn nein - warum nicht? Sind sie der Zahlungsaufforderung je nachgekommen, wenn ja, in welchem Ausmaß?

Welche Schritte sind von den damit Befassten unternommen worden, um

die Zusage der Haftungsübernahmen durch Vorstandsmitglieder rechtlich sicher zu stellen? Wo sind die vorrangigen Haftungen der Vorstandsmitglieder vertraglich festgehalten? Sofern es keine rechtliche Sicherstellung der Haftungszusagen der damaligen Vorstandsmitglieder gibt, ist die Stadt Steyr nunmehr alleiniger Bürge und sind die Entscheidungsträger der Stadt Steyr (Stadtsenat, Gemeinderat) darüber informiert worden?“

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

In der mit dem SK Vorwärts Steyr abgeschlossenen Vereinbarung vom 16. 03. 1995 ist festgehalten, dass der Sportverein einen weiteren Kredit neben den von der Stadt besicherten Kredit von 9 Mio. in der Höhe von 3 Mio. Schilling bei der Raika Sierning aufnimmt, der durch persönliche Haftungen von Vorstandsmitgliedern besichert werden soll. Diese persönlich haftenden Vorstandsmitglieder sollten sich gegenüber der Stadt verpflichten, Bürgschaftserklärungen für jene Beträge abzugeben, die von dem in der Höhe von 3 Mio. aufgenommenen Kredit bereits getilgt sind. Diese persönliche Haftung gegenüber der Stadt ist jedenfalls mit dem Betrag von 3 Mio. begrenzt und erlischt dann, wenn der Kredit, für den die Stadt eine Bürgschaftserklärung abgegeben hat, soweit getilgt ist, dass die Kreditschuld nur noch 6 Mio. Schilling beträgt.

Anlässlich einer Prüfung durch den Herrn Mag. Helmut Lemmerer vom 09. 02. 1996 wurden von diesem die damaligen Präsidenten Dittrich und Radlspäck aufgefordert, die persönlich haftenden Vorstandsmitglieder der Stadt bekannt zu geben. Dieser Aufforderung sind die Präsidenten nicht nachgekommen, daher ist anzunehmen, dass es dem Verein nicht gelungen ist, die Vorstandsmitglieder zur

Übernahme von persönlichen Haftungen gegenüber der Stadt zu bewegen.

Wie bereits oben dargestellt, besteht keine Haftung der damaligen Vorstandsmitglieder gegenüber der Stadt, da die Namen der Personen, die persönliche Haftungen über 3 Mio. Schilling Kredit übernommen haben, der Stadt nicht bekannt sind.

Herr Baumeister Müllner hat nie eine Haftung für die Bürgschaft der Stadt gegenüber der Raika Sierning abgegeben. Die Stadt hat, wie bekannt, mit Dringlichkeitsbeschluss des Stadtsenates vom 03. 06. 1998, der dem Gemeinderat in der Sitzung vom 18. 06. 1998 zur Kenntnis gebracht wurde, beschlossen, eine Garantieerklärung mit Betrag von 6 Mio. gegenüber des SK Vorwärts Steyr, zur Sicherung des Spielbetriebes in der Saison 1998/1999, abzugeben. Für diese Garantieerklärung wurde vom Baumeister Herbert Müllner bzw. der ihm gehörenden Herbert Müllner GmbH. eine gemeinsame Garantieerklärung gegenüber der Stadt im Betrag von 3 Mio. Schilling abgegeben, die jedoch nicht in Verbindung mit der Haftung der Stadt gegenüber der Raika Sierning zu bringen ist.

Wie bereits oben dargestellt, haben die Präsidenten über Aufforderung der Stadt die Bekanntgabe der persönlich haftenden Vorstandsmitglieder verweigert. Eine vertragliche Haftungsübernahme konnte daher nicht erfolgen. Abgesehen von einer möglichen Haftung der damaligen Präsidenten Dittich und Radlspäck gegenüber der Stadt, wird die Stadt für den Kredit von 9 Mio. Schilling nicht auf die damaligen Vorstandsmitglieder zurückgreifen können. Es muss jedoch festgehalten werden, dass ein derartiger Rückgriff auch bei Abschluss entsprechender Vereinbarungen nur dann möglich wäre, wenn der Schuldenstand des zu-

sätzlichen Kredites über 3 Mio. Schilling, für den private Vorstandsmitglieder bürgen sollten, unter den Betrag von 3 Mio. Schilling gefallen ist.

Jetzt hoffe ich, dass sich jeder auskennt, das ist nämlich nicht so einfach zu verstehen. Es geht bei diesen Vorstandsmitgliedern und bei dieser Bürgschaft immer um zwei Kredite, der eine 9 Mio. Schilling, der zweite 3 Mio. Schilling und die privaten Bürgen, wenn die irgendwelche Beträge zahlen würden, dann wäre das, gegenüber dem Kredit, wo die Stadt Steyr heute darüber diskutiert, über die 9 Mio. Schilling, erst dann wirksam, wenn die aushaftende Summe, also das Geld, welches noch aushaftend ist, unter 3 Mio. Schilling fallen würde. Nach meiner Auskunft, ist diese Summe nie unter die 3 Mio. Schilling gefallen, sondern eher um einiges darüber, laut Aussage der Raika über 300.000,-- Euro, also weit über 3 Mio. Schilling. Ich habe heute einen Gast hier, der Herr Dr. Grininger von der Raika, und der kann das mit Sicherheit bestätigen.

DR. CHRISTIAN GRININGER:

Das ist so, mehr kann ich dazu nicht sagen.

GEMEINDERÄTIN

DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Warum hat die Stadt Steyr nicht versucht, über die Vereinsbehörde, über das Vereinsregister, die Vorstandsmitglieder auszuforschen?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Private Bürgen unterliegen meiner Sicht nach dem Bankgeheimnis.

GEMEINDERÄTIN

DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Es geht ja um das Ausforschen der Vorstandsmitglieder.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Man kann nicht irgendwo hingehen ...

GEMEINDERÄTIN
DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-
LECHNER:
Wer in dem Vereinsregister aufscheint,
das hat mit dem Bankgeheimnis über-
haupt nichts zu tun.

*Unverständliche Diskussion verschie-
dener Mandatare*

GEMEINDERÄTIN
DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-
LECHNER:
Es geht um das Ausforschen von haf-
tenden Personen, die die Haftung der
Stadt Steyr um 3 Mio. Schilling kürzt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Aber ich habe doch jetzt gerade er-
klärt, Frau Braunsberger, dass das
überhaupt keine Auswirkung hat und
die ganzen Anfragen, die da gekom-
men sind, haben eigentlich mit der Sa-
che nichts zu tun oder sehr wenig zu
tun.

*Unverständlicher Zwischenruf von GR
Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta*

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDRIKE MACH:
Eine Zusatzfrage, aus, es gibt nur eine
Zusatzfrage und die hat er beantwor-
tet, wir kommen zur nächsten Anfrage.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Eine weitere Anfrage richtete Herr
Gemeinderat Roman Eichhübl mit
Schreiben vom 7. 2. 2008 an mich,
diese lautet:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wie aus Pressemeldungen zu ent-
nehmen ist, wurde mit der Raiffeisen-

landesbank vereinbart, dass die Stadt
Steyr das verpfändete Baurecht am
„Vorwärts-Platz durch Bezahlung von
EUR 600.000,-- zurück erhält. Damit
wäre das Thema „Ausfallshaftung“ er-
ledigt und die Stadt wieder Besitzer der
Sportanlage.

In diesem Zusammenhang stelle ich
namens der FPÖ-Gemeinderats-
fraktion zur Beantwortung in der
nächsten Gemeinderatsfraktion am 14.
2. 2008 folgende Anfrage: „Gemeinde-
ratsfraktion steht da, Gemeinderatssit-
zung hätte er sagen müssen.

1. Wie viele Gutachten zur Bewertung
des Baurechts gibt es?
2. Wenn es ein oder mehrere Gutach-
ten gibt, mit welcher Summe wurde
das Baurecht in den einzelnen Gutach-
ten bewertet?
3. Mit welcher finanziellen Größenord-
nung wurde das Baurecht bei den
jüngsten Verhandlungen mit der Raif-
feisenlandesbank festgelegt?

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

In dem von der Fachabteilung für Pri-
vatrechtsangelegenheiten geführten
Akt ist ein Gutachten über die Bewer-
tung des Baurechtes enthalten. Dieses
wurde von Architekt Mag. Arch. Ing.
Winfried Wänke am 28.3.2000 im Auf-
trag des damaligen Masseverwalters
im Konkurs des SK Vorwärts Steyr,
Herrn Rechtsanwalt Mag. Ernst Le-
henbauer, erstellt und weist einen Wert
für die Baurechtsliegenschaft EZ 2696,
Grundbuch Steyr, von 15.216.000,--
Schilling aus.

Wie bereits dargestellt hat Herr Archi-
tekt Mag. Arch. Ing. Winfried Wänke
das Baurecht mit 15.216.000,-- Schil-
ling bewertet. Hingewiesen wird dar-
auf, dass in einem vom SK Vorwärts
Steyr vorgelegten Status per Oktober

1994 das Baurecht mit 30.640.000,-- Schilling als Aktiva enthalten war. Ob diese Bewertung eine Schätzung des Vereines ist oder aufgrund eines Gutachtens erfolgt ist, kann nicht festgestellt werden.

In Gesprächen mit der Raiffeisenlandesbank konnte eine Einigung darüber erzielt werden, dass die Stadt Steyr die Baurechtsliegenschaft EZ 2696 um den Betrag von EUR 600.000,-- käuflich erwerben kann.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Eine Zusatzfrage!

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Herr Bürgermeister, ich möchte feststellen, dass in diesem Schriftstück eindeutig festzustellen ist, dass ich geschrieben habe „zur Beantwortung in der nächsten Gemeinderatssitzung.“
...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dann möchte ich mich dafür entschuldigen, dann ist das falsch abgedruckt worden.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
War bei den Verhandlungen mit der Raiffeisenlandesbank am 31. 01. d. J. eindeutig rechtlich geklärt, wem das Baurecht gehört?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, das war rechtlich geklärt. Das Baurecht ist beim SK Vorwärts Steyr eingetragen, hätte aber, das wissen wir auch alle, eigentlich schon bei der Raiffeisenlandesbank sein müssen. Darüber diskutieren wir aber schon sehr lange.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Der Herr Grininger dürfte anderer Meinung sein!

DR. CHRISTIAN GRININGER:
Landesbank Sierning!

Unverständlicher Zwischenruf von GR Roman Eichhübl

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, das stimmt auch, Roman das ist absolut richtig.

Eine weitere Anfrage richtete das Bürgerforum mit Schreiben vom 7. 2. 2008 an mich:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Gemäß § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates für die Stadt Steyr stelle ich hiermit nachfolgende Anfrage mit der Bitte um persönliche Beantwortung in der Gemeinderatssitzung vom 14. Februar 2008.

In der GR-Sitzung im Dezember stellte die Opposition den Antrag, ein Rechtsgutachten in Auftrag zu geben, durch das abgeklärt werden sollte, ob und wenn ja, in welcher Höhe, die Stadt Steyr zu Zahlungen gegenüber der RAIKA im Zusammenhang mit der "Causa Vorwärts" tatsächlich verpflichtet ist. Im Nachtragsvoranschlag fanden sich zu diesem Zeitpunkt 800.000,-- Euro, welche von Ihnen als Finanzreferent für die Zahlung an die RAIKA vorgesehen waren. Woraus sich dieser Betrag zusammensetzte bzw. auf welcher Rechtsgrundlage die 800.000,-- Euro basierten, das konnten Sie uns damals allerdings trotz mehrmaligen Nachfragens nicht mitteilen. Die Opposition hingegen wies Sie bereits damals daraufhin, dass es keinesfalls 800.000,-- Euro sein könnten, da dies bedeutet hätte, dass in all den

Jahren keinerlei Rückzahlungen der Kreditraten durch die Vorwärts stattgefunden hätten.

Trotzdem wurde unser Antrag auf Erstellung eines Rechtsgutachtens seitens der SPÖ Fraktion abgelehnt und stattdessen die Behandlung der Thematik im nächsten Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss durch die SPÖ beschlossen. Es gibt also einen gültigen Gemeinderatsbeschluss, wonach das Thema "Vorwärts" auf der Tagesordnung der Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss-Sitzung vom 14. Jänner stehen hätte müssen. Dieser gültige Gemeinderatsbeschluss wurde von Ihnen aber nicht vollzogen. Stattdessen wurde uns eine Sondersitzung des Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses für den 4. Februar zugesagt. Diese Sondersitzung wurde dann allerdings ebenfalls abgesagt, wodurch die Opposition u.a. zum zweiten Mal hintereinander um ihr Akteneinsichtsrecht gebracht worden ist. Dieses Akteneinsichtsrecht war uns im übrigen bereits in der GR-Sitzung vom Dezember zugesagt worden. Genauso, wie dass man seitens der SPÖ durchaus bereit sei, über die Erstellung eines externen Rechtsgutachtens im Ausschuss zu diskutieren, zuvor wollte man aber die Rechtsmeinung der RAIKA abwarten. Nun haben Sie sich, Herr Bürgermeister, laut Ihren eigenen Aussagen, die Sie auch bereits medial kundgetan haben, bereits mit der RAIKA über eine Zahlung von 600.000,-- Euro geeinigt. Ein externes Rechtsgutachten liegt aber meines Wissens noch immer nicht vor.

Folgende Fragen stellen sich in diesem Zusammenhang:

1. Warum werden in der Stadt Steyr gültige Gemeinderatsbeschlüsse nicht vollzogen? Sie als Bürgermeister wären dazu eindeutig verpflichtet, was auch das Land OÖ bestätigt.

2. Warum wurde der Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss vom 4. Februar abgesagt, obwohl uns dieser Ausschuss-Termin bereits in der Sitzung vom 14. Jänner fix zugesagt worden ist, unabhängig von etwaigen Verhandlungsterminen mit der RAIKA?

3. Warum hat man bis heute kein externes Rechtsgutachten in Auftrag gegeben?

4. Wer hat beschlossen bzw. entschieden, dass die RAIKA 600.000,-- Euro erhalten soll?

5. Wofür will die Stadt Steyr tatsächlich diese 600.000,-- Euro zahlen und woraus setzt sich dieser Betrag im einzelnen zusammen?

6. Wie viel vom ursprünglichen 9 Millionen Schilling Kredit wurden bis dato durch die Vorwärts zurückgezahlt? Handelt es sich dabei um die Diskrepanz zwischen den ursprünglich von der RAIKA geforderten 800.000,-- Euro und den jetzt kolportierten 600.000,-- Euro? Wenn nein: Können Sie den Hintergrund dieser Diskrepanz erklären?

Um Beantwortung dieser Fragen in der GR-Sitzung am 14. Februar wird höflichst gebeten.“

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Festzustellen ist, dass in der Stadt Steyr die Gemeinderatsbeschlüsse vollzogen werden. Der in der Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2007 eingebrachte Antrag, ein Rechtsgutachten in Auftrag zu geben, durch das abgeklärt werden sollte, ob und wenn ja in welcher Höhe die Stadt zu Zahlungen gegenüber der Raika tatsächlich verpflichtet ist, wurde in der Sitzung des Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses am 11. 2. einer Erledigung zugeführt.

Nachdem am 31.1.2008 Gespräche mit Vertretern des Raiffeisensektors geführt wurden und dabei eine Lösung angedacht wurde, sollte dieses Verhandlungsergebnis nicht in einer Ausschusssitzung, sondern in einer Fraktionsobmännerkonferenz erörtert werden.

Ein solches Rechtsgutachten wurde deshalb nicht in Auftrag gegeben, weil es dafür nicht den hierfür notwendigen Beschluss gibt und mit der Raiffeisenlandesbank Verhandlungen geführt wurden, wie die gegenständliche Rechtsangelegenheit bereinigt werden kann.

Wie bereits dargestellt, wurden am 31.1.2008 Verhandlungen mit Vertretern des Raiffeisensektors geführt, bei denen eine Einigung dahingehend erzielt werden konnte, dass die Raiffeisenbank den Betrag von EUR 600.000,-- erhalten soll. Ein Beschluss darüber liegt natürlich derzeit nicht vor. Einen solchen herbeizuführen, wird Aufgabe des Gemeinderates sein.

Die Stadt wird um den Betrag von EUR 600.000,-- die Baurechtsliegenschaft EZ 2696, Grundbuch 49233 Steyr, vom SK Vorwärts Steyr als Baurechtsnehmerin erwerben. Der Kaufpreis von EUR 600.000,-- soll zur Abdeckung der im Grundbuch eingetragenen Verbindlichkeiten des Vereines bei der Raiffeisenbank Region Sierning verwendet werden. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass die Raiffeisenbank Sierning zusichert, über den Betrag von EUR 600.000,-- hinaus keine weiteren Forderungen aus den vorhandenen Bürgschaften bzw. Kreditverbindlichkeiten des Vereines zu stellen.

Der Stadt liegt ein Schreiben der Raiffeisenbank Region Sierning vom 12.11.1996 vor, in welchem festgehalten wird, da geht es jetzt um die eingezahlten Beträge, dass für das gegen-

ständliche Kreditkonto des SK Vorwärts Steyr die Zahlungsverpflichtungen derzeit vom Verein erfüllt wurden. Das bedeutet, dass die fälligen Halbjahresraten 1.7.1995, 1.1.1996 und 1.7.1996 im Betrag von jeweils 518.200,-- Schilling bezahlt wurden. In einem Telefax der Raiffeisenbank Region Sierning vom 16.2.1999 wird festgehalten, dass sich zu diesem Zeitpunkt ein Zahlungsrückstand von 1.546.900,-- Schilling, also rund drei Raten errechnet. Dies müsste bedeuten, dass unter Berücksichtigung der aufgelaufenen Zinsen etwa zwei weitere Raten in der Zwischenzeit bezahlt wurden.

Die Diskrepanz zwischen den ursprünglich von der Raika geforderten Betrag von EUR 800.000,-- und den jetzt verhandelten EUR 600.000,-- ergibt sich daraus, dass mit dem zuletzt genannten Betrag ein Vergleich erzielt werden kann, mit welchem die Stadt das Baurecht an der Liegenschaft erwirbt und die hierfür zur Auszahlung gelangenden Gelder zur Abdeckung der offenen Kreditverbindlichkeiten verwendet werden.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Zusatzfrage, Herr Bürgermeister!

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Sie haben ja jetzt gesagt, dass das Baurecht bei der SK Vorwärts liegt, was auch aus dem Grundbuch hervorgeht. Warum haben Sie dann bei der Beantwortung einer Aufsichtsbeschwerde, die von der ÖVP Anfang des Jahres gestellt wurde, noch mit Datum 14. 01. Folgendes geantwortet: „Im Hinblick auf das gesamte Baurecht ist wesentlich, dass die Finanzierung

des Zwangsausgleiches unter anderem auch unter der Bedingung genehmigt wurde, dass die Raiffeisenlandesbank oder eine Konzerngesellschaft das Baurecht am Sportplatzareal erwirbt, mit dem neu zu wählenden Vorstand des Vereines einen unbefristeten Bestandsvertrag abschließt, den Spielbetrieb im Stadion Volksstraße Aufrecht zu erhalten.“ Wir wissen, dass das nicht so ist und trotzdem schreiben Sie im nächsten Satz: „Die vom Gemeinderat festgelegten Bedingungen wurden zur Gänze eingehalten.“ Datum 14. 01. 08, Beantwortung einer Aufsichtsbeschwerde.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Unsere Rechtsansicht war Anfang des Jahres und auch im letzten Jahr durchaus unterschiedlich und wir haben mit der Raiffeisenlandesbank auch noch diese Diskussionen geführt.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:
Obwohl aus der Aktenlage schon lange hervorgeht, dass dem nicht so ist.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Es war aus meiner Sicht, wenn man es so wie im Schach sagt, eine Hängepartie seit dem Jahr 2000 bis jetzt.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:
Ein Grundbuchauszug, Herr Bürgermeister, mit Datum 03. 01. hätte genügt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das wissen wir alle miteinander, dass das im Grundbuch so drinnen steht.

So, das war die Beantwortung der Anfragen, ich kommen zum Punkt 3) Mitteilungen des Bürgermeisters – haben wir heute keine. Aktuelle Stunde – ha-

ben wir auch keine. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates ebenfalls nicht.

Wir bekommen bereits zum Punkt 6) zu den Verhandlungsgegenständen und da haben wir heute einen Verhandlungsgegenstand, der ja von den Oppositionsparteien gefordert wurde, wo es um die Causa Vorwärts geht und um einen Dringlichkeitsantrag der SPÖ.

ÖAG-2/94

Zahlungen und Haftungen im Zusammenhang mit der Causa „Vorwärts“.

DRINGLICHKEITSANTRAG

gemäß § 7 Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die unterfertigten Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Steyr erlauben sich höflich, gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr folgenden

DRINGLICHKEITSANTRAG

einzubringen:

Der Gemeinderat der Stadt Steyr hat in der Sitzung vom 13.4.2000 beschlossen, den Zwangsausgleich des SK Vorwärts Steyr durch zur Verfügungstellung eines Betrages von ATS 6 Mio. zu finanzieren. Geknüpft war dieser Beschluss unter anderem an die Bedingung, dass die Raiffeisenlandesbank oder eine Konzerngesellschaft das Baurecht am Sportplatz des SK Vorwärts Steyr erwirbt.

Die Raiffeisenlandesbank hat in weiterer Folge an die Masseverwaltung im Konkurs des SK Vorwärts Steyr ein Kaufangebot gestellt, das von der

Masseverwaltung nach konkursgerichtlicher Genehmigung in der Gläubigerausschusssitzung angenommen wurde. Eine Finalisierung dieses Rechtsgeschäftes in grundbuchsfähiger Form ist jedoch nie geschehen, um noch weitere Verhandlungen mit der Raiffeisenbank führen zu können.

Diese Verhandlungen konnten nunmehr in der Form abgeschlossen werden, dass die Stadt Steyr die Baurechtsliegenschaft EZ 2696, Grundbuch Steyr, zum Kaufpreis von EUR 600.000,-- erwerben kann. Um eine doppelte Bezahlung der Grunderwerbsteuer zu vermeiden, wird der Kaufvertrag direkt zwischen dem SK Vorwärts Steyr als grundbücherlicher Eigentümer und der Stadt Steyr abgeschlossen, die Kaufpreiszahlung jedoch zur Abdeckung der Verbindlichkeiten des SK Vorwärts Steyr bei der Raiffeisenbank Region Sierning verwendet.

Die Abwicklung des Rechtsgeschäftes erfolgt im Wege des Notariates Dr. Peterseil, der den von der Stadt zu bezahlenden Kaufpreis erst nach Vorlage der Löschungserklärungen zur grundbücherlichen Löschung der im Lastenblatt der Baurechtseinlage eingetragenen Pfandrechte an die Raiffeisenbank zur Auszahlung zu bringen hat. Zusätzlich zum Kaufpreis hat die Stadt die mit dem Rechtsgeschäft verbundenen Steuern, Abgaben und Gebühren sowie die Kosten der Vertragserrichtung zu bezahlen.

Ein entsprechender Betrag zur Bedeckung der Kaufpreissumme einschließlich der sich aus dem Rechtsgeschäft ergebenden Nebenkosten wurde im Nachtragsvoranschlag 2007 bei der VA-Stelle 5/262400/690000 vorgesehen, jedoch nicht ausgeschöpft. Die Mittelfreigabe hat daher durch Kreditüberschreitung im Rechnungsjahr 2008 zu erfolgen.

Die Dringlichkeit dieses Antrages ist deshalb gegeben, da die Beschlussfassung dieses Antrages in ähnlicher Form knapp vor dieser Gemeinderatsitzung in der Sitzung des Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses vom 11.2.2008 erfolgte und dieser Antrag in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Thema der außerordentlichen Sitzung des Gemeinderates steht. Eine spätere Befassung des Gemeinderates kann ohne Nachteil für die gegenständliche Angelegenheit nicht abgewartet werden.

Der Gemeinderat möge daher beschließen:

Ausgelöst durch das Insolvenzverfahren des SK Vorwärts Steyr hat die Gläubigerbank auf die Zahlungen einer Ausgleichsquote unter der Bedingung verzichtet, dass sie die Baurechtsliegenschaft EZ 2696, Grundbuch Steyr, käuflich erwerben kann. Zur finalen Bereinigung allfälliger Zahlungsverpflichtungen wurde zwischen den Vertretern der Gläubigerbank mit der Stadt Steyr vereinbart, dass die Stadt Steyr das Baurecht mit dem Betrag von EUR 600.000,-- zurückkauft und gleichzeitig alle weiteren Forderungen der Raiffeisenbank Region Sierning an die Stadt Steyr erlöschen. Dem Abschluss eines Kaufvertrages mit dem SK Vorwärts Steyr über die Baurechtsliegenschaft EZ 2696, Grundbuch Steyr, zum Kaufpreis von EUR 600.000,-- wird im Sinne der vorstehenden Sachverhaltsdarstellung zugestimmt. Die Abwicklung des Rechtsgeschäftes hat im Wege des Notariates Dr. Peterseil als Treuhänder zu erfolgen.

Zur Bezahlung des Kaufpreises und der sich aus dem Rechtsgeschäft ergebenden Steuern, Abgaben und Kosten wird bei der VA-Stelle 5/262400/690000 (Sportanlage SK Vorwärts Steyr – Schadensfälle) ein

Betrag von EUR 635.500,-- als Kreditüberschreitung bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 635.500,-- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung, noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Jede Fraktion hat eine Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Herr GR Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien. Nach dem der Herr Bürgermeister darauf hingewiesen hat, dass zur Vorlage dieses Dringlichkeitsantrages eine Wortmeldung pro Fraktion vorliegt, habe ich mich deswegen zu Wort gemeldet, weil es sehr eigenartig ist, Herr Bürgermeister, erst am Montag hat eine Finanz- und Rechtsausschusssitzung stattgefunden und da ist ein Abänderungsantrag eingebracht worden. Ich habe jetzt in der Geschwindigkeit nicht durchlesen können, inwieweit sich dieser Dringlichkeitsantrag mit dem Antrag von Montag deckt, aber nichts desto trotz darf ich sehr deutlich und eindringlich darauf hinweisen, dass wir von der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion der Meinung sind, dass die Sache Vorwärts noch lange nicht abgeschlossen ist und auch nicht

durch einen Dringlichkeitsantrag. Wir werden das im Laufe der Zeit auch noch näher erörtern können. Ich darf, wie gesagt, nochmals sehr deutlich darauf hinweisen, dass offensichtlich am Montag noch nicht genau bekannt war, nachdem dieser Abänderungsantrag gleich in der Sitzung wieder abgeändert wurde, mit wem man eigentlich Verhandlungen aufnimmt, wer eigentlich das Baurecht innehat, aber da werde ich im Laufe dieser heutigen Sitzung noch darauf zu sprechen kommen. Wie gesagt, wir werden natürlich dem Antrag die Dringlichkeit aus diesen Gründen verweigern.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
ÖVP!

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Ein Dringlichkeitsantrag, das sagt ja schon der Name, hat etwas zu beinhalten, was dringend gemacht werden muss. Bei etwas, was seit 1995 latent da ist, kann man jetzt nicht von einem Tag auf den anderen von einer dringlichen Angelegenheit sprechen. Vor allem dann nicht, wenn ganz klar ist, dass die Auffassung vollkommen unterschiedlich ist, dass man sich noch überhaupt nicht sicher ist, ob die Rechtslage tatsächlich so ist. Der Umfang der Akten dieses einen Falles heute, Causa Vorwärts, ist so umfangreich, dass wir aus derzeitiger Sicht noch nicht einmal wissen, ob eine Gemeinderatssitzung dafür ausreicht. Es ist durchaus möglich, dass wir eine zweite Sondersitzung des Gemeinderates brauchen und daher können wir diesem Antrag mit Sicherheit nicht die Dringlichkeit geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT

KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Am Montag war ja an und für sich unser Dringlichkeitsantrag auf ein Rechtsgutachten auf der Tagesordnung, es hat dann einen Abänderungsantrag gegeben, wo ich glaube, dass der hier jetzt sozusagen eingeflossen ist, aber auch Dringlichkeit genannt wird. Mir war es bislang nicht möglich, die Unterlagen, die als Grundlage für diesen Dringlichkeitsantrag sozusagen feststehen, zu überprüfen. Ich sehe auch überhaupt die Dringlichkeit nicht ein, der Kollege Mayrhofer hat es auch schon gesagt, uns hängt die Causa Vorwärts nicht nur schon aus dem Hals, sondern ziemlich lang nach und ich würde auch sagen, dass wir hier der Dringlichkeit nicht Recht geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Michaela bitte.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, es ist an sich Usus in diesen Räumlichkeiten, dass einem Dringlichkeitsantrag im Regelfall die Dringlichkeit zuerkannt wird. In diesem Fall allerdings ist es unmöglich das zu tun. Aus einem ganz einfachen Grund, meine Vorredner haben es auch schon angesprochen, man hätte Zeit genug gehabt, diese Dinge vorher zu bereden. Es ist uns jetzt nicht möglich, ich habe diesen Antrag jetzt gerade vor 2 Minuten bekommen, da jetzt zu sagen, da geht man mit oder nicht. Eines ist ganz interessant, dass dieser Antrag hier einigermaßen ähnlich ist, wie dieser Antrag am Montag in der Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusssitzung. Da erzähle ich ihnen nur ein Schmankerl daraus, damit man sieht, wie in dieser Stadt Politik ge-

macht wird. Per Dringlichkeit, husch, pfusch, ohne sich zu überlegen, welche Folgen etwas auslöst, machen wir einfach schnell, damit die Sache vom Tisch ist, Herr Bürgermeister. Natürlich möchten Sie, dass die Sache vom Tisch ist, aber so einfach geht es nicht, weil der, der jetzt über den Tisch gezogen werden soll, das ist de facto der ganz normale Steuerzahler, der dafür blechen wird. Und wenn ich Ihnen sagen kann, in der Sitzung am Montag gab es schon einen Abänderungsantrag, der gar keiner war, aber ich will mich jetzt nicht mit der Geschäftsordnung aufhalten, der war vorbereitet und wo drinnen gestanden ist: „Zu diesem Zweck wird dem Abschluss eines neuen Baurechtsvertrages aus der gegenständlichen Liegenschaft zwischen der Raiffeisenbank Region Sierning und der Stadt Steyr die Zustimmung erteilt.“ Wir haben diesen Antrag, die SPÖ hat ihn natürlich schon fix und fertig vorbereitet, wir haben ihn während der Sitzung schnell bekommen. Wir haben dann gesagt, Moment einmal, was steht denn da so drinnen, das kann ja gar nicht stimmen. Und dann ist man draufgekommen, ja nicht zwischen der Raiffeisenbank Region Sierning, sondern SK Vorwärts sollte da stehen. Aber da ist uns diese kleine Panne jetzt einfach schnell passiert. Ich glaube schon, dass es einen Unterschied macht, mit wem ich einen Vertrag abschließe. Und genauso husch, pfusch, will man hier wieder per Dringlichkeit mit einem Antrag die ganze Causa vom Tisch haben. Und so, Herr Bürgermeister, geht es wohl wirklich nicht, das heißt, die Dringlichkeit werden wir als Opposition mit Sicherheit nicht zuerkennen, ganz im Gegenteil, wir möchten Sie bitten, eine Sitzungsunterbrechung vorzunehmen, dass wir uns das erst einmal in Ruhe durchlesen können.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Zur Geschäftsordnung, wir stellen den Antrag auf Sitzungsunterbrechung!

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wer ist für diese Sitzungsunterbrechung? Wer ist dagegen? SPÖ – GR Karl Baumgartner. Wie lange machen wir eine Sitzungsunterbrechung?

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

10 Minuten, weil in Wirklichkeit steht das drinnen, was wir am Montag im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss besprochen haben.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Nein!

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

20 Minuten Sitzungsunterbrechung!

PAUSE VON 14.34 UHR BIS 14.55 UHR

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, wir setzen unsere Sitzung fort. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Gerhard Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Gäste, geschätzte Presse, liebe Kolleginnen, liebe Kollege aus dem Gemeinderat. Zur Dringlichkeit, ich glaube, wenn man da heute sagt, wo eigentlich die Dringlichkeit gegeben ist, dann glaube ich, liegt das in der Sache. Wir haben am Montag in der Finanz- und Rechtsausschusssitzung zu dem Thema schon einen Abänderungsantrag eingebracht und dieser

Abänderungsantrag ist inhaltlich vielleicht mit ein paar Nuancen Unterschied gleich mit unserem Dringlichkeitsantrag, den wir heute stellen. Es war nicht das Bestreben der SP-Fraktion einen Dringlichkeitsantrag zu stellen, sondern wir hätten geglaubt und unsere zeitliche Vorgangsweise wäre jene gewesen, dass wir das Thema mit der Raika dementsprechend verhandeln, dass wir dem Gemeinderat ein Verhandlungsergebnis vorlegen können und dass bei der Gemeinderatssitzung am 2. April, wo die nächste ordentliche Gemeinderatssitzung anberaumt ist, dass wir dort dieses Thema behandelt hätten, auf die Tagesordnung gegeben hätten und einer Beschlussfassung zugeführt hätten. Warum das heute von uns als Dringlichkeit eingebracht wird, ergibt sich einfach aus der Sache, dass die 4 anderen Fraktionen, die ÖVP, die Freiheitlichen, die Grünen und die Kollegin Frech, das Bürgerforum, eine Sondersitzung des Gemeinderates zu diesem Thema beantragt haben und darum ist es selbstverständlich, dass heute ein Dringlichkeitsantrag eingebracht wird. Wir haben ein Verhandlungsergebnis vorzulegen, wir haben das am Montag in der Finanz- und Rechtsausschusssitzung vorgetragen, es sollte auch heute darüber diskutiert werden und einer Beschlussfassung zugeführt werden. Aus dem Grund ergibt sich ganz schlicht und einfach die Dringlichkeit und ist nicht so infrage zu stellen. Wenn man hier jetzt eine Unterbrechung beantragt hat, dann ist das selbstverständlich legitim, aber es ist natürlich auch eine kleine Show dabei, weil der Text vom Abänderungsantrag vom Montag zum Dringlichkeitsantrag von heute, der ist in den wesentlichen Punkten am Montag diskutiert worden und steht heute im Dringlichkeitsantrag. Die Mitglieder des Gemeinderates wissen das, aber die Gäste die heute hier sind wissen das nicht und darum habe ich das auch so erwähnt. Also,

das ist kein überfallsartiger Antrag, den wir heute eingebracht haben, sondern in Wirklichkeit wird das ja wochenlang und monatelang diskutiert und so wie er heute vorliegt, ist er schon vor einigen Tagen vorgelegen. Dadurch ersuche ich, dass dieser Dringlichkeit auch die Zustimmung gegeben wird.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es gibt einen Abänderungsantrag zum Dringlichkeitsantrag vom Bürgerforum Steyr, ÖVP, FPÖ und Grüne. Frau Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste.

MD-STV. PRÄSIDIARDIREKTOR

SR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Zuerst müssen wir über die Dringlichkeit abstimmen, die Dringlichkeitsdebatte ist aus, jede Fraktion hat einmal gesprochen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir stimmen über Dringlichkeit des Dringlichkeitsantrages der SPÖ ab. Wer für diesen Dringlichkeitsantrag der SPÖ stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ. Jemand dagegen? ÖVP, FPÖ, Grüne, Bürgerforum. Stimmenthaltung? Keine. Die Dringlichkeit ist mit Mehrheit gegeben. Michaela, ich bitte dich wieder um deine Wortmeldung.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Danke Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der Punkt wird am Ende der Sitzung dann behandelt, wie üblich bei Dringlichkeitsanträgen.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, die Sitzungsunterbrechung haben wir deshalb gewollt, weil es muss schon die Möglichkeit gegeben sein, sich einen Antrag durchzulesen, hier geht es um EUR 600.000,--. Nicht um einen Minibetrag und vor allem auch die Bedingungen, die mit diesen EUR 600.000,-- verknüpft sind. Wer sich die Akten durchgelesen hat, der weiß, dass in diesem Gemeinderat zu dieser Causa sehr viel beschlossen worden ist, wo es nicht nur um das Geld gegangen ist, sondern Zusatzbedingungen, die dann aber nie eingehalten wurden, die widersprüchlich waren usw. Und genau das wollten wir uns genauer anschauen. Aufgrund dessen, dass wir bereits zu Beginn der Sitzung merken, dass einfach demokratiepolitische Rechte ignoriert werden, Anfragen falsch beantwortet werden, ja sogar Aufsichtsbeschwerden an das Land Oberösterreich nicht korrekt wiedergegeben werden und auch in dieser Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusssitzung nicht wirklich ein Abänderungsantrag da war, sondern im Endeffekt unser Antrag auf Erstellung eines externen Rechtsgutachten gar nicht abgestimmt worden ist, sondern stattdessen ein ganz anderer Antrag, der gar nicht auf der Tagesordnung stand, aus diesem Grund kommt die Opposition in Steyr zu folgenden Schluss:

Abänderungsantrag zum Dringlichkeitsantrag der SPÖ betreffend der Causa Vorwärts

Der Gemeinderat möge beschließen:

Es ergeht die Resolution an das Land Oberösterreich, einen Kurator für die Stadt Steyr zu bestellen, da aus jetziger Sicht eine ordnungsgemäße Geschäftsführung der Stadt Steyr nicht

gewährleistet ist. Zudem werden demokratiepolitische Rechte der Opposition ständig beschnitten bzw. nur auf deren Nachdruck gewährt. Es kann nicht mehr garantiert werden, dass nicht ein hoher finanzieller und immaterieller Schaden für die Steyrer Bürgerinnen und Bürger entsteht. So soll heute in der laufenden Sitzung sogar die Zahlung von 600.000,- Euro, wofür eine Darlehensaufnahme nötig ist, per Dringlichkeit beschlossen werden. Bis dato ist aber überhaupt nicht geklärt, ob die Stadt Steyr zu dieser Zahlung verpflichtet ist und wenn ja, in welcher Höhe. Die Erstellung eines externen Rechtsgutachtens, welches von der Opposition mehrmals gefordert worden ist, wurde ebenfalls stets abgelehnt.

Begründung:

Aufgrund der bisherigen Durchsicht der Aktenlage in der Causa Vorwärts sowie der wissentlich falschen Beantwortung von Anfragen im Gemeinderat, welche die Causa Vorwärts sowie diesbezügliche Vereinbarungen mit der Raika betreffen, kommt die Opposition geschlossen zur Überzeugung, dass es dringend nötig ist, dass das Land Oberösterreich als Aufsichtsbehörde einschreitet.

Hinzu kommt, dass inzwischen erwiesen ist, dass sogar die Beantwortung von Aufsichtsbeschwerden an das Land Oberösterreich nicht wahrheitsgemäß erfolgt.

GEMEINDERAT

GERALD HACKL:

Wer sind denn die Antragsteller?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Bürgerforum Steyr, ÖVP, FPÖ und Grüne. Wir werden aber diesen Abänderungsantrag zum Dringlichkeitsantrag erst beim Dringlichkeitsantrag diskutieren.

Wir kommen jetzt zu den Verhandlungsgegenständen. Die Verhandlungsgegenstände haben ja heute 2 Punkte. Das eine ist die Causa Vorwärts und zu diesem Thema Causa Vorwärts hätte ich den Herrn Dr. Schmoll gebeten, um einmal eine einheitliche Rechtslage und einheitliches Verständnis herzustellen, die Situation von Beginn weg noch einmal für uns zu beschreiben.

OMR DR. GERALD SCHMOLL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, wer te Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates, wer te Vertreter der Presse und Zuhörer. Wie sie gerade gehört haben, wurde ich gebeten, einen Abriss über den Verlauf der Geschichte SK Vorwärts zu geben.

Im Dezember 1993 offenbarten sich die ersten Finanzprobleme, der Verein suchte damals von der Stadt um eine banktaugliche Sicherstellung an, wobei die Einräumung eines Superädifikates vorgeschlagen wurde. Nachdem dieser Vorschlag nicht verwirklicht werden konnte, hat der Stadtsenat der Stadt Steyr am 27. 01. 1994 einen Baurechtsvertrag beschlossen, mit dem dem Verein das Baurecht am Vorwärtsplatz eingeräumt wurde. Trotz dieser Hilfestellung durch die Stadt, ist es dem Verein vorerst nicht gelungen, die notwendigen Kredite zu erlangen. Es wurde daher eine Abänderung des Baurechtsvertrages am 09. 06. 1994 wiederum im Stadtsenat beschlossen. Dadurch wird es dem Verein dann ermöglicht einen Kredit bei der Raika zu erlangen, dies jedoch nur unter der Bedingung, dass die Stadt eine Bürgschaft übernimmt. Der Gemeinderat der Stadt Steyr beschließt daher am 26. 01. 1995 die Übernahme dieser Bürgschaft für einen Kredit von 9 Mio. Schilling. Gleichzeitig wird eine Vereinbarung mit dem Verein und ein weiterer Nachtrag zum Baurechtsvertrag beschlossen. Der Kredit, für den die

Stadt die Bürgschaft übernommen hat, sollte in 30 Halbjahresraten zu rund 500.000,-- Schilling abgestattet werden. Parallel dazu nimmt der Verein einen weiteren Kredit mit Betrag von 3 Mio. Schilling auf, der durch Haftungen der Vorstandsmitglieder besichert werden soll.

Zur Absicherung der Bürgschaft der Stadt, verpfändet der Verein im Februar 1995 die ihr zustehenden Einnahmen aus einem Werbevertrag mit der Firma Rappel an die Raiffeisenbank.

Im März 1995 wird der Bürgschaftsvertrag auch vom Amt der OÖ Landesregierung aufsichtsbehördlich genehmigt. Im November 1996 liegt der Stadt ein Schreiben vor, wonach zu diesem Zeitpunkt die Zahlungsverpflichtungen aus dem Kreditvertrag vom Verein erfüllt wurden.

Im Spieljahr 1997/98 hat die Vorwärts am Spielbetrieb der zweithöchsten österreichischen Spielklasse teilgenommen und dabei den Aufstieg erreicht. Voraussetzung für die Teilnahme am Spielbetrieb der obersten Spielklasse ist jedoch die Vorlage eines Finanzplanes an die Bundesliga, der die Aufrechterhaltung des Spielbetriebes in der Saison 1998/99 gewährleistet. In erster Instanz wird dem Verein die Lizenz für die Teilnahme am Spielbetrieb verwehrt.

Am 03. 06. 1998 beschließt der Stadtsenat der Stadt Steyr mit einer Dringlichkeitsklausel in einer Sondersitzung die Abgabe einer Garantieerklärung im Betrag von 6 Mio. Schilling zur Sicherung des Spielbetriebes. Im Gegenzug gibt der damalige Gönner oder Sponsor des Vereines, Herr Baumeister Müllner und die Herbert Müllner GmbH. eine Garantieerklärung gegenüber der Stadt mit Betrag von 3 Mio. Schilling ab. Aufgrund dieser Garantieerklärung wird am nächsten Tag von der Bundesliga die Lizenz an den Verein erteilt.

Die Garantieerklärung und die Annahme der Rückgarantieerklärung durch

Herrn Müllner und seine Gesellschaft wird am 18. 06. 1998 in der Sitzung des Gemeinderates mit nur einer Stimmenthaltung nachträglich genehmigt. Trotz Drängen der Bundesliga und auch des Vereines verweigert die Stadt jedoch Auszahlungen aus dieser Garantieerklärung, da ihrer Meinung nach nicht die Bedingungen aus der Inanspruchnahme dieser Geldmittel erfüllt sind.

In diesem Jahr 1999 zeigt sich auch erstmalig, dass Zahlungsrückstände aus dem Kredit bestehen, für den die Stadt gebürgt hat. Im Februar 1999 beträgt dieser Rückstand etwas mehr als 1,5 Mio. Schilling.

Mit Schriftsatz vom 23. 08. 1999 bringt der SK Vorwärts Steyr beim Landesgericht Steyr die Klage gegen die Stadt auf Zahlung des Betrages von 5.995.000,-- Schilling aus der Garantieerklärung ein.

Im Oktober des selben Jahres 1999 muss der Verein endgültig zunächst das Ausgleichsverfahren beantragen, was bedeuten würde, dass der Verein 40 % der aushaftenden Verbindlichkeiten zu bezahlen hätte.

Im Ausgleichsverfahren werden etwas mehr als 60 Mio. Schilling an Verbindlichkeiten von den Gläubigern angemeldet. Vom Konkursgericht werden etwa 27 Mio. Schilling als gerechtfertigt anerkannt, der Rest bestritten. Die Stadt selbst meldet neben anderen Forderungen 9 Mio. Schilling für eine mögliche Inanspruchnahme aus der Bürgschaft bedingt an. Von den anerkannten 27 Mio. Schilling beläuft sich der Anteil der Raika dieser Forderungen auf etwas mehr als 14 Mio. Schilling. Aufgrund des Konkurses bzw. Ausgleichsverfahrens zu diesem Zeitpunkt wird im Jänner 2000 dem Verein die Lizenz von der Bundesliga entzogen und der Spielbetrieb zunächst eingestellt.

Nachdem die Verbindlichkeiten eine derartige Höhe erreicht hatten und ein Ausgleich nicht mehr möglich war,

musste am 12. 01. 2000 der Anschlusskonkurs über das Vermögen des Vereines eröffnet werden. Zum Masseverwalter wird Herr Mag. Ernst Lehenbauer, Rechtsanwalt in Wels, bestellt, der das heute bereits angesprochene Gutachten über den Wert der Baurechtsliegenschaft in Auftrag gibt. Dieses mit 28. 03. 2000 von Herrn Arch. Mag. Ing. Winfried Wänke erstellte Gutachten, weist einen Wert der Baurechtsliegenschaft von etwas mehr als 15,2 Mio. Schilling aus.

Am 13. 04. 2000 wird nach längeren Verhandlungen unter Beiziehung des Konkursgerichtes vom Gemeinderat der Stadt Steyr die Finanzierung des Zwangsausgleiches mit einem Betrag von 6 Mio. Schilling beschlossen. Die Auszahlung des Betrages wird an Bedingungen geknüpft. So sollte die Raiffeisenlandesbank oder eine Konzerngesellschaft das Baurecht am Vorwärtsstadion erwerben und zur Sicherung des Spielbetriebes des Vereines einen Bestandvertrag mit dem Verein abschließen.

Dieser Kaufvertrag wird am 07. 04. 2000 vom Konkursgericht in einer Gläubigerausschusssitzung genehmigt. Demnach erwirbt die Raika Siering das Baurecht zum Betrag von 12 Mio. Schilling. Mit diesem Betrag sollen die Verbindlichkeiten des Vereines aus den im Jahre 1995 aufgenommenen Krediten von 9 Mio. Schilling, der durch eine Bürgschaft der Stadt besichert ist und von 3 Mio. Schilling, besichert durch private Bürgschaften, getilgt werden.

Die Annahme des Kaufvertrages wird durch die Raika bestätigt. Der Zwangsausgleich wird in der Sitzung des Gerichtes vom 02. 05. 2000 mit den notwendigen Stimmenmehrheiten anerkannt.

Die Finanzierung des Zwangsausgleiches, zu der sich die Stadt im Gemeinderat verpflichtet hat, schien zunächst daran zu scheitern, dass eine Einigung mit der Firma Rappel, die Werbever-

träge mit dem Verein abgeschlossen hatte, scheitern wollte. Erst am 16. 06. 2000 gelingt es der Masseverwaltung einen Vergleich mit Herrn Rappel zu schließen, womit der Weg für die Finanzierung des Zwangsausgleiches durch die Stadt frei ist.

Nachdem in der Saison 2000/2001 ein Spielbetrieb in der Regionalliga nicht möglich war, wurde in diesem Jahr der Spielbetrieb ausgesetzt und erst im Herbst 2001 der Spielbetrieb, dann allerdings in der untersten oberösterreichischen Spielklasse, wieder aufgenommen. Die Raika möchte daher eine Vereinbarung mit der Stadt erreichen, dass eine Verwertung des Sportplatzareals unter der Bedingung möglich ist, wenn ein Mietvertrag, der zur Refinanzierung der Zahlungen der Raika notwendig ist, nicht abgeschlossen werden kann. Eine derartige Vereinbarung wird dem Stadtsenat im November 2000 vorgelegt, jedoch von diesem nicht beschlossen.

GEMEINDERÄTIN

UTE FANTA:

Kann man das sinngemäß erklären?

OMR DR. GERALD SCHMOLL:

Es sollte zur Refinanzierung der 12 Mio. Schilling zunächst ein Mietvertrag mit dem Verein Vorwärts abgeschlossen werden, aus dem dieser 50.000,-- Schilling zuzüglich USt. monatlich zu zahlen gehabt hätte. In der untersten oberösterreichischen Spielklasse war eine derartige Auszahlung, oder Zahlung des Vereines monatlich, natürlich utopisch. Jetzt wollte die Raika erreichen, dass wenn ein derartiger Mietvertrag nicht zustande kommt, eine Verwertung im Rahmen der öffentlich rechtlichen Möglichkeiten des Sportplatzareals ihr zugesichert wird. Eine derartige Vereinbarung wurde dem Stadtsenat vorgelegt, jedoch dort nicht beschlossen. Seither wurden weitere Verhandlungen mit der Raika geführt, die letztlich zum Schreiben vom 12. 07.

2007 führen, indem seitens der Raiffeisenbank ein Betrag von 800.000,-- Euro gefordert wird.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich übergebe den Vorsitz der Frau Vizebgm. Mach.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke, Herr Vizebgm. Bremm hat sich als erstes zu Wort gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen. Die chronologische Darstellung von Herrn Dr. Schmoll zeigt, dass es da fast eine endlose Geschichte ist. Über 15 Jahre diskutieren wir, oder haben wir das Thema Vorwärts zu behandeln. Korrekterweise, meine sehr verehrten Damen und Herren, könnte man eine Diskussion ab 09. November 2000 führen, wo wir seinerzeit im Stadtsenat, es sind ja noch einige Mitglieder des Stadtsenates aus dieser Zeit in ihren Funktionen, wo wir das Thema dann letztendlich dann nicht zum Abschluss gebracht haben. Wenn wir aber zurückgehen und wenn man heute so versucht zu skandalisieren, was da alles passiert ist und was da alles versteckt worden ist, was geheim gehalten wird, mit der ganzen Debatte der Akteneinsicht, dann ist das in Wirklichkeit nur ein politisches Geplärr was hier veranstaltet wird und ist in Wirklichkeit rechtlich und sachlich überhaupt nicht auf den Platz gebracht. Es hat, wie Dr. Schmoll erwähnt hat, schon im Gemeinderat 1994 die Zustimmung gegeben, dass die Vorwärts das Baurecht bekommt und es war auch damals klar, für welchen Zweck die Vorwärts das Baurecht benötigt. Es war schon klar und ist auch vom Herrn Dr. Schmoll erwähnt worden. 1995 ist auch diese Bürgschaft im Gemeinderat

mit einer überwiegenden Mehrheit beschlossen worden. Die Mitglieder des Gemeinderates wissen das, wenn wir alleine wären, müsste ich das nicht so ausführlich berichten, aber alle jene, die bei dem Thema nicht solche Insider sind, für die ist es, glaube ich, schon von Bedeutung, wie das alles abgelaufen ist. 1995 ist diese Bürgschaft mit 25 Stimmen, auch die der ÖVP, beschlossen worden. Es waren damals bei der Abstimmung die Freiheitlichen dagegen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Auch nicht alle!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nein, beim Baurechtvertrag am 27. 01. 1994 hat es im Stadtsenat eine Enthaltung von den Freiheitlichen gegeben.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

2000 waren wir dagegen.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Auf alle Fälle ist diese Bürgschaft mit einer überwiegenden Mehrheit damals beschlossen worden. Nächstes Thema war dann am 18. Juni 1998, wo die Garantieerklärung gegenüber der Bundesliga, dort haben wir das Thema der Vorwärts wieder gehabt, wo es um den Aufstieg in die höchste Spielklasse gegangen ist, wo wir noch in guter Erinnerung haben, welche Euphorie und welche Stimmung in der gesamten Stadt und in der ganzen Region gewesen ist und die Vorwärts hätte die Lizenz nicht bekommen, wenn wir diese Garantieerklärung nicht übernommen hätten. Auch damals, aufgrund des Aktes Vorwärts, war die Möglichkeit der Akteneinsicht auch zu dem Thema der Bürgschaft gegeben, weil jedes Mal, wenn das auf der Tagesordnung war, ist auch die Akteneinsicht gewähr-

leistet gewesen. Auch die damalige Abstimmung für die Garantieerklärung, und da haben wir schon alle gewusst, dass wir eine Bürgschaft von 9 Mio. Schilling übernommen haben, war mit einer überwältigenden Mehrheit. Es haben die SPÖ, die ÖVP, die Freiheitlichen und die Grünen dafür gestimmt, nur die Kollegin Frech hat sich damals der Stimme enthalten. Sie hat nicht einmal dagegen gestimmt, sie hat sich der Stimme enthalten.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Weil ich keine Akteneinsicht bekommen hatte.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Das ist unrichtig! Für die Gäste, sobald ...

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Die können es ja nicht wissen, es ist ja ein komplizierter Vorgang und es gibt ja ein Statut in der Stadt, an dem man sich auch als Gemeinderat zu halten hat und sobald die Vorwärts auf der Tagesordnung steht, ist auch Akteneinsicht gewährleistet. Und es war auch damals die Akteneinsicht möglich und gewährleistet. Wenn das nicht so der Fall gewesen wäre, Frau Kollegin Frech, die SPÖ, die Freiheitlichen, die ÖVP und die Grünen, alle anderen hätten sich da nicht einfach irgendwo leiten lassen, sondern es war damals auch möglich und man hat auch schauen können, was da alles ist. Ich sage ja nur, wie das Abstimmungsverhältnis bei der Garantieerklärung gewesen ist. Am 13. April 2000, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir das Thema Vorwärts wieder auf der Tagesordnung gehabt, der Herr Dr. Schmoll hat es erwähnt, es ist damals um den Zwangsausgleich gegan-

gen. Auch damals in der Sitzung, weil Vorwärts ein Tagesordnungspunkt war, war wieder die Akteneinsicht möglich. Weil es immer so unterstellt wird, dass die SPÖ immer so drüberfährt und alles ist SPÖ-gefärbt, aber wir haben uns auch damals beim Zwangsausgleich von externen Fachleuten beraten lassen, haben externe Fachleute beauftragt, unter anderem auch ein gewisser Dr. Tilman Schwager, der sicherlich auch nicht uns zuzurechnen ist, er ist bekannterweise hier einige Jahre als Gemeinderat für die Freiheitlichen gesessen und ...

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Das hat aber mit seiner Tätigkeit als Anwalt überhaupt nichts zu tun.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Eh nicht, habe ich auch nicht gesagt.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Sei nicht so empfindlich, Roman, macht doch keine Kindesweglegung, der Herr Dr. Tilman Schwager ist für die Freiheitlichen im Gemeinderat gesessen.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Aber das tut ja nichts zur Sache!

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Tut nichts zur Sache, das glaube ich schon, das wollt ihr nicht hören. Wir haben damals schon externe Fachleute beauftragt, die sich mit dem Thema Vorwärts und mit dem Zwangsausgleich intensiv beschäftigt haben. Auch damals, meine sehr verehrten Damen und Herren, war die Abstimmung über den Zwangsausgleich, wo die Stadt

dann letztendlich bereit war, diesen Zwangsausgleich mit 6 Mio. zu finanzieren, auch damals war die Abstimmung mit einer überwältigenden Mehrheit, es waren 25 dafür, die SPÖ, die ÖVP und die GAL waren damals dafür

...

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ich war nicht dafür!

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Das mag schon sein, vielleicht warst du nicht da, trotzdem war die GAL auch dafür. Vielleicht kommt jetzt auch noch, dass die Protokolle auch nicht gestimmt haben. Da gibt es Protokollprüfer; so kann man es nicht darstellen, die GAL war dafür, die FPÖ und das LIF waren dagegen, also die Kollegin Frech war beim Zwangsausgleich dagegen, alle anderen Fraktionen waren dafür. Auch zu der damaligen Zeit hat es die Akteneinsicht gegeben. Auch damals, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir beim Zwangsausgleich gewusst, weil nämlich im Amtsbericht und im Antrag an den Gemeinderat, bestimmte Bedingungen festgelegt worden sind und eine wesentliche Bedingung war, dass das Baurecht an die Raika Sierning übergeht. Und auch damals haben wir gewusst, wenn das Baurecht an die Raika Sierning übergeht, ist zwar die Stadt aus ihrer Bürgerschaft herausen, das war auch eine Bedingung der Stadt, aber es war damals, wie es auch der Herr Dr. Schmall gesagt hat, die Situation so, dass die Idee gegeben war, dass die Vorwärts in der Regionalliga spielen soll. Da hat es ja mögliche Sponsoren gegeben, vom Vereinsvorstand ist das ja auch so beabsichtigt gewesen und damit wäre gewährleistet gewesen, und das haben wir nämlich am 13. April 2000 – und das war kein Freitag – auch gewusst, wenn das Baurecht an die Raika über-

geht, dass die Vorwärts dann eine Pacht, Miete oder wie immer man das nennt, zu bezahlen hat, weil die Raika ja nicht auf ihre Verbindlichkeiten verzichtet hat. Das haben wir damals gewusst und es hat zu dem Thema immer Akteneinsicht gegeben. Wie schon gesagt, es hat da eine große Mehrheit dafür gestimmt, und wesentlicher Punkt war das Baurecht. Ein weiterer Punkt, meine sehr verehrten Damen und Herren, war dann am 9. November des selben Jahres, da ist eine Vereinbarung zwischen der Raika und der Stadt Steyr zur Beschlussfassung im Stadtsenat vorgelegen, mit den uns bekannten Bedingungen, dass die Vorwärts 50.000,-- Schilling plus USt. bezahlen soll. Damals war aber schon klar, dass die Vorwärts nicht in der Regionalliga spielen wird, sondern dass sich die Kampfmannschaft überhaupt aufgelöst hat und dass nur der Jugendbetrieb weitergeführt wird. Somit war klar, dass die Vorwärts in dieser Liga, wenn sie auch später wieder anfängt und in der letzten Spielklasse beginnt, dass sie nie in der Lage sein wird, diese Pacht an die Raika zu bezahlen. Das haben wir alle gewusst und aus diesem Grund haben wir damals im Stadtsenat, am 09. November 2000, diesen Vereinbarungsentwurf, der vorgelegen ist, einstimmig – und damals war die SPÖ mit 5 Mandate, die Freiheitlichen mit 2 Mandate und die ÖVP mit 1 Mandat im Stadtsenat vertreten – einstimmig diesen Antrag zurückgestellt, weil wir gesagt haben, in dieser Form lösen wir das Problem nicht. Du wirst es eh noch wissen, Kollege Mayrhofer, du wirst dir ja deine Position bzw. deine Wortmeldungen aufgehoben haben, ich darf da hier nur die OÖ Nachrichten zitieren, weil man kann nicht so tun, dass man nichts mehr davon weiß und es ist alles so dubios, du hast es ganz genau gewusst, am 10. 11. 2000 wirst du in den OÖ Nachrichten zitiert: „Mit dieser Vereinbarung, die wir zurückgestellt

haben, wäre die Vorwärtsgeschichte nur prolongiert worden, sagt Mayrhofer. Um die Angelegenheit zu Ende zu bringen, müsste die Stadt ihre Bürgerschaft für den Club einlösen und 9 Mio. an die Bank zahlen.“ Damals hast du geglaubt, dass wir 9 Mio. an die Bank zu zahlen haben. Der VP-Obmann plädiert für diesen Weg, für diesen Weg, dass wir die 9 Mio. zahlen, aber ohne Blessuren wird die Raika auch nicht davonkommen, die Bank müsste auf Geld verzichten. Mit diesem Antrag haben wir das damals zurückgestellt und wir haben ganz genau gewusst, dass das Thema Vorwärts für die Stadt nicht abgeschlossen ist und dass es noch zu Diskussionen und Debatten kommen wird. Ich möchte nur einmal den Zeitraum von 1994 bis zum November 2000 beleuchtet haben, weil man so tut, man weiß da gar nicht, was da gewesen ist und man hat keine Akteneinsicht gehabt usw. Man hat alles gehabt und es waren auch die Aussagen so. Du hast es auch genau gewusst, was da ist, ich gehe davon aus, dass – nein, ich sage jetzt nicht was ich sagen wollte – aber ich gehe davon aus, dass wir alle zu dem damaligen Zeitpunkt gewusst haben, was wir tun. Denn sonst hebe ich meine Hand nicht, wenn ich nicht weiß was ich tue. Du bis da eh genau zitiert und das ist in Wirklichkeit die Geschichte. Damals ist auch gesagt worden, es muss darüber hinaus noch Verhandlungen geben und es muss neuerlich dem Stadtssenat eine Vereinbarung vorgelegt werden. Das war damals geplant, dass es in einem kürzeren Zeitpunkt geht, diese Geschichte hat sich aber über die ganzen Jahre gezogen. So unerfreulich die ganze Geschichte war, aber ich glaube, darum haben wir auch heute diesen Dringlichkeitsantrag eingebracht, weil es dringend notwendig ist, diese Geschichte zu Ende zu führen, mit allen ihren negativen Auswirkungen die sie haben wird, aber das war nicht unbekannt, das haben wir

gewusst. Es ist natürlich heute eine ganz andere Situation, wenn heute die Vorwärts in der Bundesliga spielen würde, würden wir das vielleicht ganz anders sehen, wie wenn sie in der Landesliga spielen, da hat es vielleicht nicht die Bedeutung, aber für den Sportverein hat es eine große Bedeutung. Ich glaube, dass es auch für den Verein dringend notwendig ist, dass dieses Thema von der Öffentlichkeit weg ist, dass dieses Thema bereinigt wird, dass wir unseren Verpflichtungen, die wir eingegangen sind, nachkommen. Es wird ja dann in der Debatte noch einiges zu sagen geben, aber grundsätzlich einmal, wir haben jetzt die Verhandlungen geführt, es liegt ein Verhandlungsergebnis vor und wir glauben, auch wenn wir es bezahlen müssen – und auch dir war das im Jahr 2000 klar, dass wir bezahlen müssen, lieber Gunter, und mittlerweile hat sich ja nichts verändert, die Raika hat ja jetzt da nicht auf einmal eine soziale Ader entwickelt und sagt, jetzt verzichten wir auf das Restliche auch noch, ihr braucht überhaupt nichts zahlen, es waren Bemühungen und Anstrengungen da und jetzt, glaube ich, liegt ein Verhandlungsergebnis vor, das uns zwar nicht begeistert, aber wo man sagen kann, das ist ein Betrag, der zumindest gewährleistet, dass wir das Baurecht wieder in die Stadt zurückbekommen und dass der Spielbetrieb weiterhin für die Vorwärts gewährleistet ist und dieses Thema abgehakt ist.

Diese beiden Tagesordnungspunkte sind ja an und für sich nicht zu trennen, wir werden dann im zweiten Tagesordnungspunkt ja die Beschlussfassung herbeiführen. Ich ersuche aber doch, das alles unter diesem Gesichtspunkt zu sehen und diese Geschichte doch einem Ende zuzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Gibt es irgendeine Sitzungsreihenfolge?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das war so ausgemacht und das ist jetzt so, jetzt bin ich zum Reden dran, weil es auch eine logische Abfolge der Ereignisse hier zu erzählen gibt, das muss man auch ganz klar sagen. Der Herr Dr. Schmoll hat die rechtliche Situation genau erklärt, der Gerhard hat aus seiner Sicht erklärt, er war ja auch noch dabei, genauso wie du, Gunter Mayrhofer, du warst in der Zeit noch im Stadtsenat und ab 2001 bin ja ich zuerst Vizebürgermeister und dann Bürgermeister gewesen und dann sind auch Verhandlungen in meinem Büro gelaufen und dazu möchte ich auch ganz klar einmal Stellung nehmen, weil es immer wieder Diskussionen gegeben hat, was war denn so in dieser Zeit zwischen 2001 und 2008. Da muss ich ganz klar sagen, der Herr Dr. Schmoll hat es ja schon gesagt, dass ja in erster Linie versucht wurde, den Vorwärtsvorplatz zu verwerten. Die Raika hat natürlich das legitime Recht, diese Gelder, die ja noch ausständig waren, irgendwie umzusetzen und auch zu bekommen und da hat es Versuche gegeben, den Vorwärtsvorplatz entweder mit Geschäftsbauten oder einem Parkhaus zu bebauen. Ähnliche Projekte hat es gegeben, diese Projekte haben sich alle zerschlagen und man ist schließlich dann auf eine Lösung zugegangen, und das muss man auch heute ganz deutlich sagen, ich kann mich noch ganz gut daran erinnern, wir sind im Jahr 2003, mit Vertretern der Raika, mit Rechtsvertretern des Hauses bei einem Gespräch gesessen, und da ist es auch darum gegangen, wie können wir eine Lösung herbeiführen, und da hat es auch den Vorschlag der Raika gegeben, es gäbe eine Möglichkeit, diesen Fall zu bereinigen. Und

zwar könnten aus dieser Situation 3 Parteien Vorteile ziehen, zum einen der Herr Mayr, Staffelmayrgut, die Raika und die Stadt. Alle drei könnten einen Gewinn machen, indem hier ein Grundstück umgewidmet wird. Durch die Umwidmung kommt es ja bekanntlich zu einer Wertsteigerung und das könnte auch dazu führen, dass mit dieser Wertsteigerung hier entsprechende Vorteile herausgezogen werden können. Ich habe mich damals dieser Vorgangsweise angeschlossen, nachdem es ja für alle drei Parteien einen Vorteil ergeben hätte. Die Gespräche wurden dann fortgesetzt, wurden dann soweit geführt, dass wir vereinbart haben, dieses Grundstück auch entsprechend umzuwidmen, das ist auch passiert. Es konnte aber schließlich keine Einigung zwischen der Stadt Steyr und der Raika über den Fall Vorwärts herbeigeführt werden, sodass wir jetzt vor dieser Lösung stehen, die heute zur Diskussion steht und wo heute die Beschlussfassung ansteht. Ich bitte um Verständnis dafür, dass wir bei diesen Verhandlungen natürlich entsprechende Vertraulichkeit ausgemacht haben und die ich natürlich auch entsprechend eingehalten habe. Ich wollte jetzt auch zu diesem Fall meine Stellungnahme abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, liebe Vertreter der Medien. Es ist schon gewaltig, wenn man nicht nur in einer Sitzung fragt, sondern wenn man ganz klar eine offizielle Anfrage macht, und dann bekommt man wieder eine vollkommen falsche Auskunft. Das war auch der Grund unseres heutigen Abänderungsantrages, den wir eingebracht haben, weil es ist vollkommen unwahr,

Herr Bürgermeister, dass dem Magistrat, der Stadt und den handelnden Personen, jene Leute die haften, nicht bekannt sind. Einen Tag vor der Gemeinderatssitzung, als wir den Bürgerschaftsvertrag beschlossen haben, und zwar war das der 25. Jänner, hat der SK Vorwärts Steyr mit einem Fax jene Personen bekannt gegeben. Ich darf es Ihnen vorlesen, es war die Präsidiumssitzung vom 4. 5. 1992 und geschickt wurde das Fax am 25. 01. 1995 von der SK Vorwärts Steyr. Hier waren anwesend Reichl, Aschauer, Radlspäck, Liebisch, Rieder, Fuchs, Schubert, Zagler, Gergelify, Obrist, Widgruber, Dittrich, Ludwig, Steindler, Reinoschek, Hasenleitner, Riepl, Keiler, Köck.

GEMEINDERAT

MAG. STEPHAN KEILER LL.M.:

Korrektur, Keiler mit Vornamen bitte.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Steht hier nicht da, ich gehe davon aus, dass es Ihr Großvater war, Herr Keiler.

GEMEINDERAT

MAG. STEPHAN KEILER LL.M.:

Nein, mein Vater.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Gut. Der Herr Dittrich wird einstimmig zum Präsidenten gewählt und der in der Präsidiumssitzung vom 23. 04. 1992 angesprochene Kredit, wird mit einer Ausnahme, ich gehe davon aus, dass das der Herr Reinoschek ist, von allen Präsidiumsmitgliedern unterschrieben. Es soll ein schriftlicher Zwischenstand an alle Beteiligten des Raikakredites erfolgen. Weiters erfolgte am selben Tag ebenfalls ein Fax, und zwar geht es hier um den derzeit aktuellen Vereinsvorstand. Nicht Präsidiumsmitglieder, die persönlich für diesen Raikakredit gehaftet haben,

sondern hier geht es jetzt um die Vorwärtsvorstandsmitglieder, die für die ersten 3 Mio. unseres 9 Mio. Kredites haften sollten. Das waren: Dr. Bernhard Aschauer, Nationalrat Ing. Kurt Gartlehner, Ing. Hermann Reichl, Alois Radlspäck, Reinhard Rieder, Ernst Hasenleitner, Franz Ludwig, StR Dipl.-Kfm. Helmut Zagler, Leo Dittrich. So, Herr Bürgermeister, für wie dumm wollen Sie hier herinnen irgendjemanden verkaufen? Wir wissen alle ganz genau, dass genauso der Herr Finanzreferent Zagler, der seinerzeit in unserem Kreis war, im Vorstand gesessen ist. Sie haben gesagt, Sie kennen diese persönlich haftenden Mitglieder nicht. Wir haben zwei Unterschriften darauf, wir haben den Dittrich und den Radlspäck, also auch falsch. Und wenn Sie sagen wollen, obwohl der Zagler bei uns da herinnen gesessen ist, wir haben nicht gewusst, wer da unterschrieben hat, also für wie dumm wollen Sie jemanden hier verkaufen. Das Ärgste ist das, wenn Sie womöglich noch immer nicht in der Lage gewesen sind, dass Sie diesen Akt durchgearbeitet haben und sich einmal endlich angeschaut haben, wofür die Stadt gestanden ist und was wir beschlossen haben, weil ganz offensichtlich wissen Sie es bis zum heutigen Tag nicht. So, warum geht es heute? Es geht mit Sicherheit nicht darum, den Verein Vorwärts-Neu etwas ans Zeug zu flicken. Wir achten den Einsatz von allen Ehrenamtlichen und Sportlern, aber wir wollen ganz klar den Unterschied herausarbeiten, wer war Schuld für dieses Desaster und wer nicht. Wir wollen also keine Pauschalverurteilungen machen, sondern suchen die wirklich Schuldigen. Wenn heute von mir, oder meinen Nachrednern, Beamte angesprochen werden, dann möchte ich vorweg eines sagen: Ich gehe davon aus, dass mehr als 90 bzw. 99 % aller Beamten eine hervorragende Arbeit machen, wir haben das auch bei diesem Akt gesehen, und ich

darf hier namentlich den Dr. Gottlieb Zimmermann und auch den Herrn Dr. Schmoll erwähnen, für die es sicher nicht einfach war, aber die, glaube ich, eine ausgezeichnete Arbeit gemacht haben. Sollten wir in unseren Reden pauschal Beamte nennen, so ersuchen wir wirklich, das nicht pauschal zu nehmen, sondern wirklich nur die Schuldigen zu nehmen. Die Raiffeisenbank, und ich glaube, das muss man auch vorweg erwähnen, wir erachten das als durchaus legitim, dass jemand der ein Geld verleiht, das Geld auch wieder zurück haben möchte. Logisch, sie können ja auch gar nicht anders, sie sind ja auch für ihre Genossenschaftsmitglieder verantwortlich. Das heißt, ich gebe etwas unter bestimmten Bedingungen her und möchte es wieder zurück haben, vollkommen legitim. Wir haben nur Auffassungsunterschiede, ob man sich wirklich an den richtigen Adressaten wendet, ob wir wirklich jene sind, die das zu bezahlen haben. Dass die Forderungen der Raika zu Recht bestehen, das mag durchaus sein. Die Frau Mag. Frech hat einmal in einer Sondergemeinderatssitzung gemeint, ich zitiere: „Eine wirklich verhängnisvolle Affäre zwischen Politik und Fußball, wo wir geglaubt haben, wir müssen einen Profifußballclub insofern unterstützen, als wir für ihn Bürgschaften übernehmen. Das ist nicht Aufgabe der Politik.“ Begonnen hat alles bei einer Präsidiumssitzung unter Präsident Radlspäck und Präsident Reichl, da ist es um persönliche Haftungen für einen Kredit bei der Sparkasse Linz gegangen. Den Präsidiumsmitglieder wurde sehr wortgewaltig dargestellt, wenn wir jetzt nicht alle zusammenhalten, dann geht unser Traditionsverein „tschari“, die Spieler brauchen Geld, wir müssen unbedingt eine Notaktion starten, nur vorübergehend, es wird alles wieder bereinigt, aber helfen wir zusammen, fahren wir nach Linz, unterschreiben wir eine persönliche Haftung und das

ist auch passiert. Diese Vorstandsmitglieder sind hinübergefahren, haben 4 Mio. Schilling bei der Sparkasse Linz bekommen, sind mit dem Geld in der Aktentasche nach Hause gefahren, eine halbe Stunde später war das Geld weg. Die Spieler sind Schlange gestanden, weil sie schon lange keine Gehälter mehr bekommen haben. Und trotz der wortgewaltigen Aussagen des Herrn Präsidenten, ist kein Geld zurückgeflossen, und die, die dort mit ihrem Geld gehaftet haben, das waren einfache Arbeiter und Angestellte, denen wurde gesagt, das nächste Mal, wir machen eh etwas und da bekommen wir Geld herein, wir bekommen einen neuen Sponsor usw. Sie bekamen dann soviel Druck, dass irgendwann einmal der Schritt war, das war der zweite, wo der Hermann an seinen lieben Freund Hermann geschrieben hat ...

GEMEINDERÄTIN
UTE FANTA:
Welcher Hermann?

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Das war der Herr LR Hermann Reichl an den Freund Hermann Leithenmayr, ihn aufgefordert und gesagt hat, da geht es um einen Kredit bei der Bank Austria in Linz, bitte interveniere bei der Aufsichtsratsitzung, dass wir den Kredit bekommen und zweitens, trage in der Stadt dafür Sorge, dass wir einen Superädifikatsvertrag bekommen, weil wir können ohne Belehnung des Vorwärtsplatzes nicht mehr weiter. Der nächste Schritt war dann, dass man in der Stadt natürlich auf einmal gesagt hat, wie können wir das Problem lösen? Was können wir da machen? Und man hat gesagt, ein Superädifikat ist nicht sinnvoll, gehen wir Richtung Baurecht. Bis zu diesem Tag hat der Vorwärts nie einen Schilling Pacht bezahlt und auch das Grundstück hat natürlich der Stadt gehört. Der nächste

Schritt war dann ein Nachtrag zum Baurecht, und bei dem ist es nicht geblieben, es hat dann noch einen zweiten Nachtrag zu diesem Baurecht gegeben, weil alle Versuche, nur mit einem normalen Baurecht – und man muss jetzt einmal eines erklären, die Zustimmung zu diesem Baurecht ist nur erfolgt, weil uns immer wieder versichert wurde, oder unseren Vorgängern, da kann nichts passieren. Die Stadt geht da überhaupt kein Risiko ein, das dient nur dazu, dass wir die Genehmigung bekommen, dass wir die Lizenz bekommen, das dient nur dazu, dass die Bank uns endlich das Geld gibt. Das Baurecht hat das Problem, wenn es auf einer Sportstätte ist, dass es nicht wirklich exekutierbar ist und damit auch einen nicht wirklichen Wert darstellt. Darum auch die Nachträge und das verständliche Bemühen der Bank zu sagen, trennen wir wenigstens den Parkplatz ab und wenn wir den Parkplatz abtrennen und ihr widmet uns das um in Bauland, dann haben wir wenigstens ein Stück auf das wir zugreifen können, weil der Rest ist und bleibt Sportstätte. Der nächste Punkt war dann der Bürgschaftsvertrag, und ich habe ja schon die zwei Schriftstücke vorgelesen, die dazukommen, ich werde in der zweiten Wortmeldung noch ausführlichst auf diese Geschichte eingehen und auch herausarbeiten, was geplant war und was wirklich daraus geworden ist. Alle diese Beteuerungen und der Bürgschaftsvertrag, da darf ich auch erwähnen, dass einer der wortgewaltigen Verfechter des Bürgschaftsvertrages der Dipl.-Kfm. Helmut Zagler war, nachzulesen im Protokoll der Gemeinderatssitzung. Auch er wies darauf hin, dass es für die Stadt überhaupt kein Risiko ist, trotz seiner eigenen Erfahrungen, das muss man dazusagen, weil er war ja auch einer von denen, die unterschrieben haben und persönlich gehaftet haben, und den die Bank, nicht die Raika, sondern eine andere Bank an-

gedroht hat, sie verpfändet ihm sein Haus, wenn er nicht endlich dafür sorgt, dass sie ihre Zahlungen bekommen. Und dieser Finanzreferent hat mitgestimmt, obwohl er selbst davon betroffen war und damit auch ganz klar befangen war. Als nächstes, der Bürgschaftsvertrag wurde erteilt, und ab da ist es dann ein bisschen haarig geworden, weil ich muss Sie korrigieren, Herr Dr. Schmoll, die erste Aufforderung zur Exekution der SK Vorwärts vonseiten des Magistrates war im August 1995 und nicht erst 1999. Nachfolgend, nach dieser Bürgschaftserklärung, haben diese 12 Mio. Schilling auch nicht einmal im Ansatz gereicht, es wurde mehr benötigt. Wir sind dann zu einer Garantieerklärung gekommen, und der Vizebgm. Bremm hat natürlich richtig gesagt, sehr viele von uns hier, weil es sind teilweise die selben handelnden Personen, haben dieser Garantieerklärung zugestimmt. Und auch hier werden wir heute im Laufe dieser Sitzung ganz genau erklären, warum wir hier zugestimmt haben und welchen Wissensstand wir gehabt haben. Weil es ist nicht richtig, dass wir vollen Einblick in die vollen Akten bekommen haben. Und auch zu den Akten jetzt möchte ich dazusagen, natürlich wurden sie uns nicht so, wie es Vorschrift wäre, chronologisch geordnet und natürlich in aufsteigender Form präsentiert. Natürlich wurden die Ziffern, die die Lückenlosigkeit belegen können, ausgelackt und frisch nummeriert. Auf Nachfragen hat es dann geheißt, das dürfte eine Ferialpraktikantin gewesen sein. Nehmen wir es an, es war die Ferialpraktikantin, nehmen wir an, wir können es nicht mehr verifizieren, dieser Akt ist vollständig; es hat auf jeden Fall sehr lange gedauert, bis wir Einblick bekommen haben. Dann ist es um eine Klage gegangen, und zwar der Verein Vorwärts hat die Stadt Steyr geklagt. Auch eine sehr komische Geschichte, wenn man sich überlegt, dass man diesem Verein über 30 Mio.

Subventionen zufließen hat lassen. Wir werden das heute noch belegen, lieber Gerhard Klausberger.

GEMEINDERAT

MAG. GERHARD KLAUSBERGER:
Ich habe damit gar nichts zu tun. Warum sprichst du mich an?

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:
Weil du so den Kopf geschüttelt hast, als könntest du diese Zahl nicht glauben.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Mag. Gerhard Klausberger

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:
Der nächste Schritt war die Drohung der Privatklage der Werbefirma Rappel. Auch dazu wird sich jemand zu Wort melden und versuchen ein bisschen Licht hineinzubringen. Dann ging es um die Ausgleichszahlungen. Nur um ein bisschen das Interesse zu wecken, die Ausgleichsverhandlungen wurden unter drei Bedingungen geführt. Wir verhandeln nur mit dem Masseverwalter, dass wir 6 Mio. zahlen, wir garantieren nicht, dass wir es zahlen, aber wir verhandeln auch nur mit euch, wenn die Klage Rappel ruhend gemeldet wird, wenn der 3 Mio. Kredit, für den die ehemaligen Vorstandsmitglieder haften, unter den Tisch fallen und wenn die Vereinsführung sofort gewechselt wird; legitimer Wunsch. Dazwischen gab es immer wieder Subventionen, wie gesagt, es waren insgesamt um die 37 Mio. aus öffentlicher Hand, einschließlich der Ausgleichszahlung und der 9 Mio. für die Bürgerschaft, die aber noch offen sind und es gab permanente Versuche, die Haftung nicht zu zahlen. Wir haben es eh gehört, der Herr Bürgermeister hat es gesagt, seit 2000 ist es latent und seitdem wehren wir uns, diese Zahlung zu machen. Und man

versuchte immer wieder zu schauen, dass die ehemaligen Vorstandsmitglieder ja nicht belangt werden und dass sie heraus kommen. Wir werden Ihnen heute eigentlich ein Sittenbild präsentieren, wo es nicht vorrangig um das Wohl der Stadt Steyr und ihren Bürgern geht, im Gegenteil, wo Bürger der Stadt nachweislich geschädigt werden sollten. Wo auf Kosten der Bürger Privatschulden von SPÖ nahestehenden Personen bereinigt werden sollten. Wo Mandatare, die selbst unmittelbar betroffen sind, bei Beschlüssen zu ihren Vorteilen mitstimmten. Wo Informationen bewusst nicht an den Gemeinderat weitergegeben werden und wo Beschlüsse vom Gemeinderat nicht exekutiert wurden und keine Meldung an den Gemeinderat erfolgte, dass es nicht passiert. Wo dringliche Warnungen von Beamten nicht an die Politik weitergeleitet wurden und wo dadurch Entscheidungen getroffen wurden, die bei voller Kenntnis der Situation, Herr Vizebürgermeister, mit Sicherheit nicht zustande gekommen wären. Und wo ein Bürgermeister hier in diesem Gemeinderat steht und auf Anfrage bewusst lügt. Wo dieser Bürgermeister alles versucht hat, um diese Vorkommnisse zu verschweigen, zu vertuschen. Die Akteneinsicht wurde ständig verweigert und das alles vorrangig nicht zum Wohle der Stadt, dass man sagen könnte, hier wird versucht, dass die Stadt nicht zuviel zahlt. Auch das geht aus den Vereinbarungen, die dem Akt beiliegen, hervor. Zuerst bitte schön, muss einmal geschaut werden, dass die 3 Mio. weg sind, für die die Vorstandsmitglieder haften und dann reden wir weiter über das, was die Stadt zu zahlen hat. Ein Sittenbild, nicht einer blühenden Stadt, sondern einer äußerst bedenklichen Moral, einer maßlosen Selbstüberschätzung und vor allem einer Verwischung der Grenzen zwischen Recht und Unrecht. Nicht nur ein Fall für diesen Sondergemeinderat, sondern mit Sicherheit

ein Fall für das Land Oberösterreich, als oberste Aufsichtsbehörde und mit unserem heutigen Wissen, mit Sicherheit auch ein Fall für die Staatsanwaltschaft.

Ich ersuche die Zuhörer wirklich bis zum Schluss durchzuhalten, ich garantiere Ihnen, es wird sehr aufschlussreich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Herr GR Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werte Herren Vizebürgermeister, Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Gäste. Ich könnte jetzt in relativ kurzer Form lediglich darauf hinweisen, dass im Zusammenhang der Causa Vorwärts zumindest seit 1995 Vereinbarungen gebrochen, Vereinbarungen nicht eingehalten wurden, dass Gemeinderatsbeschlüsse nicht umgesetzt wurden und dass der Bürger und Steuerzahler der Stadt 1,1 Mio. Euro bezahlen muss. 1,1 Mio. Euro ohne die Zinsbelastung für die Darlehen, die aufgenommen werden müssen, nicht nur was die 6 Mio. von damals betreffen, sondern auch heute, und das steht ja auch in dem Antrag, den der Fraktionsobmann der SPÖ erläutert hat, drinnen, ohne die Nebengebühren, ohne die Grunderwerbsteuer, die fällig ist und ohne andere Preis- und Gebührennachlässe, die man über Jahre hinweg bis zum Jahre 2002 dem Verein Vorwärts gewährt hat. Meine Damen und Herren, ich kann mich nicht erinnern, dass in den letzten Jahren, oder eigentlich in den letzten Jahrzehnten, Mandatare – und das zweimal in gleicher Sache – einen Sondergemeinderat beantragt haben. Nur in der Causa Vorwärts sind wir heute bereits das zweite Mal aufgerufen, eine Gemeinderatssitzung abzuhalten. Und

die Gründe, warum die Opposition diese heutige Sondersitzung verlangt hat, die liegen auf der Hand. Da sind einerseits Finanz- und Rechtsausschusssitzungen nicht durchgeführt worden, obwohl es dazu einen Gemeinderatsbeschluss gibt, da hat es die Verweigerung der Akteneinsicht gegeben. Im Übrigen auch bereits früher, zu Zeiten Dr. Pfeil, Herr Kollege Bremm, das stimmt überhaupt nicht, dass es ständig Akteneinsicht gegeben hätte, sondern es war, wie gesagt, zu Zeiten Dr. Pfeil, sogar wie wir im Stadtsenat zu zweit drinnen gesessen haben, haben wir immer Probleme gehabt, alle Akten einzusehen. Uns hat man nur das gezeigt, was unbedingt notwendig ist, um die Zustimmung von uns zu erreichen, nur einmal zur Klarstellung, wie das wirklich abgelaufen ist.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das stimmt nicht!

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Aber es ist auch eine Aufklärung über die 800.000,- Euro, die im Nachtragsvoranschlag in der Gemeinderatssitzung im November behandelt wurden, nicht gemacht worden und offensichtlich auch unterbunden worden. Erst bei der Fraktionsobmännerbesprechung, als die Opposition den Antrag auf diese heutige Sondersitzung eingebracht hat, war man bereit einen Termin für eine Finanz- und Rechtsausschusssitzung bekannt zu geben und auch Akteneinsicht zu gewähren. Das war erst dann, aber vieles ist vorher gerade im Gegenteil passiert, wie ich gerade gesagt habe, was die Akteneinsicht betrifft. Aber auch das Verlangen der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, damals im Jahr 2000, eine Sondersitzung des Gemeinderates zu verlangen, hat ja einen besonderen Grund gehabt. Damals ist es darum gegangen, dass Bgm. Leithenmayr und die

SPÖ beantragt haben, 6 Mio. Schilling für einen Zwangsausgleich Verein Vorwärts freizugeben. Wir waren, wie ja bereits heute bekannt gegeben wurde, vonseiten der Freiheitlichen deswegen dagegen, weil wir ja sehr gut in Erinnerung hatten, dass eigentlich die Vereinbarungen aus 1995, wo es um den 9 Mio. Kredit gegangen ist, bei weiten nicht eingehalten wurden. Dass man uns nur vorgegaukelt hat, dass eh alles in Ordnung ist und deswegen haben wir die Zustimmung gegeben. Und es stimmt ja, was mein Vorredner gesagt hat, dass damals der Finanzreferent Zagler hier sehr deutlich zum Ausdruck gebracht hat – und das ist im Protokoll nachzulesen, ich erspare Ihnen das im Einzelnen darzulegen – aber sinngemäß hat er gesagt, diese Ausfallhaftung, die die Stadt jetzt über die 9 Mio. eingeht, die wird ja nie schlagend werden, das ist ja nur eine Pro forma Ausfallhaftung, um eben zu Geld zu kommen und die Bank sich in der Richtung halt absichert, und dass auch der Vereinsvorstand über 3 Mio. Schilling haftet. Wir, wie gesagt, waren im Jahr 2000 einer anderen Auffassung, wir waren der Meinung, dass der Verein Vorwärts die Möglichkeit haben sollte, bei der Stunde Null zu beginnen und dass weitere finanziellen Belastungen von der Stadt abgewendet werden. Jedenfalls wurde bei dieser Gemeinderatssitzung am 13. 04. 2000 gegen die Stimmen der FPÖ und des Liberalen Forums folgendes beschlossen. Und das ist auch sehr wichtig, dass auch alle Mitglieder des Gemeinderates wissen, was sich tatsächlich alles abgespielt hat und dass das jetzt nicht nur von einer Seite beleuchtet wird, weil ja die Darstellungen bei weitem nicht dem entsprechen, was sich dort wirklich abgespielt hat. Und zwar wurde folgendes beschlossen: „Zur Finanzierung des Zwangsausgleiches des SK-Vorwärts wird ein Betrag von höchstens 6 Mio. Schilling unter nachstehenden Bedingungen gewährt:“ Und

da hat es fünf Punkte gegeben und einen der wichtigsten Punkte, möchte ich Ihnen auch noch einmal zur Kenntnis bringen. „Die Raiffeisenlandesbank oder eine Konzerngesellschaft, die das Baurecht erwirbt, schließt mit dem neu zu wählenden Vorstand des Vereines einen unbefristeten Bestandsvertrag, um den Spielbetrieb im Stadion Volksstraße aufrecht erhalten zu können.“ Bürgermeister Leithenmayr hat damals diesen Antrag folgendermaßen begründet, und ich zitiere jetzt auszugsweise aus dem Protokoll der Gemeinderatssitzung, was diese Wortmeldung vom damaligen Bürgermeister Leithenmayr betrifft. Er hat zwei Szenarien dargestellt, Szenario 1) „Jetzt ergeben sich aus meiner Sicht folgende Szenarien.“ Ich sage jetzt noch einmal Szenario 1) „Vorwärts geht in den Konkurs, dass wir dann eigentlich die Raten, die Vorwärts nicht zahlen will, kann oder nicht gezahlt hat, und die sich jetzt auf einen Rückstand von etwa 3 Mio. Schilling belaufen, dass wir dieses Geld zahlen sollen. Also wir reden von 9 Mio. Schilling, nicht gedeckt durch Schulden bei der Raika in Sierning aus dem Bürgschaftsvertrag. Aus meiner Sicht schaut die Sache so aus, dass wir im schlechtesten Fall ein Obligo von etwa 15 Mio. Schilling haben und im Normalfall eines von etwa 12 Mio. Schilling. Es kommt darauf an, wie das Gerichtsurteil lauten würde.“ Dann beschreibt er das Szenario 2) „Da hat man sich also sehr bemüht eine Lösung zu finden, die für alle Beteiligten besser sein könnte. Für die Stadt, weil ein Zwangsausgleich nur 20 % der aushaftenden Summe kosten würde und andere Mittel auch für diesen Zwangsausgleich angesprochen werden könnten.“ Das ist ja richtig, zwar sagt er, in keiner sehr großen Höhe, aber immerhin, sodass für die Stadt ein Betrag von maximal 6 Mio. Schilling für die Finanzierung dieses Zwangsausgleiches zu bezahlen wäre. Das heißt, es würde der Fußball wei-

tergehen, wir wären auch dieser Sorge enthoben und wir könnten auch mit einem vergleichsweise geringem Aufwand, also mit rund 6 Mio. gegenüber 12 Mio. bis 15 Mio. Schilling aus dieser Geschichte aussteigen. 6 Mio. Schilling wurden also bezahlt, um den Zwangsausgleich von Vorwärts zu ermöglichen. Aber war es dann tatsächlich so wie angekündigt, dass man alle anderen Sorgen, vor allen Dingen die finanziellen Sorgen losgehabt hätte? Nein, im Gegenteil. Jetzt, 8 Jahre später, meine sehr geehrten Damen und Herren, bringt die SPÖ-Fraktion einen Antrag ein, das Baurecht um 600.000,- Euro, das sind 8.256.000,-- Schilling, zurückzukaufen, um alle weiteren Forderungen der Raika abzuwenden. Allerdings war vor einigen Tagen im Finanz- und Rechtsausschuss, auf den ich heute schon einmal zu sprechen gekommen bin, dieser eigenartige Abänderungsantrag, der dort behandelt wurde, sehr interessant. Und zwar deswegen, weil man dort ja immer noch nicht gewusst hat, mit wem man eigentlich Verhandlungen aufnehmen muss, wem denn eigentlich das Baurecht gehört. So war das zumindest in diesem Antrag dargestellt, Herr Bürgermeister. Aufgrund meiner Anmerkung wurde das dann dort geändert, aber bitte, sei es wie es sei, wahrscheinlich hat man dieses Papier deswegen Abänderungsantrag genannt, weil kaum 2 Minuten später, nachdem dieses Schriftstück präsentiert wurde, bereits wieder abgeändert werden musste. Vielleicht war das der Grund dieses Abänderungsantrages. Also, meine Damen und Herren, nur zur Erinnerung, 2000 hat man versichert, dass man nur 6 Mio. Schilling bezahlen muss und nicht 15 Mio. Schilling und alles ist erledigt. Heute kommt man drauf, dass weitere 600.000,-- Euro, wie ich bereits gesagt habe, zuzüglich Grunderwerbssteuer und Eintragungsgebühren notwendig sind, um aus der Ausfallhaftung heraus zu

kommen. Daher sind nicht 6 Mio. Schilling, wie versprochen, sondern rund 15 Mio. Schilling, wenn man das umrechnet, ohne Zinsbelastung für die dazu benötigten Darlehen zu bezahlen. Und es gibt ja noch weitere finanzielle Zugeständnisse, ich bin bereits kurz darauf eingegangen, in Form von Steuer- und Gebührenverzicht gegenüber Vorwärts, in nicht unerheblicher Höhe, vonseiten der Stadt. Das ist auch aufgelistet, ich gehe gar nicht auf die näheren Beträge ein, da kommt man nämlich auch auf sehr hohe Beträge in Millionenhöhe, zumindest damals in Schillingbeträgen ausgedrückt. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, muss man sich einfach die Frage stellen, was ist denn tatsächlich in diesen 8 Jahren passiert, dass jetzt die Stadt nicht 6 sondern 15 Mio. Schilling bezahlt. Was ist da passiert? Darüber gibt ein Schreiben aus der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 15. 11. 2007 mit folgendem Inhalt Auskunft: Man weist wieder darauf hin, dass der Gemeinderat am 13. 04. beschlossen hat, 6 Mio. Schilling für den Zwangsausgleich unter bestimmten Bedingungen bereit zu stellen und einer dieser Bedingungen war die Übertragung dieses Baurechtes das Vorwärts inne hatte an die Raika. Dann schreibt man wortwörtlich, und das Schreiben war an den Magistratsdirektor Dr. Schmidl gerichtet: „Diese Bedingung des damaligen Gemeinderatsbeschlusses ist bis zum heutigen Tage nicht umgesetzt. Auswirkungen auf die am heutigen Tage durchzuführende Gemeinderatssitzung, die war am 15. 11., könnte dies deshalb haben, da der Verkauf des Baurechtes von SK Vorwärts Steyr an die Raiffeisenbank den Zweck haben sollte, dass die beiden am Baurecht sichergestellten Pfandrechte von 9 Mio. für die Stadt und von 3 Mio. – die Zusammenhänge sind interessant – für die Vorstandsmitglieder des Vereines gegenstandslos werden, da der Kaufpreis

den Betrag von 12 Mio. betragen sollte.“ Ich möchte jetzt gar nicht weiter vorlesen, weil das wären mehrere Seiten, sinngemäß ist das richtig, was der Herr Vizebürgermeister gesagt hat, dass sich dann auf Wunsch des Bürgermeisters Leithenmayr der Stadtsenat eigentlich nur mehr in der Form beschäftigt hat, dass man gemeint hat, man müsste mit der Raika Sierning über diesen Bestandsvertrag noch weitere Gespräche führen. Obwohl damals der Herr Bürgermeister Pfeil sehr deutlich darauf hingewiesen hat, dass dieser Gemeinderatsbeschluss zu Schwierigkeiten führen könnte und er hat sich sehr genau ausgedrückt, dass es unter Umständen um hohe Beträge für die Spielplatzbenützung geht und sich das der Verein nicht leisten könnte. Trotzdem wurde dieser Beschluss durchgesetzt, und zwar wieder nur deswegen, um eben diese 6 Mio. Schilling vom Gemeinderat freizukriegen. So ist das in Wahrheit gewesen. Dann schreibt man hier in diesem Schriftstück weiter: „Die in weiterer Folge vorrangig von Herrn Bgm. Leithenmayr und später von Herrn Bgm. Ing. Forstenlechner geführten Verhandlungen sind offenbar nie zu Ende gebracht worden.“ Mit Schreiben vom 04. 02. 2002 ersucht der Leiter der Rechtsabteilung der Raiffeisenlandesbank, Herr Dr. Christian Grininger, in einem Schreiben an Herrn Bgm. Forstenlechner, ihn, wie bei einer Besprechung am 05. 12. 2001 vereinbart, ein akzeptables Ersatzgrundstück vorzuschlagen. Die geschilderte Situation ist deshalb problematisch, da die Finanzierung des Zwangsausgleiches in Höhe von 6 Mio. damals eben unter der Bedingung vom Gemeinderat genehmigt wurde, dass damit auch die Verpflichtungen aus dem Bürgschaftsvertrag erloschen sind. Durch die dargestellte Vorgangsweise wurde jedoch bis zum heutigen Tag die Veräußerung des Baurechtes nicht erfüllt und die Stadt dementsprechend auch nicht aus

der ihr obliegenden Verpflichtung aus der Bürgschaft entlassen.“ Jetzt möchte ich noch ganz kurz darauf zu sprechen kommen, nachdem ja der Herr Dr. Schmoll einen Ablauf dieser ganzen Vorwärtsgeschichte vor diesem Gemeinderat vorgetragen hat. Er hat allerdings auch eines vergessen, Herr Dr. Schmoll, ich mache Ihnen persönlich auch gar keinen Vorwurf, wahrscheinlich sind Sie dazu beauftragt worden, Sie haben vergessen, dass dieser ganze Deal im Zusammenhang mit der Grundstücksumwidmung Staffelmayer steht. Was allerdings nicht nur vom Herrn Bürgermeister bestritten wurde, sondern auch vom Herrn Grininger, der am Montag in der Finanz- und Rechtsausschusssitzung klar und deutlich zum Ausdruck gebracht hat, dass solange er die Verhandlungen geführt hat, es keinerlei Zusammenhänge mit dieser Grundstücksumwidmung gegeben hätte. Obwohl Sie nachweislich seit dem Jahr 2003 Schriftverkehr mit der Stadt Steyr, mit dem Bürgermeister und der Magistratsdirektion geführt haben; das sei auch einmal sehr deutlich gesagt. Das ist ja eigentlich der Grund, meine sehr geehrten Damen und Herren, warum wir in dieser Sache tätig sind und warum wir, vonseiten der freiheitlichen Fraktion absolut das Vertrauen verloren haben. Das Vertrauen auf die handelnden Personen verloren haben. Meine Damen und Herren, ich bin jetzt seit 28 Jahren in diesem Gemeinderat und 12 Jahre davon im Stadtsenat tätig und ich habe immer die Auffassung vertreten, dass es durchaus richtig und notwendig ist, dass es parteipolitisch unterschiedliche Auffassungen gibt. Selbstverständlich, es soll auch einen Konkurrenzkampf geben, nichts dagegen einzuwenden, aber jedes einzelne Mitglied des Gemeinderates, gleich welcher Fraktion, hat die Verpflichtung, gemeinsam im Interesse der Bürger der Stadt Steyr zu handeln. Und da frage ich mich, wie das in Zukunft wei-

tergehen soll, wie man hier vertrauensvoll weiterarbeiten kann, wenn solche Dinge vorkommen, wie die, die ich eben geschildert habe. Also, es erhebt sich die Frage, warum wurde der Gemeinderatsbeschluss auf Übertragung des Baurechts an die Raika nicht umgesetzt, obwohl der Rechtsanwalt der Stadt Steyr, vorhin vom Herrn Vizebgm. Bremm zitiert, was aber nicht im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit im Gemeinderat steht, ich habe es bereits beim Zwischenruf klar und deutlich zum Ausdruck gebracht, also mit Schreiben vom 06. September 2000 mitgeteilt, dass eine von der Raika bereits gegengezeichnete Vereinbarung vorliegt, in der Änderungswünsche der Stadt Eingang gefunden haben. Und da erhebt sich die Frage, wen wollte man denn schützen, dass man das nicht umgesetzt hat? Warum hat man nicht nur verschwiegen, ich habe ja bereits darauf hingewiesen, sondern sogar bestritten, dass man in weiterer Folge mit der Raika vereinbarte, die Staffelmayergründe in Bauland umzuwidmen, um im Gegenzug aus der Vorwärtshaftung herauszukommen, wie es ein diesbezüglicher Schriftverkehr, und auf den habe ich ebenfalls bereits hingewiesen, ja beweist. Warum hat dennoch die Raika nach dieser Grundstücksumwidmung, das ist die Kardinalfrage, € 800.000,-- gegenüber der Stadt fällig gestellt? Wie kann es sein, dass laut Aussage des Herrn Bürgermeisters in aller Öffentlichkeit, ich beziehe mich auf Pressemeldungen, die Stadt € 600.000,--, vorher waren es € 800.000,--, dafür bezahlt, um das Baurecht von der Raika zurück zu erhalten, obwohl die Raika nicht Nutznießer dieses Baurechtes ist, sondern nach wie vor SK Vorwärts. Weil entgegen eines Gemeinderatsbeschlusses im Jahr 2000 die Veräußerung des Baurechtes an die Raika nicht erfüllt wurde. Also, das muss man mir jetzt schon erklären, wie wird das jetzt funktionieren, wenn man jetzt das Baurecht

vonseiten der Stadt von SK-Vorwärts zurückkauft und bezahlen tut man das jetzt an die Raika. Das muss mir schon jemand erklären, wie das funktioniert. Diesbezüglich gibt es ja auch ein Schriftstück, aber da werde ich mich noch einmal zu Wort melden, wo Fachexperten dringend davon abraten, derartige Transaktionen durchzuführen, weil es da unter Umständen größere Probleme mit dem Finanzamt gibt, größere Probleme bezüglich der Grunderwerbssteuer gibt. Viele Fragen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind auch nach Durchsicht der uns vorgelegten Akten noch offen, wobei ich davon ausgehe, dass die nach wie vor nicht vollständig waren, und wir fordern daher, wie bereits in der Gemeinderatssitzung am 15. 11. 2007, ein externes Gutachten, um alle offenen Fragen, aber auch die gesamte Vorgangsweise in dieser Angelegenheit restlos aufzuklären. Die Öffentlichkeit und der Steuerzahler hat ein absolutes Recht darauf. Eines konnte auch in der Causa Vorwärts festgestellt werden, dass ist ein bestimmtes System der SPÖ-Mehrheit, das immer wieder zum Tragen kommt. Informationen und Einbindungen der Opposition nur dann, wenn es unbedingt notwendig ist, und dann auch nur unvollständig, um Macht zu demonstrieren. Eine Verflechtung von SPÖ, Partei und Rathaus, politische Einflussnahme in Vereinen und anderen Bereichen, um Macht abzusichern und Macht weiter auszubauen, auch auf Kosten der Allgemeinheit.

Beifallskundgebung

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Herr Bürgermeister, wie viele Wortmeldungen habe ich?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Zwei!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Der Kollege Eichhübl als Vorredner ist auf Schriftstücke aus dem Jahre 2007 eingegangen und hat unter anderem kurz aus dem Schreiben vom November zitiert, aus dem klar hervorgeht, dass das Baurecht niemals veräußert worden ist und das war am 16. 11. 2007. Da muss sich etwas innerhalb von 3 Wochen getan haben. Da sind wir bei dem Thema, wie geht man mit den Bürgern um, wie geht man mit Mandataren um, wie geht man mit Beamten um, man sagt das, was man sagen möchte, und Beamte sind noch dazu weisungsgebunden. Drei Wochen später, nachdem laut Auffassung der Stadt klar ist, dass das Baurecht noch immer bei der Vorwärts liegt, gibt es ein Gespräch mit Vertretern der Vorwärts, drei Wochen später und nicht Jahre später, wo sich die Rechtsauffassung geändert haben könnte. Es wird die Linie der Stadt vertreten, die lautet, dass das Baurecht aufgrund der Einigung im Ausgleichsverfahren der Raiffeisenbank gehört. Drei Wochen später sagt man einem Vertreter von Vorwärts ganz etwas anderes, als man am 16. 11. 2007 als Rechtsauffassung vertritt. In drei Wochen, was hat sich da verändert? Im Grundbuchauszug hat sich in diesen drei Wochen überhaupt nichts verändert, schon ganz interessant. Vor allem der Satz, gegenüber Herrn so und so, wird die Linie der Stadt vertreten. So wie es gerade passt, dem sagen wir, was für uns gut ist, dem anderen sagen wir etwas anderes, und da wundern Sie sich, dass wir das Vertrauen verloren haben. Innerhalb von drei Wochen, und da geht es jetzt nicht um die Rechtsauffassung der Raika, oder

Rechtsauffassung der Stadt Steyr, sondern dieselbe Stadt Steyr, dieselben politisch Verantwortlichen sagen am 16. 11. 2007 gegenüber bestimmten Personen etwas anderes was das Baurecht anbelangt, als drei Wochen später am 4. 12. 2007. Dass wir von diesen Schriftstücken keinerlei Ahnung hatten, resultiert daraus, weil all diese Themen nie in einer Ausschusssitzung behandelt worden sind, wir deshalb kein Akteneinsichtsrecht hatten, zur Aufklärung – wie der Herr Vizebgm. sagt, Nichtwissenden - ich würde sagen, für die ganz normalen Bürger, die mit dem Statut nicht täglich etwas zu tun haben, weil dann weiß man, dass Akteneinsicht nur dann gewährt wird, wenn etwas auf der Tagesordnung einer Sitzung steht. Und all diese Schriftstücke, und das sind mehr als 10 Schriftstücke, die es alleine in der letzten Zeit gab, im letzten halben Jahr gab es mindestens 10 Schriftstücke intensivster Natur, widersprüchlichster Natur, von denen wir nie Kenntnis hatten, weil dieses Thema anscheinend viel zu unwichtig war, um es nur ein einziges Mal auf eine Fraktionsvorsitzendenkonferenz, eine Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusssitzung usw. zu heben. Erst durch Zufall, indem Mandatare der Opposition im Nachtragsvoranschlag, ganz klein unter einer Aktenzahl XYZ versteckt, diese € 800.000,- entdeckten und sich fragten, warum sind da plötzlich EUR 800.000,- geparkt, erst seit diesem Zeitpunkt und weil wir uns diesen Nachtragsvoranschlag gut angesehen haben, erst seit diesem Zeitpunkt ist etwas in Bewegung gekommen. Ansonsten hätte die Stadt, denke ich mir einmal, einfach gezahlt, die Mandatare nicht informiert, damit die ganze Geschichte endlich einmal weg vom Tisch ist und die ganzen Haftungen weg sind usw. Alles im letzten halben Jahr, widersprüchlichste Aussagen. Dass man dann auch noch schreibt, man befürchtet, die Gemeinderäte würden über

Aktenstücke Kenntnis erlangen, auch ganz interessant, das brauche ich nicht genau zitieren, aber ungefähr so, „es muss befürchtet werden, dass Mandatare der Oppositionsparteien noch irgendwelche Schriftstücke haben, nämlich von Mandataren die früher schon einmal herinnen gesessen sind und deshalb auch ohne Akteneinsicht zu haben, doch mehr an Kenntnis mitbringen usw.“ Und, Herr Vizebgm. Bremm, nachweislich gab es zu dem Zeitpunkt, seit ich im Gemeinderat bin, und das ist seit 1997, ein einziges Mal die Möglichkeit der Akteneinsicht für mich, die wurde mir verwehrt. Und als es um das Thema Zwangsausgleich gegangen ist, ja wir durften schon Akten sehen, aber halt solche, wo man gesagt hat, das sind die zum Zwangsausgleich, aber das ganze Thema Vorwärts ist nicht Sache der Sitzung, da hat man die berühmten Teilakten erfunden, ich hatte nur Akteneinsichtsrecht in den Teilakt. Natürlich habe ich als Mandatar Akteneinsichtsrecht in den gesamten Akt, und inzwischen haben wir uns das auch über das Land Oberösterreich erkämpft, aber damals gab man uns sogenannte Teilakte. Und der Akt Vorwärts, das habe ich schon einmal gesagt, war bereits fix und fertig kopiert im Jahr 2000 und wurde mir dann eben, nachdem er schon fertig kopiert war, kurzfristig entzogen und man hat gesagt, nein das dürfen wir ihnen nicht geben. Erst jetzt haben wir langsam Einsicht bekommen. Ja, wie soll ich sagen, es wurde nicht nur von den Vertretern der Vorwärts die Linie der Stadt vertreten, was immer das auch sein mag, sondern es beginnt ja alles schon viel früher, gehen wir noch ein bisschen zurück in die Vergangenheit. Ich war da noch gar nicht im Gemeinderat, aber ich wundere mich schon, wie kann es das geben, der Herr GR Eichhübl hat das Gemeinderatsprotokoll, aber am 26. 01. 1995 gab es den Beschluss für einen Bürgerschaftsver-

trag. Meines Wissens nach, korrigieren Sie mich, wenn es nicht stimmt, ich war damals noch nicht im Gemeinderat, es kann sein, dass ich mich irre, aber meines Wissens nach gab es nur diesen einzigen Bürgerschaftsvertrag, ohne Abänderungen im Gemeinderat. Stimmt das so?

Zum Baurechtsvertrag gab es Abänderungen, aber zum Bürgerschaftsvertrag, den gab es meines Wissens nach nur mit diesem Beschluss vom 26. 01. 1995, stimmt das so?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Ja, das stimmt.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Dann ist es aber schon sehr interessant, dass zwei, drei Wochen nach diesem Beschluss des Gemeinderates, und der Gemeinderat ist das oberste Organ der Stadt Steyr, das ist nicht der Bürgermeister, das ist nicht der Stadtssenat, der Gemeinderat ist das oberste Organ der Stadt Steyr und darum muss er auch solche schwerwiegende und weitreichende Beschlüsse fassen, oder darf sie fassen, wie einen Bürgerschaftsvertrag. Und wie gesagt, drei Wochen später, mit Schreiben vom 17. 02. 1995 gibt es plötzlich Änderungswünsche zum Bürgerschaftsvertrag. Bisheriger Text und gewünschter Text ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Von wem?

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Da gibt es ein Schreiben an die Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten, wonach Vertreter der Raiffeisenbank Änderungswünsche für den Bürgerschaftsvertrag deponieren, der schon am 26. 01. beschlossen wurde. Und mit 17. 02. 1995 wollen sie Änderungswünsche, das ist schon ganz in-

teressant, denn eines wissen wir, wenn wir einen Vertrag beschlossen haben, dann kann man den schon wieder ändern, aber natürlich weil ihn der Gemeinderat beschlossen hat, muss ihn auch der Gemeinderat wieder abändern. So, und da gibt es eine Gegenüberstellung vom bisherigen, gewünschten Text, die Fachabteilung meint, na ja manche Abänderungen sind reine Kosmetik, aber trotzdem müssten sie wieder den Gemeinderat passieren, nur der eine oder andere Punkt ist vielleicht doch ein bisschen heikel. Und weil der eine oder andere Punkt ein bisschen heikel ist, findet sich dann auch der Passus, „es wird fernmündlich mitgeteilt, den Bürgerschaftsvertrag doch in der von der Stadt erstellten Form unterfertigen zu dürfen, um eine neuerliche Beschlussfassung über den Vertragstext im Gemeinderat zu verhindern.“ Das heißt, man hat zwar probiert, ich will Ihnen jetzt nicht alle Änderungspunkte aufzählen, weil dann sitzen wir morgen oder übermorgen noch da, Faktum ist, es gab einen gültigen Beschluss im Gemeinderat über diesen Bürgerschaftsvertrag, den auch die Mandatäre mitgestimmt haben, ohne zu wissen, dass es dann Abänderungsvorschläge gab. Und jetzt kommt es, denn zwei Abänderungsanträge sind schon ganz interessant, nämlich unter anderem – und da sind die Mandatäre getäuscht worden, und ich denke mir, auch die Mandatäre der SPÖ – denn wir bzw. Sie sind damals davon ausgegangen, diese Bürgerschaft dient, oder der Kredit dient dazu, bestehende Verbindlichkeiten abzudecken. Und zwar bestehende Verbindlichkeiten gegenüber dritten, das kann jeder normale Lieferant gewesen sein, gegenüber dem Finanzamt, gegenüber der Gebietskrankenkasse usw., davon ist man ausgegangen. Jetzt hat ein Passus hinein sollen, dass der Bürge, nämlich die Stadt Steyr zustimmend zur Kenntnis nimmt, dass die vorstehende Kreditgewährung

primär zur Abdeckung der bei anderen Instituten der Raiffeisengeldorganisation bestehende Verbindlichkeiten herangezogen wird, das war der Änderungswunsch, unter anderem.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Und dazu gibt es einen Sideletter!

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ja genau, und jetzt kommt es. Man wollte das natürlich nicht normal vorlegen, sondern gewisse Punkte sollen in einem Sideletter festgehalten werden. Diesen Sideletter habe ich nicht gefunden, aber anscheinend gibt es einen Sideletter zu diesem Bürgerschaftsvertrag, und da frage ich mich schon, wenn es jetzt, und das ist nur ein Beispiel, wenn es Verträge der Stadt Steyr gibt, die vom Gemeinderat beschlossen worden sind, und dann auf einmal irgendwie abgeändert werden, mit irgendwelchen Sidelettern versehen werden, dann frage ich mich schon, ob hier nicht der gesamte Gemeinderat de facto ad absurdum geführt werden soll.

STADTRAT

WALTER OPPL:

Ist er geändert worden oder nicht?

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ich weiß es nicht!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Also Moment einmal, Herr Dr. Schmoll

...

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Im Gemeinderat ist er nicht geändert worden, weil man eben nicht wollte, dass das noch einmal der Öffentlichkeit bekannt wird, aber man hat anscheinend ...

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Michaela, du hast jetzt etwas in den Raum gestellt, ich möchte den Herrn Dr. Schmoll ersuchen das aufzuklären.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ich zitiere nur etwas aus dem Akt, ich habe keine eigene Meinung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Moment, das steht mir als Vorsitzende zu, dass ich sage, Herr Dr. Schmoll, stimmt das, ja oder nein?

OMR DR. GERALD SCHMOLL:

Zu diesem Zeitpunkt, welchen die Frau Gemeinderätin zitiert, kann ich nichts dazu sagen, ich habe den Akt nicht vor mir. Ich kann nur eines dazu sagen, ich habe den genehmigten Bürgerschaftsvertrag mit dem unterschriebenen Bürgerschaftsvertrag verglichen, außer dass damals noch nicht feststehende Daten eingesetzt wurden, hat es keine Änderung gegeben.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Und schließen Sie aus, dass es einen Sideletter gegeben hat, oder gibt?

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Es ist schon ganz interessant, und wenn man normalerweise die Beharrlichkeit dieser Schriftverkehre kennt, dann frage ich mich schon, ob das dann einfach so akzeptiert worden ist, dass die Stadt dann auf dieses Schreiben gar nicht mehr reagiert, dass es nie einen Sideletter gegeben hat. Wie

gesagt, im Akt habe ich keinen gefunden, aber das heißt nichts, denn wir haben heute schon einmal gehört, dass es Überlappungen gegeben hat, und einen Sideletter, wer weiß, wo der dann hingekommen ist.

GEMEINDERAT

GERALD HACKL:

Das sind ungeheure Unterstellungen!

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Da spricht jemand von Unterstellungen; ich denke mir, die Beamtschaft, und ich glaube nicht, dass die sich jetzt des Verdachtes aussetzen muss, nicht loyal zu sein, aber wenn einmal leitende Beamte der Stadt Steyr in Kenntnis dieser Sachlagen die Politik warnen weitere Schritte zu setzen oder nicht zu setzen, dann wäre Handlungsbedarf. Denn es hat ja immer geheißen, und das hat man ja auch oft hier herinnen in den Raum gestellt, na ja wir haben das nicht besser gewusst, und was dann alles passiert ist, nachher ist man immer klüger usw., das stimmt ja gar nicht. Da gibt es unter dem Passus, oder unter der Bezeichnung „Streng vertraulich“ bereits im Jahr 1996 das Schreiben eines hochrangigen Beamten, das an den Herrn Bürgermeister Hermann Leithenmayr geht, und wo er über mehrere Seiten, insgesamt 3, alles auflistet, was problematisch ist. Das haben wir heute schon gehört, mit den persönlich haftenden Vorstandsmitgliedern, dass es im Verein drunter und drüber geht usw., und wenn einmal ein hochrangiger Beamter schreibt, „Aufgrund der oben genannten Punkte kann seitens des Gefertigten keine wie immer geartete Verantwortung aus der Entwicklung der gegenständlichen Angelegenheit übernommen werden.“ Bereits im Jahr 1996, dann denke ich mir, dass dieser Beamte genug gewusst hat, sich genug informiert hat, die Politik auch gewarnt hat, die Politik hat aber nicht re-

agiert. Das heißt, man nimmt auch die Meinungen der Beamtenschaft hier im Hause nicht wirklich an. Eines ist bewiesen, man hat Warnungen der eigenen Beamtenschaft in den Wind geschlagen, man hat weisungsgebundene Beamte, und das muss man ja auch einmal erwähnen, die Beamten sind weisungsgebunden, das heißt, sie müssen das, was die Politik ihnen überträgt auch durchführen und können dann manche Dinge nicht tun, so wie sie es gerne tun wollten. Die waren wirklich in dieser Causa mehr als einmal zu bedauern. Ich denke mir, das Vertrauen ist insofern auch erschüttert, weil aufgrund der ganzen Aktenlage, und wir haben 6 oder 7 Ordner da durchstudiert, klar geworden ist, dass hier ein System am Werken ist, ein System in dem nicht alle Politiker drinnen sind, und darum würde ich auch niemals die persönliche Verantwortung irgendjemanden in die Schuhe schieben, weil es ein System ist, das zeigt was einfach aufgrund von zuviel Macht passieren kann und wo man diese Macht einfach übertreibt.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Wir haben zu dem Zeitpunkt keine Mehrheit im Gemeinderat gehabt!

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Aber Sie haben die Positionen besetzt, um die es geht und die wesentlich sind. Dazu brauchen Sie gar nicht die Gemeinderatsmehrheit um diese Macht zu haben, weil es ist ja im Gemeinderat sehr stark am Gemeinderat vorbei agiert worden, was ich gerade aufgezeigt habe.

Ja, Herr Hackl, wenn wir beim Thema Unterstellung sind, wahrscheinlich ist das auch eine Unterstellung, aber ich habe es schwarz auf weiß und ich kann es dann auch herzeigen, man belügt ja nicht nur die Gemeinderäte, man belügt das Volk draußen, sagt die

Unwahrheit oder nicht die ganze Wahrheit, ich will mich da jetzt gar nicht so festlegen, man nimmt es so wie man es braucht. Man hat auch z. B. bei dieser Garantieerklärung von den damals 6 Mio. Schilling eine offizielle Presseaussendung des Magistrates hinausgehen lassen, wonach diese Garantieerklärung in einer Dringlichkeitssitzung des Stadtsenates von allen anwesenden Fraktionsvorsitzenden unterzeichnet worden ist, die habe ich im Akt gefunden. Interessant ist aber, dass ich bei dieser Sitzung war und dass selbstverständlich nicht alle Fraktionsvorsitzenden unterschrieben haben, ich glaube kein einziger, weil da ist es nur um eine Abstimmung gegangen und stimmberechtigt waren einzig die Mitglieder des Stadtsenates. Das heißt, die Grünen waren nicht stimmberechtigt, ich war nicht stimmberechtigt, geschweige denn, dass einer von uns etwas unterzeichnet hätte. Das war aber eine offizielle Presseaussendung des Magistrates. Wenn du das nicht glaubst, kann ich dir das gerne übergeben, ich habe es mit.

GEMEINDERAT

GERALD HACKL:

Wir reden über das, was du zuerst gesagt hast!

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ich denke mir, es ist ungeheuerlich genug, dass aus diesem Haus Presseaussendungen hinausgehen, wo man hineinschreibt, da hat jemand etwas unterschrieben. Und jeder von uns weiß, was das bedeutet wenn ich einen Vertrag unterschreibe, dass ich Haftungen übernehme, und da hineinzuschreiben, alle anwesenden Fraktionsvorsitzenden haben eine Garantieerklärung unterzeichnet, die sie gar nicht unterzeichnet haben, also ich finde, das ist ein starkes Stück.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Herr GR Altmann bitte.

GEMEINDERAT
DI CHRISTIAN ALTMANN:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister Mach, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen des Stadtsenates und Gemeinderates, geschätzte Gäste, werte Vertreter der öffentlichen Medien. Ich möchte jetzt gerne dort einhaken, wo meine Vorredner schon ein paar Sachen angerissen haben und ein Puzzelstück aus der Vorwärts-Causa ein bisschen näher beleuchten. Generell darf ich einleitend dazusagen, dass sich während der letzten Tage und Nächte, beim Studium der Akten, Enttäuschung, Überraschung und auch wirklich Verärgerung in sehr kurzen Zeitabständen abgewechselt haben. Warum es mir so ergangen ist, wird Ihnen vielleicht dann klar sein, wenn ich mit meiner Wortmeldung am Ende bin. Ich darf beginnen: Am 03. 06. 1998, und das ist auch schon das eine oder andere Mal hier heute gefallen, beschloss der Gemeinderat der Stadt Steyr aufgrund der fehlenden Lizenzerteilung der österreichischen Bundesliga eine Garantieerklärung der Stadt abzugeben, damit die Vorwärts bei einem Schiedsgerichtverfahren die Lizenz erhalten sollte. Ganz, ganz klar wurde bei dieser Sitzung von den Vertretern der Stadt und auch von dem Verein der Gemeinderat informiert, dass mit der Garantieerklärung der 6 Mio. Schilling der Spielbetrieb voll aufrecht erhalten werden kann. Und wie bekannt ist, wurde eben diese Garantieerklärung dann am 03. 06. 1998 vom Stadtsenat beschlossen. Einen Tag später, am 04. 06. 1998, fand dann die Schiedsgerichtsverhandlung zwischen ÖFB und Vertretern der Vorwärts in Wien statt, bei dem die Vertreter der Stadt in Form des Herrn Mag. Lemmerer nochmals massiv darauf hingewie-

sen haben, dass die Garantieerklärung für die Stadt ihre Gültigkeit hat und sinngemäß das Geld jederzeit bei Bedarf von der Vorwärts abgerufen werden kann. Nicht zuletzt aufgrund dieser Aussage wurde letztendlich der Vorwärts die Lizenz für die Saison 1998/1999 überhaupt erteilt. Alle waren glücklich, die Erteilung der Lizenz war vonseiten des ÖFB da und die Probleme der Vorwärts anscheinend vom Tisch, so der Glaube. Aber 2 Wochen später, am 21. 06. 1998, gab es dann ein Gespräch über das Thema Finanzierung und liquide Mittel, so wie Wohnungen des Vereines, im Rathaus. Anwesend waren damals vonseiten der Stadt Steyr Frau Vizebgm. Mach und Herr Obrist, vonseiten der Vorwärts Herr Dittrich, Herr Radlspäck und Herr Polster und telefonisch kontaktiert wurden Herr Lumplecker von der Raika Sierning ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Nein, der war anwesend.

GEMEINDERAT
DI CHRISTIAN ALTMANN:
Entschuldigung, aber der Herr Rappel wurde telefonisch kontaktiert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Nein, der war auch anwesend.

GEMEINDERAT
DI CHRISTIAN ALTMANN:
Der war auch persönlich anwesend, sehr gut. Präsident Dittrich informierte in diesem Gespräch, dass alle Verträge abgeschlossen sind, jedoch derzeit jegliche liquide Mittel fehlen, um die noch ausstehenden Gehälter zu bezahlen. Dittrich bittet die Frau Vizebgm. Mach daher 1 Mio. aus der bestehenden Garantievereinbarung der Stadt Steyr vorzuziehen. Die Frau Mach schließt das mit dem Hinweis auf die derzeitigen Situation aus und fragt

dann, ob die beteiligten Anwesenden hier nicht weitere Ideen hätten, wie man denn diese ausstehenden Gehälter so quasi bezahlen kann. Nach längerer Diskussion, und da ist eigentlich schon klar im Protokoll drinnen, dass er nicht anwesend war, sondern angerufen wurde, ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ist eh egal, ich sage dann eh etwas dazu, lesen Sie es einfach vor.

GEMEINDERAT

DI CHRISTIAN ALTMANN:

Es steht ganz klar drinnen, dass er angerufen wurde. Also, der Herr Rappel wird sozusagen nach längerer Diskussion gefragt, das ist der Herr Rappel, der die Vermarktungs- und Werberechte am Vorwärtsgelände hat, ob er nicht dem Verein einen Kredit einräumen könnte. Stadt Steyr und Rappel würden einen schriftlichen Vertrag schließen, wobei die beiden zahlungsberechtigten Vertreter des Vereines, Herr Mag. Lemmerer und Dr. Pucher diese Vereinbarung beim Herrn Rappel dann gegenzeichnen würden. Rappel erklärt sich in dieser Vereinbarung bereit 1,3 Mio. Schilling an die Vorwärts zu bezahlen, jedoch nur unter der Bedingung, dass dieser Betrag vorrangig und als Erstes bei Fälligkeit der 6 Mio. Schilling Zahlungsgarantie berücksichtigt wird. Und diese beiden kleinen Wörtchen, vorrangig und als Erstes, sind dann, glaube ich, für einen späteren Sachverhalt nicht ganz unbedeutend. Wie man aus den Akten, durch ein späteres Schreiben vom 31. 01. 2000 von Herrn Rechtsanwalt Dr. Lessky, rekonstruieren kann, dürfte es ein Problem beim Zustandekommen dieser Vereinbarung gegeben haben, sodass sich die Frau Vizebgm. Mach am 10. 07. 1998 in die Lage versetzt sah, zum Telefon griff und Herrn Rudolf Rappel von der Rappel Werbe GmbH. anrief. Dieses Telefonat fand

wahrscheinlich dann deshalb statt, weil die Information, dass der Verein trotz beim Schiedsgerichtsverband vom 04. 06. 1998 abgegebener Garantieerklärung der Stadt, aufgrund derer ja dann die Lizenz erteilt wurde, eigentlich zu dem Zeitpunkt illiquid war und die Spielergehälter für den Mai 1998 gar nicht ausbezahlen konnte und diese Information wäre sicherlich auch zum damaligen Zeitpunkt für den ÖFB sehr interessant gewesen, geschweige denn auch für den Gemeinderat. Man war ja sichtlich durch dieses Telefonat auf der Suche nach einer alternativen Lösung, auch aus jenem Grund, weil man ganz offensichtlich auch den Stadt- und Gemeinderat über die vorliegende Zahlungsunfähigkeit des Vereines nicht informieren wollte, da die Situation des Vereines noch 2 Wochen zuvor bei der Stadtsenatssitzung am 03. 06. 1998 als stabil beschrieben wurde und genau mit dieser Stabilität wurde bei dieser Sitzung auch argumentiert, dass die Garantieerklärung sowieso nur einen Symbolcharakter für den ÖFB für die Lizenzerteilung hätte und dass die Haftung ja niemals schlagend werden würde. Ich bin mir nicht sicher, ob die damaligen Vertreter des Stadt- und Gemeinderates in weiterer Folge gefasste Beschlüsse bezüglich der Vorwärts in der Form gemacht hätten, wären sie bereits damals, so kurz nach Abgabe der Garantieerklärung, darüber informiert worden, dass sich die Finanzsituation des Vereines derart zugespitzt hat. In dieser Situation griff also Frau Vizebgm. Mach zum Telefon, kontaktierte Herrn Rappel, wortwörtlich in einem späteren Schreiben vom Herrn Rechtsanwalt Dr. Lessky nachzulesen, sie hat den Herrn Rappel regelrecht bekniert, noch am selben Tag, am 10. 07. 1998, dem SK Vorwärts ein Darlehen in der Höhe von 1,3 Mio. Schilling zu gewähren, so wie bei der Besprechung am 21. 06. 1998 auch telefonisch besprochen wurde. Dies mit der Begründung, dass der Verein

die angestrebte Lizenz für die Saison 1998/1999 nur dann erhalten werde, wenn noch am selben Tag die Bezahlung offener Spielergehälter, Löhne, Rückstände bei der Gebietskrankenkasse, beim Finanzamt etc. nachgewiesen werden. Hierbei hat Frau Vizebgm. Mach ausdrücklich noch einmal telefonisch erwähnt und zugesichert, dass die der Vorwärts von der Rappel GmbH. als Darlehen gegebene Summe von 1,3 Mio. Schilling jedenfalls durch die von der Stadt abgegebene Garantieerklärung gedeckt sei und die Stadt garantiere, dass Herr Rappel im Ernstfall sein Geld jederzeit wieder bekomme. Mit dieser Aussage befriedigt, faxte Herr Rappel noch am selben Tag die mit der Stadt besprochene Vereinbarung, die durch die Präsidenten Dittrich und Radlspäc unterzeichnet und dann zu einem späteren Zeitpunkt, so wie es eigentlich auch ursprünglich mit dem Herrn Rappel vereinbart war, von den interimistischen Leitern der Vorwärts, Herrn Mag. Lemmerer und Dr. Pucher gegengezeichnet wurden. Ein Jahr später, und das Darlehen hätte am 31. 07. 1999, also genau ein Jahr später zurückgezahlt werden müssen, also ein Jahr später, nämlich am 31. 07. 1999, an dem Tag, an dem das Darlehen von der Vorwärts an Rappel wie vertraglich vereinbart zurückbezahlt werden sollte, ist gar nichts passiert. Dafür erfolgte an diesem Tag der wiederholte und letztmalige Versuch der Vorwärts, über ihren Rechtsanwalt Dr. Lessky mittels Briefen an die Stadt, an den Herrn Bürgermeister Leithenmayr, die aus der Garantieerklärung zugesagten 6 Mio. Schilling binnen 3 Tagen flüssig zu machen, da sich die Finanzsituation im Laufe der Frühjahrssituation 1999 extrem angespannt hat. Anderenfalls wird der Verein Klage gegen die Stadt erheben. Nachdem die Stadt dieser Aufforderung nicht entsprochen hat, bringt dann der Vorstand der Vorwärts am 17. 08. 1998 die Klageschrift Vor-

wärts gegen die Stadt Steyr, auf Ausbezahlung der Garantieerklärung ein. Herr Rappel, der durch den mangelnden Willen der Stadt, die Garantieerklärung an den Verein auszubezahlen und den nunmehrigen Prozess zwischen Stadt und der Vorwärts zunehmend verunsichert wird, beauftragt am 28. 09. 1998 den Juristen der Vorwärts, Herrn Dr. Pucher, mit Frau Vizebgm. Mach Kontakt aufzunehmen, wegen der zwischen Vorwärts und ihm geschlossenen Vereinbarung über 1,3 Mio. Schilling. Es wird nochmals verdeutlicht, dass Herr Rappel dieser Vereinbarung nur zugestimmt hat, weil die Stadt durch Frau Vizebgm. Mach Herrn Rappel versprochen hat, dass er bei dieser Vereinbarung unterzeichnen soll und dass die Stadt garantiere, dass Rappel sein Geld wiederbekomme. Hätte Frau Mach, so Rappel, diese Zusage nicht getätigt, hätte er diese Vereinbarung nicht unterfertigt und abgeschlossen. Rechtsanwalt Dr. Pucher fordert daher Frau Vizebgm. Mach persönlich, oder die Stadt Steyr auf, diesen Betrag an Herrn Rappel binnen 3 Tagen zur Auszahlung zu bringen, oder selbst in Vorlage zu treten. Wer in diesem Gemeinderat hat gewusst, dass gegen Sie persönlich von der Firma Rappel Klage erhoben worden ist? Wer hat das gewusst? Dr. Schwager, aus diesen Briefen erfolgen dann in den nächsten Wochen mehrmalige magistratsinterne und auch externe Überprüfungen dieses Sachverhaltes durch Rechtsanwalt Herrn Dr. Tilman Schwager. Am 06. 10. 1999 kommt Rechtsanwalt Dr. Schwager zur Erkenntnis, dass die Auswirkungen dieser Vereinbarung für die Stadt im laufenden Prozess als nicht übermäßig günstig beurteilt werden, da zum einen der von der Stadt eingesetzte Vertreter, Herr Mag. Lemmerer, diesen Vertrag unterfertigt hat, zum anderen die Textierung dieser Vereinbarung die ständige Interpretation der Garantieerklärung durch den SK Vorwärts wie-

dergibt. Die Stadt legt diese Inhalte zwar anders aus, die Vereinbarung wurde aber mit diesem Wortlaut von Herrn Mag. Lemmerer als Vertreter der Stadt unterschrieben und damit genehmigt. Herr Dr. Schwager hält weiters fest, dass die vorgelegten Unterlagen, nämlich diese Vereinbarung, die Position der Stadt nicht eben verbessert sondern verschlechtert haben. Insgesamt könnten die der Stadt vom Verein angebotenen Vergleichsvarianten wesentlich teurer zu stehen kommen, als dies im schlimmsten Falle eines verlorenen Prozesses und einer Verurteilung zu 6 Mio. Schilling sein könnte. Am 13. 10. 1999 erfolgt dann der Antrag seitens der Vorwärts auf Eröffnung des Ausgleichsverfahrens über den SK Vorwärts aufgrund Vermögensverfalles. Als Grund für diesen Ausgleich wird angegeben, dass so quasi die Stadt Steyr den aus der Garantieerklärung haftenden Betrag, diese 6 Mio. Schilling nicht auszahlt und finanziert soll dieser Ausgleich werden, indem dass diese 6 Mio. Schilling endlich ausbezahlt werden. Magistratsintern, und das ist jetzt spannend, werden dann in den folgenden Wochen Inhalte und Akten zusammengetragen, die der Stadt eine gewinnbringende Position im Verfahren zwischen Vorwärts und Stadt Steyr einbringen sollen, wobei sehr viele Punkte angeführt werden, die wir auch heute schon gehört haben und wo wir dann auch noch einige davon hören werden, die der Stadt gute Chancen im Falle einer Prozessführung gegen die Vorwärts ermöglicht hätten. Relativ schnell wird dann im Spätherbst immer klarer, dass die beabsichtigte Quote von 40 % im Ausgleichsverfahren nicht halten wird und ein Anschlusskonkurs mangels entsprechenden Vermögens eingebracht werden muss. Magistratsintern kommt man bei der Beurteilung dieses Sachverhaltes von der Beamtenschätzung in einer internen Aktennotiz zur Auffassung, dass das Prozessrisiko

gegen die Vorwärts mit 50 zu 50 abgeschätzt wird, pessimistisch – und das ist wortwörtlich – wird die Ausgangssituation im Falle einer möglichen Klageführung der Firma Rappel gegen Frau Vizebgm. Mach und Mag. Lemmerer eingeschätzt. Und dann – und das ist besonders interessant – schlägt die Stimmung um, die bisher immer gegen die Finanzierung eines Ausgleiches oder des bereits absehbaren Anschlusskonkurses und für die Prozessführung gegen den SK Vorwärts war. Am 05. 01. 2000 werden dann auf einmal Verhandlungen mit dem Masseverwalter seitens der Stadt gesucht, mit dem Ziel einen Konkurs zu verhindern und einen Zwangsausgleich zu finanzieren. Plötzlich erklärt sich die Stadt bereit, unter bestimmten Bedingungen die 6 Mio. Schilling zu zahlen und einen Zwangsausgleich zu finanzieren. Und über diese Stelle habe ich dann in den Akten zweimal drüberlesen müssen, damit mir der plötzliche Sinneswandel der Stadt auch ein bisschen klarer wurde. In einer der Bedingungen für die Finanzierung des Zwangsausgleiches durch die Stadt, findet sich unter Punkt 3 die Forderung, jegliches Ruhen in anhängigen Zivilprozessen nach Annahme und Bestätigung des Zwangsausgleiches. Und der Zivilprozess, um den es hier geht, deren Prozess dann eingestellt werden soll, damit man nicht persönlich zur Haftung genommen wird, ist der Prozess des Herrn Rappel und der Rappel Werbe GmbH. gegen die Frau Vizebgm. Mach und Herrn Mag. Lemmerer über den Betrag von 1,3 Mio. Schilling. Wir haben als Stadt einen Zwangsausgleich finanziert, obwohl die Prozessrisiken magistratsintern und durch externe Juristen wie Dr. Schwager mit 50 zu 50 angesehen wurden. Obwohl Dr. Schwager bereits am 06. 10. 1999 darauf hingewiesen hat, dass sämtliche geschlossenen Vergleiche einen größeren Schaden für die Stadt nach sich ziehen könnten als die Pro-

zessführung gegen die Vorwärts, haben wir einen Zwangsausgleich über 6 Mio. Schilling, zahlbar in Dreijahresraten finanziert, obwohl uns als Stadt eine Klageführung nur 3 Mio. Schilling gekostet hätte, da wir ja für die restlichen 3 Mio. aus der Garantieerklärung eine Rückwirtschaft des Herrn Baumeister Müllner gehabt hätten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Der ist ja in Konkurs gegangen.

GEMEINDERAT

DI CHRISTIAN ALTMANN:

Wie konnte es also sein, dass wir trotzdem wieder einmal bezahlt haben, obwohl uns und damit dem Steuerzahler, jedem Steyrer und jeder Steyrerin, ein Prozess gegen die Konkursmasse billiger gekommen wäre? Es wird doch nicht ein gewisses Eigeninteresse bestimmter Personen gegeben haben, auf das man durch die Aktennotiz aus den Verhandlungen der Stadt mit dem Masseverwalter schließen könnte, wo die Stadt die Einstellung sämtlicher zivilrechtlicher Prozesse fordert. Dieses Eigeninteresse könnte man schon daraus schließen, schließlich gab es am 31. 01. 2000 ein Schreiben von Dr. Lessky an Frau Vizebgm. Mach, über die Einleitung zivilrechtlicher Schritte und das Einbringen einer Klageschrift wegen des Verdachtes des bewusst herbeigeführten Irrtums, die direkt und persönlich an Sie, Frau Vizebgm. Mach, zugestellt worden ist und in der Herr Rappel Sie persönlich, oder die Stadt Steyr zur Zahlung der 1,3 Mio. Schilling auffordert. Was ist da jetzt für ein Deal gelaufen, frage ich mich, dass Herr Rappel diese seine Klage, die wiederholt von magistratsinternen Juristen und auch von externer Seite als durchsetzbar eingeschätzt worden ist, so plötzlich zurückgezogen hat, dass so wie Herr Dr. Schmoll zuerst erwähnt hat, ein Vergleich mit Herrn Rappel im Juni 2000 geschlossen werden konn-

te? Kann es sein, dass ihm bei den Verhandlungen mit dem Masseverwalter angeboten wurde, so wie ich es auch anfangs bei meinen Wortmeldungen ausgeführt habe, dass hier Rappel die Klage gegen Frau Vizebgm. Mach und Herrn Mag. Lemmerer hat fallen lassen, weil er die Forderungen dann vielleicht bevorzugt aus der Masse der Vorwärts bekommen hat? Wenn dies denn so gelaufen sein sollte, und das geht aus den Akten nicht klar hervor, dann ist das nach § 159 Strafgesetzbuch der Tatbestand der grob fahrlässigen Beeinträchtigung von Gläubigerinteressen, ein Sachverhalt der durch die Staatsanwaltschaft durchaus überprüft werden müsste. Und was Sie betrifft, Frau Vizebgm. Mach, wie konnten Sie angesichts dieser Umstände und der persönlich gegen Sie erhobenen Klage, von der der Gemeinderat keine Kenntnis hatte, diesem Zwangsausgleich die Zustimmung geben? Hätten Sie nicht aufgrund Befangenheit gar nicht zustimmen dürfen, oder sich zumindest der Stimme enthalten müssen? Hätte nicht auch der Gemeinderat über diesen Sachverhalt informiert werden müssen, Herr Magistratsdirektor Schmidl? Ich kann zusammenfassend nur sagen, dass ich bislang großes Vertrauen in den ordnungsgemäßen Ablauf der Politik hier in Steyr hatte, wenn wir auch hie und da, das eine oder andere Mal nicht der gleichen politischen Meinung sind, so bin ich immer davon ausgegangen, dass es eine Grundehrlichkeit und eine gewisse Moral in unseren Reihen gibt. Diese Moral, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen, wurde angesichts der Causa Vorwärts - die auch, und das haben meine Vorredner schon erwähnt, wirklich ein Sittenbild des politischen Umganges der Mehrheitspartei mit Demokratie, Fairness und Ehrlichkeit zeigt - in den Grundlagen erschüttert.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Herr Dr. Schmoll bitte.

OMR DR. GERALD SCHMOLL:
Aufgrund der Wortmeldung vom Herrn DI Altmann darf ich jetzt folgendes sagen: Meinem Wissenstand nach gibt es dieses Schreiben, das Sie angesprochen haben, klarerweise, des Herrn Dr. Pucher vom 28. 09. 1999 an die Frau Vizebürgermeister. Es wird dort mit einer Klage gedroht, die meinem Wissenstand nach nie zustande gekommen ist. Es gab eine schriftliche Klagesandrohung, die aber nicht durchgeführt wurde.

GEMEINDERAT
DI CHRISTIAN ALTMANN:
Warum nicht?

OMR DR. GERALD SCHMOLL:
Es gab dann, und das habe ich glaube ich schon ausgeführt, im Zuge der Zwangsausgleichsabwicklung einen Vergleich, den aber nicht wir, sondern die Masseverwaltung mit dem Herrn Rappel herbeigeführt hat, wobei man ihm damals 500.000,-- Schilling zuerkannt hat und davon hat er die Quote von 100.000,-- Schilling bekommen. Das wollte ich dazu anmerken.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Ich möchte jetzt auch etwas dazu sagen. Ich gebe den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister ab.

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse, werte Gäste. Ich möchte jetzt einmal zurück gehen, wie es bei der Vorwärts war. Die Vorwärts war in der Bundesliga, alle waren begeistert, keiner hat gefragt, wie es weitergeht. Ich bin dann vom Herrn Dittrich und vom Herrn Radlspäck angerufen worden, sie möchten bei uns am Magistrat ein Gespräch haben. Ich habe dann

gesagt, jawohl, gerne; für mich war es nicht so erfreulich, weil ich muss gleich dazusagen, vom Fußballspielen bin ich nicht so bewandert gewesen, aber für mich war es die Pflicht, wenn sich jemand anmeldet, dass ich den auch annehme. Dann sind sie gekommen, da war der Herr Lumplecker, der ehemalige Raikadirektor dabei, der Herr Rappel und der Herr Polster und sie haben mir die Situation geschildert, dass sie jetzt endlich in der obersten Liga sind und dass sie die Spieler nicht bezahlen können. Sie haben ersucht, dass die Stadt dem Herrn Rappel 1,3 Mio. zusichert. Ich habe gesagt, das kann ich nicht, ich muss das beim Herrn Mag. Lemmerer prüfen lassen und – das haben Sie vergessen, Herr Altmann – beim Steuerberater Schwarz. Weil der war nämlich, und das hat noch keiner gesagt, auch der Herr Eichhübl war im Stadtsenat dabei, ich möchte das schon erwähnen. Wir haben genügend Sitzungen gehabt, da war der ganze Stadtsenat dabei und da sind alle als Retter der Vorwärts aufgestanden und als erstes haben die FPÖ und die ÖVP die Briefe geschrieben und nicht die SPÖ. Die SPÖ hat es sich immer überlegt, aber das sagt ja heute niemand, weil die sind ja vorgeprescht und haben gesagt, wir sind die Retter der Vorwärts und sind auch oben gefeiert worden. So war das eigentlich.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
In welchem Jahr war das, Frau Vizebürgermeister?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Wie sie in die Landesliga gekommen sind.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Bundesliga!

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Entschuldigung, Bundesliga und dann hat es natürlich geheißen, jetzt könnt ihr die doch nicht sterben lassen, wir können die Spieler nicht zahlen, die Spieler hören auf und spielen uns am Samstag nicht mehr. Sie haben aber schon auch gesehen, dass der Akt weder von mir noch vom Amt abgezeichnet worden ist, der ist vom Herrn Dittrich. Ich glaube, ich kann mir auch ersparen, was der Herr Dittrich geschrieben hat, ich will ihm ja nichts Unwahres nachsagen, ...

GEMEINDERAT
DI CHRISTIAN ALTMANN:

Wir reden von den 1,3 Mio. Schilling, die hat nur der Herr Dittrich unterschrieben und der Herr Radlspäck, auf das wollen Sie jetzt hinaus?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Nein, es waren noch 2 Unterschriften oben, aber die habe ich leider nicht entziffern können.

GEMEINDERAT
DI CHRISTIAN ALTMANN:

Es geht ganz klar aus dem Protokoll hervor, dass das mit dem Herrn Rappel vereinbart war, dass das vom Herrn Pucher und vom Herrn Mag. Lemmerer gegengezeichnet wurde, der hat den Vertrag nur unterschrieben, weil er gewusst hat, ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Moment, Herr Altmann, ich habe Sie ausreden lassen und ich möchte auch ausreden. Die Verhandlung war so, dann hat der Herr Lumplecker, und das kann ich beschwören, wenn ich jetzt eingeklagt werde, beschwöre ich das auch vor Gericht, dann hat der Herr Lumplecker vorgeschlagen, er könnte sich vorstellen, dass die Raika sagt, wir verlängern die Ratenrückzahlun-

gen. Wir zahlen die ersten zwei Raten an die Rappel-Werbung und dann zahlt die Vorwärts wieder an die Raika weiter, genau so war es, das kann ich auch vor Gericht schwören und davon steige ich nicht hinunter. Weil ich muss sagen, ich lasse mir von Ihnen, Herr Altmann, das nicht sagen, ich habe nichts angestellt, ich habe die Stadt nicht geschädigt, ich habe versucht, die Vorwärts zu unterstützen, mehr habe ich nicht gemacht. Ich muss sagen, ich persönlich habe überhaupt kein schlechtes Gewissen bezüglich dem, was Sie jetzt da sagen. Ich habe einen Brief bekommen und das Lustige dabei war, wenn ich schaue, der Herr Rechtsanwalt Pucher war ja zuerst bei der Vorwärts, hat die Vorwärts vertreten und auf einmal hat er gesehen, dass die Vorwärts die Stadt geklagt hat und was hat er dann gemacht? Er ist zum Rappel hinüber gewandert, also wenn man die Akten liest, dann muss man auch das sehen. Er war dann auf einmal der Vertreter vom Herrn Rappel, weil dort nichts mehr zum holen war, genau so war das. Ich habe gesagt, ich habe nichts angestellt, ich warte, ob ich geklagt werde. Ich bin ja nicht geklagt worden und das ist der Punkt, ich habe einen Brief vom Rechtsanwalt bekommen und ich glaube, hier herinnen haben viele schon einmal einen Brief von einem Rechtsanwalt bekommen, also war das für mich erledigt. Eines muss ich dann natürlich auch noch sagen, wenn man heute überlegt, dass dann auf einmal eigenartigerweise der Herr Dittrich den Herrn Rappel kontaktiert und sagt, ich sichere ihnen das eh zu, das ist für mich schon merkwürdig gewesen, weil da stellt sich nämlich heraus, dass ich gar nichts zugesichert habe, dass ich nichts unterschrieben habe, nichts zugesichert habe, sondern der Herr Dittrich hat ihn dann kontaktiert und hat gesagt, er soll sich beruhigen, er macht das eh. Mehr war nicht und ich habe auch nicht mehr Unterlagen. Ich

habe mir das auch angeschaut und ich muss sagen, zum Teil stimmt das, was Sie da herausgelesen haben, aber alles stimmt da nicht. Weil die Stadt ist nicht an den Herrn Rappel herangetreten, der Herr Rappel hat ersucht, dass er betreffend der Vorwärts zu uns kommen kann. Ich muss ehrlich sagen – und das hat jetzt mit meinen Angelegenheiten, wo Sie mich jetzt beschuldigt haben, nicht zu tun – ich hätte es jedem gewünscht, so wie es damals war, wie die Vorwärts aufgestiegen ist, und dann hätten wir gesagt, macht was ihr glaubt, was interessiert uns die Vorwärts, dann hätten wir einen Aufstand vor dem Magistrat gehabt, dass wir uns gewaschen hätten. Darum haben wir so viele Sitzungen abgehalten, da war der StR Schloßgangl dabei, es war damals auch der Herr Vizebgm. Holub dabei, der die Vorwärts vertreten hat und dann ist er als Stadtrat drinnen gesessen, dann war ein Vizebgm. Pfeil dabei, ein StR Eichhübl war dabei und wir waren dabei. Ich bin neu in den Stadtrat gekommen, also ich bin Vizebürgermeisterin geworden, ich habe nichts gegen die Stadt getan und das möchte ich noch einmal betonen, ich habe weder die Stadt geschädigt, ich habe niemanden belästigt, ich habe niemanden etwas zugesichert, ich habe nichts unterschrieben, ich habe nur einen Brief von einem Anwalt bekommen. Und sich dann hier herzustellen, Herr Altmann, und zu sagen, ja was sich die Frau Mach erlaubt hat, die ist ja doch geklagt worden, ich bin nicht geklagt worden und wenn Sie glauben ...

Unverständlicher Zwischenruf von GR DI Christian Altmann

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Nein, ich bin nicht geklagt worden und nehmen Sie das zur Kenntnis, ich stehe zu dem was ich sage, ich war in meinem Leben noch nie unehrlich, ha-

be immer die Wahrheit gesagt und damals hätte ich das jedem von Herzen gegönnt, dass er sich dort hinstellt und sagt, wie gehen wir weiter mit der Vorwärts um. Da hätte ich jedem alles Gute gewünscht, denn ich habe auch keine Ahnung gehabt, wie man mit der Vorwärts umgeht. Eines hat man auch noch gar nicht erwähnt, dass eigentlich der Herr Lumplecker ein Vorstandsmitglied war, der eigentlich Raikadirektor war und das zugesagt hat; ich muss sagen, ich rede nicht gerne über jemanden der sich nicht mehr verteidigen kann, der tot ist, aber es war so, das steht nämlich auch in den Akten drinnen. Warum ist das denn dann gegangen, wenn ich selber Raikadirektor und Vorstandsmitglied bin, und bewillige die Summe. Da muss ich mich auch fragen, wie das gegangen ist.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Der Zagler war auch im Stadtsenat und im Vorstand.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ja schon, aber das ist etwas anderes, ob ich ein Kreditunternehmen bin, ob ich der Vorsitzende der Raika bin, die den Kredit hergibt und ich sage da jemanden das Geld zu. Das ist für mich schon ein Unterschied, denn ich sage dann als Vorstand, ich habe ja zwei Seelen in der Brust und der Herr Zagler kann alleine als Stadtrat nichts beschließen, aber ein Direktor auf der Raika kann alleine etwas zusagen. Er hat es zugesagt, ich kann es nicht anders sagen und das kann ich beschwören, das was ich jetzt gesagt habe und darum ersuche ich schon, mit der Wortwahl etwas aufzupassen. Man merkt es eh, ihr wollt heute die SPÖ schlecht machen mit dem Bürgermeister, aber es muss bei der Wahrheit bleiben. Wenn man heute etwas sagt, dann muss man von Beginn an etwas sagen und es soll der Wahrheit ent-

sprechen. Ich bin nicht geklagt worden, ich habe einen Brief bekommen. Ich habe nicht einmal zurückgeschrieben, weil ich gesagt habe, ich habe nichts Schlechtes getan, ich habe nichts unterschrieben, also wenn ich drei bekommen hätte, wäre es dasselbe gewesen. Ich ersuche den Gemeinderat das zur Kenntnis zu nehmen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön.

PAUSE VON 17.00 UHR BIS 17.25 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Meine Damen und Herren, wir nehmen die Sitzung wieder auf. Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Gott sei Dank haben wir wieder ein bisschen Frischluft hier herinnen, die Luft war schon ein bisschen dick.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Genau, aber vorerst noch nicht. Ich möchte sie vielleicht auf einen kleinen Spaziergang in Richtung Kegelplatzstraße mitnehmen. Alle jene, die gerne in der Natur verweilen, kennen dieses Fleckerl da draußen, das ist eines der schönsten, die wir dort draußen haben. Dort gibt es einen Bauernhof, urkundlich erwähnt, glaube ich, im 14. Jahrhundert das erste Mal.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Nur schön Ruhe, ganz gelassen bleiben. Wenn man dort draußen spazieren geht, mir ist es fast einmal passiert, dass ich einen Hasen zusammengeführt hätte, das heißt, die Natur ist dort schon auch noch in Ordnung, Gott sei Dank ist nichts passiert, es wäre unter Umständen grausam ausgegangen.

Zwischenruf: Für wen?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Für den Hasen oder für dich?

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Es hat heute Gott sei Dank, und das zum ersten Mal muss ich sagen, eine Wortmeldung des Herrn Bürgermeisters gegeben, wo er auf die Causa Staffelmayr hingewiesen hat. Gott sei Dank sage ich deswegen, weil das hat er viele Male vorher nicht getan, er hat es immer abgestritten, auch öffentlich hier herinnen, obwohl wir schon vor Jahren, wo es sogar schon die Vögel da draußen gezwitschert haben, dass das im Zusammenhang mit Vorwärts irgendwie eine Rolle spielen könnte, Staffelmayr, aber es ist halt immer abgestritten worden. Unsere Einstellung war ja damals, und wir haben letzten Endes auch Recht bekommen, wenn wir das dort draußen umwidmen, dann ist das keine gute Sache. Das Land hat uns damals Recht gegeben, 2005 war das noch, wo das Land schwerwiegende Bedenken bezüglich der Umwidmung geäußert hat, weil es wiederum zu einer Zersiedelung unserer Stadtränder kommt, so wie in vielen Orten Österreichs. Aber leider Gottes sind wir von der Flächenwidmung so übel bestückt, dass uns das einfach passiert, andere Länder arbeiten einfach ganz anders. Nichts desto trotz, die Umwidmung ist passiert und warum ist sie passiert? Das hätte uns ja

am allermeisten interessiert. Es hat anscheinend irgendwann einmal 2003 oder 2004 eine zündende Idee seitens der Raika gegeben, die ja zwei Fakten gewusst hat. Der eine Fakt war, dass die Stadt so quasi Bürge ist und dass die Raika relativ wenig mit dieser ganzen Angelegenheit Vorwärts anfangen kann. Und dass der Landwirt dort draußen – ich weiß nicht, wer in diesem Raum das noch gewusst hat, ich habe es nicht gewusst – aus welchen Gründen auch immer Schulden bei der Raika hat und dass die Raika, ganz klar, irgendwann einmal dieses Geld haben will. Dann hat es diese zündende Idee gegeben, wenn man das beides kombinieren könnte, wenn die Stadt diesen sehr guten, sehr schönen, aber landwirtschaftlich genutzten Grund dort draußen umwidmen würde, und als Käufer eine der Raika nahestehende Firma auftreten würde, dann wäre das der Megadeal. Dann wären alle bedient, heute hat es der Bürgermeister auch wiederum erwähnt, drei hätten davon den Vorteil. Der Landwirt, die Raika und die Stadt. Irgendwann einmal, ich weiß nicht mehr wann, aus Gesprächen könnte es so 2005 gewesen sein, hat es auch einen Spaziergänger dort draußen gegeben. Nein, er wird sicher mit dem Auto gefahren sein, der Herr Bürgermeister, der sich an den Landwirt gewendet hat und gesagt hat, ich habe gehört du hast Schulden lieber Freund, wir haben auch eine Haftung ...

Unverständlicher Zwischenruf von Herrn Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ich will es nur skizzieren, du kannst dieses Bild ja dann vervollständigen; ... und wie wäre es denn, wenn du deinen Grund um einen Preis hergeben würdest, der alle befriedigt. Da hat der Landwirt gesagt, das kann ich mir

schon vorstellen, aber den Preis dann bitte so zu gestalten, dass ich auch etwas davon habe. Dann könnte es möglich gewesen sein, dass ein Vertreter der Stadt gesagt hat, nein, wenn du zu teuer bist, dann tun wir nicht umwidmen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist eine Unterstellung. So ist es nicht gewesen!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ich sage es nur so, du kannst es dann ja nachher genau sagen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist unglaublich!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Eines ist auf jeden Fall ganz klar, und das hat auch die Entwicklung letzten Jahres gezeigt, wo es letzten Endes auch zu einem Prozess gekommen ist, dass der Preis, der dem Landwirt geboten worden ist, weit jenseits von dem war, was ortsüblich ist und was üblicherweise für die Fläche bezahlt wird. Ich sage jetzt einmal einen Preis, der damals im Gespräch war. 25,-- Euro pro m²! 25 Euro pro m² würde bedeuten, dass bei einer Fläche von insgesamt 53.000 m², die diese Liegenschaft betrifft, abzüglich jener m² die bei einer Umwidmung in Bauland sozusagen dem öffentlichen Gut anheim fällt, also abzuziehen ist, käme heraus 41.363 m² zu einem Preis von 25 Euro. Super, das heißt summa summarum hätte dann der Käufer oder die Käuferin einen Preis für 41.000 m² von gerundeten 1 Mio. Euro zu zahlen, sensationell. Dieser Vertrag hat ja sehr lange gehalten, und die Situation muss man sich einmal vorstellen, wenn ein Landwirt, der schon über Jahre Schulden hat, so zwischen die Mühlen

kommt. Die eine Mühlfläche ist sozusagen die Raika und die andere Mühlfläche ist die Stadt, die sagt, wenn du zu teuer bist, dann tun wir nicht umwidmen, wir tun nur umwidmen wenn du billiger wirst und die andere Mühlfläche sagt natürlich, wir wollen endlich einmal unser Geld sehen. Dann kann man sich nämlich vorstellen, dass der Mensch, oder das Ehepaar, das da draußen wohnt, irgendwann einmal aufgibt und sagt, okay, es hilft nichts, ich habe meine Schulden, ich kann es nicht umwidmen, wenn die Stadt nicht will, ich kann es nur dann umwidmen, wenn ich es zu einem Preis mache, der für alle in Ordnung geht. Da sind, glaube ich, fast ein Jahr ins Land gezogen, bis eines Tages einer zum Landwirt gekommen ist und gesagt hat, wenn du es mir verkauft hättest, dann wäre es fast das Doppelte oder noch mehr gewesen. Und der Landwirt ist irgendwie zur Besinnung gekommen und hat dann gesagt, ich kann mir das nicht gefallen lassen, ist vor Gericht gezogen und hat bei Gericht Recht bekommen, natürlich Recht bekommen. Nach einem Schätzgutachten, das mir vorliegt, und das aus dieser Rechtssache, Landwirt gegen den Käufer oder die Käuferin der Liegenschaft geführt worden ist, also der Rechtsstreit, kommen wir – ich kann es Ihnen zeigen, aber glauben Sie es mir – insgesamt auf einen Verkehrswert, nicht von 25,-- Euro, nicht von 50,-- Euro, sondern auf einen Verkehrswert von 119,57 Euro pro m². Was somit bedeutet, dass diese 41.000 m² dort draußen insgesamt 4,45 Mio. wert sind. 4,45 Mio. ist dieser Grund dort draußen wert. Vergleichen Sie einmal 4,45 Mio. gegen 1 Mio., die man ihm ursprünglich bezahlen wollte. Versetzen sie sich einmal in die Lage dieses Landwirtes, dem man das mehr oder weniger ja gar nicht frei stellen kann, ob er jetzt mehr kriegt oder nicht, sondern er ist zwischen diesen beiden Mühlsteinen. So, 4,4 Mio. Schilling ...

Zwischenruf: Euro

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Um Gottes Willen, Euro. Das heißt, abzüglich von dem, was letzten Endes die Käuferin dieses Grundes bezahlt hat, nämlich geschätzte 2 Mio., bleibt übrig ein Reingewinn von 2,5 Mio. Euro. Und wenn ich heute hergehe und mir den Akt anschau, oder diesen Vorschlag, der uns heute unterbreitet wird, also diese Dringlichkeit, dann frage ich Sie, wie oft geht 600.000,-- in 2,5 Mio. rein, nämlich viermal. Viermal hätte quasi aus dem Reingewinn, den die Käuferin oder der Bauträger aus diesem Grundstück erzielt, viermal hätten wir die Haftung da drinnen. Es ist sensationell und auf meine Frage, wo sind denn diese 200.000,-- geblieben, da habe ich leider keine Antwort bekommen. Im Gegenteil, ich habe nur von der SPÖ-Fraktion gehört, gut verhandelt. Gut verhandelt, kann nur die Raika sagen, aber sonst niemand. Gut verhandelt würde bedeuten, von Stadtseite her, von uns allen her, dass wir nämlich nichts zu zahlen hätten, das wäre super verhandelt gewesen, aber jetzt müssen wir noch zusätzlich zum Reingewinn nochmals 600.000,-- dazuzahlen, an etwa die gleiche Firmen- gruppe. Da geht die Post ab, meine Damen und Herren. Wir haben alle miteinander ein Problem, nicht nur der Herr Bürgermeister, weil er mehrmals die Unwahrheit gesagt hat, nicht nur die SPÖ, die mehr oder weniger über Jahre versucht hat, nicht alle Nachrichten durchlaufen zu lassen, die in dieser Causa wichtig gewesen wäre, weil ich bin mir sicher, hätte die Causa Staffelmayr dort draußen, hätten wir das damals besprochen, wir wären unter Umständen zu einem Ergebnis gekommen. Aber nein, bis zum letzten Schluss ist gesagt worden, das hat mit dem nichts zu tun. Auch das Wort Vertraulichkeit ist heute gefallen, wo Sie darum bitten, lieber David, lieber Bür-

germeister, dass man das vertraulich behandelt. Nein, unmöglich, ich glaube, wenn wir uns damals zusammengesprochen hätten und gesagt hätten, wir haben jetzt einerseits die Möglichkeit, unsere ganzen Haftungen loszuwerden, damit wir das jetzt endlich einmal anbringen, wir könnten unter Umständen einen Landwirt damit bedienen, der auch Schwierigkeiten hat, dann hätte man unter Umständen darüber reden können. Aber sicher nicht zu einem Preis von 25,- Euro pro m², das halte ich für sensationell. Ich glaube, wir haben alle miteinander noch einmal ein großes Problem, dieses Problem heißt nämlich Glaubwürdigkeit. Das kann nämlich jederzeit passieren, dass aufgrund dieser Entwicklungen, aufgrund Vorwärts, jederzeit einmal wer hergehen kann und sagt, die können dort drinnen erzählen was sie wollen, ich glaube ihnen sowieso nichts mehr. Das Problem haben wir und wir haben auch noch ein zusätzliches Problem; ich glaube, dass die Causa Vorwärts nicht vorbei ist, das wird nicht vorbei sein. Wir könnten theoretisch, nachdem wir für die Haftung jetzt wieder gutgestanden sind, uns wieder bei der Vorwärts bedienen, bei dir Willi, das wäre rechtlich möglich. Wir könnten sagen, okay, wir haben das jetzt abbezahlt, aber jetzt wollen wir unser Geld wieder von Vorwärts zurück, wir haben ja nur gehaftet, wir sind ja nicht die Verursacher dieses Problems, also holen wir uns das Geld von Vorwärts wieder. Also, meine Damen und Herren, das Problem ist nicht vorbei, ich glaube eher, dass die Probleme mehr und mehr steigen. In der Glaubwürdigkeit und in der Lösung dieser Angelegenheit wird es nicht so schnell zu einem Ende kommen und darum, und weil ich auch das Vertrauen, das muss ich ehrlich gesagt sagen, das Vertrauen auch nicht habe, weil ich in so vielen Punkten, und nicht nur die menschlichen Geschichten, die da im Staffelmayrhof passiert sind, wo

man einen gezwickt hat bis er gequitscht hat, weil ich dieses Vertrauen nicht habe, darum bin ich auch dafür, dass das ein Dritter in die Hand nimmt und darum bin ich auch dafür, dass ein Kurator kommt und das löst. Weil ich glaube, im Innenverfahren werden wir das nicht mehr lösen, weil schon so viele Leute beteiligt sind und weil das alles so husch pfusch gehen muss. Das ist eh kein Wunder, ich verstehe das eh, aber es wird nicht zu einer Lösung des Problems führen, wenn wir nicht alles auf den Tisch legen, und nicht alles versuchen, zumindest einen Teil unserer Glaubwürdigkeit hier herinnen wieder herzustellen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Herr StR Hauser bitte.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, werte Gäste, verehrte Presse. Es ist eh schon angesprochen worden, es ist natürlich eine doppelte Schwierigkeit, jetzt hier zu stehen, weil ich jetzt eine Position – ich sage das jetzt so plakativ – in der Vorwärts-Neu habe und es ist natürlich auch nicht ganz einfach, jetzt hier darüber zu sprechen, noch dazu wo ich mir denke, ich bin in einer Schlangengrube. Denn wenn ich mir anhöre, dass der Herr Mayrhofer hier herausgeht und sagt fast beschwörend, wir wollen ja nichts gegen die Vorwärts, niemand soll das falsch verstehen usw. und auf der anderen Seite lese ich dann in dem Zeitungsartikel, Opposition schießt sich auf Forstenlechner ein, dann ist das ja auch eine wunderbare Geschichte, weil normalerweise haben sie eh alle etwas gegen das Schießen, aber da bringen sie dann die Geschütze in Stellung, sagt der VP Stadtrat Gunter Mayrhofer, es muss also der Sportver-

ein Vorwärts die Schulden begleichen. Dann kann es nur um eines gehen, und das muss uns ganz klar sein, geschätzte Kolleginnen und Kollegen hier herinnen, auch verehrte Gäste, wenn wir die Sache mit dem Baurecht nicht lösen und wenn die Geschichte nicht beglichen wird, dann gibt es bald kein Stadion mehr. Denn eines ist auch logisch, wenn die Vorwärts dort verpflichtet würde, Miete zu bezahlen, dann kann sie das nicht. Die Stadt lehnt ab dort Miete zu bezahlen, aus berechtigten Gründen, weil sonst müsste sie es für alle anderen auch tun. Sobald dort kein Sportverein mehr agiert, fällt die Sportstättenwidmung, die Raika geht her und reißt das ganze Ding weg, baut dort ein Geschäft, eine Garage oder Wohnhäuser hin, oder was immer sie will. Das sind die Fakten, das sind die Realitäten, daher tut nicht so scheinheilig, wenn ihr die Vorwärts umbringen wollt, dann sagt es. Das ist Fakt, so schaut es aus.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Den selben Blödsinn hast du 2000 auch schon gesagt.

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Tu nicht reden, Roman, das sind die Fakten und ihr ward gerade diejenigen, und das lest man in den Protokollen von 1995 nach, die alle gegangen sind und gesagt haben, das muss bleiben, das muss alles gerettet werden, habt euch als Retter hingestellt und jetzt wäre es nicht Recht. Jetzt legt ihr alle Kinder weg, die ihr damals mitbeschlossen habt und in Wirklichkeit ist es so ...

Unverständlicher Zwischenruf von GR Roman Eichhübl

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Ich würde auch gerne ausreden, auch wenn es dich aufregt, denn mich hat auch vieles aufgeregt und ich habe auch nicht dazwischen geredet. Dann möchte ich ganz eindeutig und klar hier formulieren, wenn wir heute diese Sache nicht zum Abschluss bringen, oder in der nächsten Zeit, wie immer ihr das wollt, dann ist eines klar, dann müsst ihr euch alle hinstellen, diejenigen, die alles so gemacht haben und sagen, alles, was bis jetzt dort hineinflanziert wurde, war umsonst. Den bis jetzt habt ihr ja alle gesagt, es geht darum, dass es einerseits um die Rettung der Vorwärts geht und andererseits um die Rettung des Sportplatzes, des Stadions. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, da möchte ich schon eines dazu sagen, ich verstehe natürlich die damalige Situation, wenn ich so an das Jahr 1994 zurückdenke, da war ich weder bei der Vorwärts im Vorstand, noch im Gemeinderat, daher kann ich das relativ locker aus der Außensituation betrachten, dann ist das einfach so, dass damals auch wirtschaftlich einfach nicht die beste Situation in Steyr war und man hat sich natürlich an diesen Imagebringer, an diesen Rettungsanker Vorwärts auch in der Öffentlich daraufgehängt. Das war nämlich eines der wenigen Dinge, die noch Freude in Steyr bereitet haben, das muss man auch dazu sagen, und daher waren damals auch alle bereit, auf die Barrikaden zu gehen und zu sagen, der Vorwärts müssen wir schon helfen, das ist ein Bundesligaverein. Jetzt will ich auch niemanden von denen, die damals gehandelt haben, in Schutz nehmen, weil damals hat es einen Präsidenten Dittrich gegeben, einen Radlspäck, die aber unter anderem bei diesem Bundesligaverein das Sagen gehabt haben. Das muss man auch mal so sehen, das ist nicht so wie jetzt bei uns, wo wir ein Amateurclub sind, wo in der Vorwärts irgendetwas gemacht wird, der Vorstand kommt zusammen und sagt, wir beschließen

das so und wir machen das so. Ich kann nur immer wieder unterstreichen, die Vorwärts-Neu hat keinen einzigen Euro Schulden.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Derzeit sind schon noch Schulden, weil wir eine Ausfallhaftung haben.

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Die Vorwärts-Neu hat keinen einzigen Euro Schulden gemacht.

*Unverständlicher Zwischenruf von StR
Gunter Mayrhofer*

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Die hat keine Schulden gemacht, ich sage das noch einmal, auch wenn das keiner glaubt. Es wird hier auch permanent immer wieder ins Treffen geführt, was da nicht alles an schlimmen Dingen passiert ist und da muss man schon auch eines dazu anführen, dass neben all diesen Dingen, dass hier ein Bürgschaftsvertrag gemacht wurde, vor diesem Hintergrund, dass die Stimmung im sonstigen Bereich von Steyr also nicht so positiv war und man da natürlich gesagt hat, da kann man jetzt etwas Positives leisten und tun, dass man das damals auch gemacht hat. Wenn man sich das Protokoll vom 26. 01. 1995 anschaut, und das ist bitte für alle nachlesbar, weil das Gemeinderatsprotokoll kann sich jeder auf der Homepage der Stadt Steyr anschauen. Da ist nichts Geheimes an diesen Dingen dran, weil man immer so von hintenhalten redet und alles ist so streng geheim, was da rund herum immer so passiert, dass man also immer wieder auch durchhört, dass in Wirklichkeit jeder sozusagen bestrebt war, sich doch in diese Position zu bringen, dass er hier an der Rettung der Vorwärts mitwirkt. Eines ist hier auch zum Tragen gekommen, dass der

Kurt Apfelthaler unter anderem dort gesagt hat, dass es kaum eine Causa gibt, die so emotionsgeladen wie die Vorwärts ist. Das merkt man auch, das ist so, das ist bis heute so. Unter anderem kann ich mich noch erinnern, wie ich voriges Jahr irgendwann einmal dagestanden bin und gesagt habe, ich habe Bauchweh, selbst damals hat einer Bauchweh gehabt, der das auch öffentlich im Protokoll gesagt hat, das war der StR Holub. Der hat gesagt, das ist so, die Fakten sind so und trotzdem müssen wir etwas tun und wir müssen schauen, dass diese Dinge positiv weitergehen. Dann ist es unter anderem auch noch zu einer Garantieerklärung gekommen und da habe ich auch so unterschwellig gehört, dass sich hier bei dieser Sache nicht alle mehr so sicher waren und trotzdem ist es so, dass es mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Ich kann mich auch noch sehr gut daran erinnern, wie dann am Wochenende, wie das verkündet wurde, dass es die Lizenz wieder gibt und ein Spiel am Vorwärtsplatz stattgefunden hat – ich war einer der Besucher dieses Spieles – also über den Lautsprecher verkündet wurde, dass sie sehr herzlich den Herrn Vizebgm. Dr. Pfeil als Retter der Vorwärts begrüßen und das haben sich alle gefallen lassen. Alle haben sich als die Retter der Vorwärts feiern lassen und heute tut man so, wie wenn das alles nicht mehr wichtig wäre, jetzt geht es nur mehr darum, dass man irgendjemanden dabei in die Pfanne haut. Dann muss man auch noch weitergehen, dass man sieht, dass es dann zu diesen Schwierigkeiten gekommen ist, wo diese Garantieerklärung eingefordert worden wäre. 6 Mio. Schilling sind natürlich auch keine Kleinigkeit, das muss man auch ganz klar dazu sagen, und ich kann durchaus verstehen, dass man irgendwann dann einmal gesagt hat, und das ist auch für mich eine klar verständliche Geschichte, dass das nicht so weitergehen kann, dass man

alle paar Wochen, alle paar Monate sagt, jetzt brauchen wir Geld. Daher ist es dann so gewesen, dass der Bgm. Leithenmayr, der ja damals auch noch verantwortlich war, die Notbremse gezogen hat und gesagt hat, da wird es jetzt kein Geld geben, weil es war eindeutig vereinbart, wann dieses Geld fließen soll und das ist einfach dann auch nicht geflossen. Jetzt daraus irgendwelche Konstruktionen zu machen, weil das Geld nicht geflossen ist und weil es irgendwelche Garantiekklärungen und sonstiges gegeben hat, dass es dann deswegen auch noch verwerflich war, dass das Geld nicht geflossen ist und dann dadurch zu einem Zwangsausgleich gekommen ist, also das halte ich für ein bisschen an den Haaren herbeigezogen. Auf alle Fälle ist es durch den Anschlusskonkurs, der also hier durchgeführt wurde, dann zu einem Zwangsausgleich gekommen und wenn ich mich richtig erinnere, ist es in diesem Protokoll vom 13. April 2000 dann dazu gekommen, dass 7 Personen dagegen gestimmt haben. Das war eben die Frau Kollegin Frech, damals noch liberales Forum, und Vertreter der FPÖ. Da haben sie sich aber nicht dagegen entschieden, weil sie gegen den Zwangsausgleich waren, sondern das muss man auch genau lesen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, da haben sie sich dagegen entschieden, weil sie geglaubt haben, da geht noch etwas zum Nachverhandeln, zumindest die FPÖ und das ist auch hier im Protokoll so abgedruckt. In Wirklichkeit war es so, dass sie einerseits eine geheime Abstimmung wollten und andererseits dass nachverhandelt wird. Ich hoffe, dass ich es schnell genug finde, dann möchte ich nur ganz kurz zitieren, was z. B. der Herr Mayrhofer dazu gesagt hat, wie es um die geheime Abstimmung gegangen ist, da hat er gesagt: „Ich glaube, man kann doch ganz offen sagen, wer die Vorwärts in Konkurs schicken möchte und wer nicht, wer der

Meinung ist, dass die Stadt mehr oder weniger bezahlen soll. Ich glaube, wer dazu nicht persönlich steht und offen steht, hätte hier herinnen nichts zu suchen.“ Also, offensichtlich ändern sich auch permanent die Meinungen, weil einmal ist man dafür und das nächste Mal ist man wieder dagegen, wie es halt gerade opportun ist, ob man dafür oder dagegen ist und das denke ich mir, das sind Geschichten, mit denen kann ich nicht ganz so gut umgehen. Was man noch dazu sagen muss, man lässt immer einen der Täter, wenn ich das so sagen darf, bei der ganzen Geschichte aus dem Spiel, denn man macht unter anderem der Stadt den Vorwurf, dass hier verschiedene Bedingungen nicht erfüllt wurden, die in diesem Bürgerschaftsvertrag bzw. der Vereinbarung fixiert worden sind. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte schon darauf aufmerksam machen, der normale Weg ist, wenn einer die Lizenz verliert, dass er eine Spielklasse darunter wieder in das Geschäft einsteigt und das war die Regionalliga. Es hat eine klare Vereinbarung und einen Vorvertrag mit dem Dr. Bruckmüller, man kann das eh eindeutig sagen, weil das liegt auch überall auf, dass er die Regionalliga finanziert, eine Spieler GesmbH macht und seine Spieler, die er damals beim FC Tirol auf der Bank sitzen gehabt hat, bei uns verwenden wird. So war das und der oberösterreichische Fußballverband hat gesagt, das mag schon sein, dass das in ganz Österreich so ist, nur in Oberösterreich gehen die Uhren anders und ihr fangt in der Landesliga an. Damit, und das muss man auch dazu sagen, war die Profiligen weg, denn Regionalliga, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist eine Profiligen und der Herr Dr. Bruckmüller wird doch nicht hergehen und sündteure Spieler zahlen, wenn er auf der anderen Seite dann in der Landesliga kickt. Das wollte er nicht und das hat er ganz eindeutig gesagt. Daher ist das die Realität ge-

wesen, dass wir ein Jahr dann nur mehr Jugendspiele durchgeführt haben, während dieses Jahres – und das möchte ich auch noch dazu sagen, sollten das einige vergessen haben – es große Anstrengungen einerseits des Herrn Bürgermeisters, andererseits des SK Vorwärts Steyr gegeben hat, mit den SK Amateure zusammen zu gehen und einen FC Steyr zu bilden, wo man eben gesagt hat, dass es hier womöglich vernünftige Synergien gibt und man zumindest dann dort in der Spielklasse wieder anfangen kann. Das wurde dann aufgrund der Handlungen der SK Amateure nichts, bei diesen Verhandlungen hat es kein Ergebnis gegeben und es ist dazu gekommen, dass es einen Neubeginn mit einer Kampfmannschaft in der untersten Spielklasse gegeben hat. Dass dort, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, kein Mensch vom SK Vorwärts Steyr in der Lage ist 60.000,-- Schilling im Monat Miete für das Stadion zu zahlen, also ich glaube, das leuchtet sogar den dümmsten ein. Es tut mir Leid, dass das so ist und wenn man das nicht zur Kenntnis nehmen will und sagt, es muss trotzdem der SK Vorwärts Steyr das so tragen, dann ist man ganz klar derjenige der sagt, okay damit nehmen wir zur Kenntnis, es gibt den SK Vorwärts Steyr nicht mehr. Weil das erste das ich als Verantwortlicher im neuen Vorstand mache ist, dass ich hinaufgehe und den Schlüssel umdrehe, denn es wird bei mir, wenn ich dort weiterhin tätig sein soll, keinen einzigen Euro Schulden geben. Das ist ein Fakt und daher, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, möchte ich schon dazu sagen, dass man manchmal auch das, was man sagt, am besten so meinen soll und nicht dann irgendwie zum wackeln anfängt, oder es ist wieder irgendetwas ein bisschen anders gemeint. Daher möchte ich auch noch ein paar andere Geschichten kurz streifen. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, lieber Kollege

Mayrhofer, wenn Sie da heraus gehen und einen Präsidiumsbeschluss vom 23. 04. 1992 vorlesen und auch noch, das sage ich jetzt in ganz großer Deutlichkeit, die Frechheit besitzen und Namen vorlesen, dass die irgendeine Haftung übernommen hätten und es geht um einen Vertrag, der mit der Raika Sierning am 23. 01. 1995 abgeschlossen wurde und Sie erzählen mir, dass die am 23. 04. 1992 schon beschlossen haben, dass sie dort eine Haftung übernehmen, dann müssen Sie ein „Wunderwuzi“ sein. Weil wenn Sie wissen, was 1992 zu beschließen ist, was 1995 vielleicht passieren wird, dann muss ich schon sagen, warum sind Sie dann da als Stadtrat.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ich habe es befürchtet, dass Sie es nicht verstehen.

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Ich verstehe das schon. Sie brauchen sich nichts dabei denken, es ist so, dass bei dem Vertrag, der damals abgeschlossen wurde, einige dieser Leute, die Sie vorgelesen haben, gar nicht mehr in dem Vorstand sind. Außerdem gibt es, wenn überhaupt, persönliche Haftungen, das haben Sie ja vorgelesen, das haben Sie ja zitiert, dass es persönliche Haftungen gibt und niemals den gesamten Vorstand, das muss man auch einmal ganz klar dazu sagen. Die dritte Geschichte, die dazu kommt, dass es in Wirklichkeit hier auch nicht darum geht, dass das die Angelegenheit der Stadt wäre, in dem Sinn, weil sie müssten sich dann die Unterschriften geholt haben und soweit ich weiß, sind diese Unterschriften so nicht vorhanden. Zum Kollegen Altman, da möchte ich auch noch etwas dazu sagen. Ich verstehe schon Ihre Argumentationslinie, die Sie da aufgezogen haben, obwohl wir gesehen haben, dass die klassisch erschütterbar

ist, indem da hier eine falsche Behauptung aufgestellt wurde, aber die 6 Mio. Schilling Garantieerklärung, da ist zu dieser Zeit, wo Sie das zitiert haben, kein einziger Schilling geflossen und es ist, nachdem es auch keine Klage gegeben hat, wie Sie behauptet haben, dass das so sein soll, an den Haaren herbeigezogen, dass deswegen der Zwangsausgleich zustande gekommen ist. Das möchte ich schon ganz eindeutig sagen, weil Sie haben nämlich aufgrund Ihrer Darstellung so getan, als dass sich die Stadt überlegt hätte, den Zwangsausgleich durchzuführen, damit es nicht zur Klage der Frau Vizebürgermeister kommt und das ist eine klassische Unterstellung, wo ich einfach der Meinung wäre, dass es an der Zeit wäre, dass sich die Leute, die die anderen persönlich angreifen, sich da und dort auch einmal entschuldigen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Herr GR Klausberger bitte.

GEMEINDERAT
MAG. GERHARD KLAUSBERGER:
Liebe Gäste, Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Als einer der älteren, der manchmal zur Besonnenheit in unserem Gremium aufruft, habe ich eigentlich gar nicht vor gehabt, mich heute zu Wort zu melden. Es war dann so, dass ich spontan aufgezeigt habe, nach der Wortmeldung vom Herrn StR Mayrhofer. Da waren einige Skandalisierungspunkte drinnen, die jetzt der Kollege Hauser ja nachgewiesen hat und da ist inmitten dieser Rede auch der Name Gerhard Klausberger gefallen.

GR Karl Baumgartner verlässt um 18.02 Uhr die Sitzung.

GEMEINDERAT
MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Wir haben uns in der Pause schon ausgesprochen, der Kollege StR Mayrhofer und ich, er hat gesagt, er wird in seiner nächsten Wortmeldung sagen, dass ich mit den sogenannten Skandalen nichts zu tun habe. Ich war auch 1994 noch nicht im Gemeinderat. Jetzt möchte ich doch, weil ich auf der Rednerliste stehe, die Gelegenheit nützen, um ein paar Gedanken anzubringen. Die Causa Vorwärts sehe ich aus der Sicht eines Menschen, der mit der Vorwärts nur beschäftigt war, so wie vielleicht viele Zuhörer heute, als Fan, als Anhänger der Vorwärts, die als kleine Buben an der Hand der großen Geschwister den Vorwärtsplatz besucht haben und auch selber zu „gaberln“ versucht haben und ähnliches mehr. Wenn ich ins Publikum hineinschaue, dann sehe ich den Hermann Neuhauser, eines meiner damaligen Idole und als Vorwärtsfan habe ich dann in der Pause auch mit einigen Fans gesprochen, die eigentlich nur einen Wunsch geäußert haben, und den möchte ich auch öffentlich machen. Die haben den Wunsch geäußert – es ist in der Vergangenheit in guter Absicht manches Mal auch ein Fehler passiert, aber es war in guter Absicht den Verein zu retten. Vor allen Dingen, wenn in der Vergangenheit Fehler passiert sind, dann soll es nicht so sein, dass man jetzt Brücken in der Politik abbricht und in die Zukunft so blickt, dass eine Zusammenarbeit für den Sport in Steyr nicht mehr möglich ist. Ich persönlich habe im Zusammenhang mit der Wortmeldung des StR Mayrhofer und mit Aussagen der Opposition wirklich den Kopf geschüttelt, dass man hier herinnen einen Kurator bestellen möchte. Ich glaube, meine Damen und Herren, das ist schon ein gewaltiges Misstrauen, das man hier aussprechen will und wenn ich mir das so durch den Kopf gehen lasse, im Lichte der Aussagen, die du getroffen hast, Kurt Apfelthaler, dass der Kurator womöglich den Zweck haben soll, in

der Zukunft von Vorwärts Steyr Euro 600.000,-- einzufordern, dann muss ich sagen, diese Sache mit dem Kurator in Zukunft, das wäre ein Wahnsinn. Das wäre ein Wahnsinn für den Weiterbestand der Vorwärts Steyr und ich rufe hier herinnen auf, bitte bleiben wir besonnen, arbeiten wir zusammen für den Sport in Steyr.

GR Dr. Michael Schodermayr verlässt um 18.05 Uhr die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Frau GR Braunsberger-Lechner bitte.

GEMEINDERÄTIN

DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen, geschätztes Präsidium, geschätzte Gäste. Zu meinem Vorredner, Herrn Klausberger, möchte ich kurz sagen, dass das Misstrauen selbst gemacht ist. Ich war 1995 noch nicht im Gemeinderat, ich war auch 2000 nicht im Gemeinderat, sondern bin erst seit 2003 im Gemeinderat und darum möchte ich erst ab dieser Zeit etwas zur Causa Vorwärts sagen. Die Causa Staffelmayr stinkt regelrecht zum Himmel und ich möchte auch sagen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, schämen Sie sich nicht, zuzusehen wenn eine Bank einen Menschen über den Tisch zieht? Und kommen Sie mir bitte nicht mit den Worten, ich habe es ja nur zum Wohle der Stadt Steyr gemacht. Es ist 100 Seiten lang dokumentiert, was eigentlich der Hintergrund des Deals mit der Umwidmung und der Haftungsentlassung war und da wird explizit angeführt, das Ziel war, dass es eine Haftungsentlassung gegenüber sämtlichen Interzedenten, die für die Kredite des Sportclubs Vorwärts Steyr eine persönliche Haftung, oder eine Sachhaftung übernommen haben, gibt. Wer sind denn diese Interzedenten? Das sind mehr als nur die Stadt

Steyr, da gehören auch die Vorstandsmitglieder dazu, da gehört auch die Angelegenheit, die heute schon angesprochen worden ist, von der Frau Vizebgm. Mach dazu. Also, man wollte auch SP nahe Personen aus der Haftung bringen und der Deal ging klar zu Lasten eines Menschen, eines Bürgers der Stadt Steyr. Ein Schaden im Vertrauen der Bürger in die Politik ist geschehen, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Keiner kann sich nunmehr sicher sein, dass er es nicht ist, der morgen daran glauben muss, wenn einer im Rot-Haus meint, dass es zum Wohle der Stadt Steyr geht. Schlimm genug was passiert ist, ich bin aber kein Richter und ich möchte auch heute nicht richten, es geht nun um die Schadensbegrenzung. Aus dem Akt Vorwärts geht eindeutig hervor, dass der Herr Bürgermeister, der Herr Magistratsdirektor und einige leitende Beamte des Magistrates mit Nachdruck versuchten, mit dem Deal der Umwidmung aus der Haftung bezüglich Vorwärts zu kommen, indem man aber einen bei der Bank verschuldeten Bürger seine Grundstücke nach deren Verkauf an die Raika durch Umwidmung aufwerten wollte. Wie es zu dieser Vereinbarung gekommen ist und was Inhalt der Vereinbarung war, ist auch im Akt über 100 Seiten schriftlich dokumentiert. Bedingung der Haftungsentlassung war, dass die Stadt die von der Bank billig erworbenen Grundstücke umwidmet und sie dafür aus der Vorwärts Haftung entlassen wird. Die Umwidmung erfolgte auch mit Gemeinderatsbeschluss am 15. 12. 2005 und ist entsprechend der Statuten auch vollzogen worden. Die Stadt Steyr hat also vereinbarungskonform gehandelt und wäre daher mit der Umwidmung aus der Haftung zu entlassen gewesen. Wenn sich im Nachhinein herausstellt, dass der Grundstücksverkäufer den Kaufvertrag gerichtlich anfechtet, da der Kaufpreis unter der Hälfte des wahren Wertes lag

und deshalb die Bank in die Knie ging und freiwillig eine Nachzahlung tätigte, kann dies nicht zu Lasten der Stadt Steyr gehen. Die Stadt hat sich an die vertragliche Vereinbarung hinsichtlich der Umwidmung gehalten, die Stadt konnte darauf vertrauen, dass die Bank einen solchen Kaufpreis verlangt, der unter der Wuchergrenze liegt und nicht den gesetzlichen Rahmen sprengt. Wenn die Bank den Mund nicht voll genug bekommt und wegen einer Klage den Kaufpreis nachbessert, ist das einzig und allein ihre Entscheidung. Meiner Meinung nach ist die Vereinbarung zwischen der Stadt und der Bank betreffend Umwidmung und Haftungsentlassung wirksam zustande gekommen und hat sich die Stadt vertragskonform verhalten, da die Umwidmung auch tatsächlich erfolgt ist. Trotz der an sich freiwilligen Nachzahlung hat die Raika bei diesem Geschäft weit mehr verdient, als der Haftungsbetrag betreffend Vorwärts, zuzüglich Zinsen, überhaupt ausmacht. Mein Vorredner, Herr Apfelthaler, hat es schon ausgeführt, dass bei einem Verkaufspreis von 110,- Euro pro m², 4,5 Mio. Euro Ertrag ist und wenn man die ganzen Erschließungskosten noch abzieht, ein Rohertrag von weit mehr als die Haftungssumme, die die Stadt Steyr eingegangen ist, gegeben ist. In diesem Zusammenhang, Herr Dr. Grininger, möchte ich Sie schon sehr gerne etwas fragen, Sie waren am Montag bei der Ausschusssitzung des Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses anwesend, als informierter Vertreter der Raika und Sie sind dreimal von drei verschiedenen Mandataren der Opposition gefragt worden, wissen Sie irgendetwas darüber, ob im Zuge der Haftung der Stadt Steyr auch über allfällige Umwidmung gesprochen worden ist? Und Sie haben eindeutig „Nein“ gesagt, nach meinem Wissen nicht. Es gibt aber im Vorwärts Akt zahlreiche Korrespondenz zwischen der Raika und der Stadt Steyr, wo de-

finitiv von Ihnen, Herr Dr. Grininger, als Sachbearbeiter angeführt wird, ich zitiere ein Schreiben vom 20. 05. 2003, „in diesem Zusammenhang wurde bei der letzten Besprechung festgehalten, dass kurzfristig eine Entscheidung über die weitere Verfolgung des Projektes Staffelmayr erfolgt, Vorprüfung, Aufschlüsselung über fiktive Aufschließungskosten etc., oder ob doch die Bürgschaftshaftung durch die Stadt Steyr eingelöst wird.“ Scheinbar haben Sie die Frage im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss nicht richtig beantwortet. Vielleicht haben Sie sich von den Lügen Ihrer Vertragspartner ein bisschen anstecken lassen. Wenn die Bank durch die Nachbesserung nicht so viel, wie sie anfänglich geglaubt hat, an Geschäft macht, ist das einzig und allein das Problem der Bank und nicht das Problem der Stadt Steyr. Die Stadt hat sich vereinbarungskonform verhalten und hat daher an die Raika, meiner Meinung nach, nichts mehr zu bezahlen. Sehen Sie, da frage ich mich schon, warum der Bürgermeister, bevor man sich Klarheit darüber schafft, ob überhaupt noch etwas zu bezahlen ist, der Bank einen Kompromiss über 600.000,- Euro anbietet und dann noch dies als Verhandlungserfolg verkaufen will. Ich habe eher den Eindruck, dass der Herr Bürgermeister damit verhindern wollte, dass die wahren Hintergründe dieses Geschäftes an das Tageslicht kommen. Nicht umsonst wurde der Vorwärts Akt von den SP-Politikern, seit dem Jahr 2003 zumindest, gehütet wie ein heiliger Gral. Ich gehe sogar soweit, wenn der Herr Bürgermeister bereit ist, die Euro 600.000,- zu bezahlen, dass Sie, Herr Bürgermeister, dann Gefahr laufen, einzugestehen, dass Sie davon gewusst haben, dass das Rechtsgeschäft der Bank mit dem Verkäufer wucherisch war. Dann wäre dies der Beweis dafür, dass Sie, Herr Bürgermeister, wissentlich Ihre Amtsgewalt missbrauchten, um einen Dritten zu schädi-

gen. Wenn aber die Stadt nichts bezahlt und auf die Haftungsentlastung beharrt, kann der Bürgermeister ja auch den Standpunkt vertreten, dass er darauf vertraut hat, dass das Rechtsgeschäft zwischen Bank und dem Verkäufer nicht wucherisch war und den gesetzlichen Rahmen nicht sprengte. Lassen Sie es sich gesagt sein, die Bank hat trotz Nachbesserung eh noch bestens verdient, der Deal zwischen Bank und der Stadt ist zwar ein unmoralisches Rechtsgeschäft, aber ob es wegen der Nachbesserung des Kaufpreises nichtig wäre, wage ich sehr zu bezweifeln. Ich ersuche Sie eindringlich, Herr Bürgermeister, sind Sie so vernünftig und holen Sie, wie es die Opposition geschlossen gefordert hat, ein Rechtsgutachten ein. Die Eigensicht in diesem Haus, ist aufgrund der verworrenen Situation schon getrübt genug und ich befürchte, dass die Involvierten den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen. In diesem Sinne, stimmen sie zu, dass ein Rechtsgutachten eingeholt wird.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Jetzt muss ich aber ganz deutlich einmal etwas sagen, weil einige Fakten offensichtlich bewusst falsch gebracht werden. Ich habe als Bürgermeister nie, aber absolut nie über einen Grundpreis mit dem Staffelmayr gesprochen, sondern ich habe ihm auch nie gesagt, er muss dieses Grundstück verkaufen. Ganz im Gegenteil, der Herr Staffelmayr war bei mir, und das ist nicht so, wie es der Herr Apfelthaler gesagt hat, ich wäre dort draußen spazieren gegangen und hätte mit ihm geredet, sondern der Herr Staffelmayr ist zu mir gekommen und hat mit mir ein Gespräch geführt. Ich habe gesagt, ich werde einen Teufel tun und sagen, sie müssen es dem oder dem geben und über einen Preis habe ich schon überhaupt nicht gesprochen.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Über was haben Sie dann geredet, wie Sie bei ihm draußen waren?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Der Herr Staffelmayr hat zu mir gesagt, ich soll zu ihm heraus kommen und da hat er von mir Informationen gebraucht.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Kurt Apfelthaler

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Moment, keine Zwiegespräche.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Aber ich habe ihn nie beeinflusst, dass er ...

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Wer hat es ihm denn dann gesagt, dass es nicht umgewidmet wird?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das habe ich auch nie gesagt. Woher die Information herkommt, dass ich gesagt hätte, er muss das unbedingt der Raika geben, sonst widme ich nicht um, das ist ein absoluter Blödsinn. Das ist unglaublich, solche Sachen aufzustellen, das hätte ich nie getan. Also so etwas, dass ich mich in so ein Nest setze, das hätte ich nie getan, da wäre ich doch schlecht gewickelt.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Roman Eichhübl

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Moment, jeder hat eine zweite Wortmeldung. Eines möchte ich auch noch sagen, eines hat mir auch nicht gefallen, ich habe mit dem Staffelmayr gar

nichts mehr zu tun, liebe Frau Braunsberger. Das was du als Juristin gesagt hast, hat auch nicht gepasst, das muss ich auch feststellen, weil ein Zwangsausgleich hebt alles auf; also da muss ich auch sagen man muss schon ein bisschen bei der Wahrheit bleiben. Ihr redet immer von der Wahrheit, also verlange ich auch, dass hier die Wahrheit gesprochen wird.
Frau GR Fanta bitte.

GEMEINDERÄTIN

UTE FANTA:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, geschätztes Präsidium, werte Gäste, Vertreter und Vertreterinnen der Presse. Die Dinge, um die es da geht, sind lange vor meiner politischen Zeit geschehen, nichts desto trotz habe ich mir in den letzten Stunden sehr interessante Geschichten und Sichtweisen aus den verschiedensten Richtungen anhören dürfen. Das, was mir dabei aufgefallen ist, dass es hier in dieser Sitzung nicht um die Vorwärts Steyr, oder um deren Rettung geht, weil die wurde schon gerettet, damals vor vielen Jahren, sondern dass es anscheinend um die Rettung der Reputation der SPÖ in ihrem Verhalten zu dem damaligen Fall geht. Der Herr Klausberger, das finde ich sehr nett, hat von guter Absicht gesprochen und davon, dass es irgendwie darum geht, was hätten wir sonst tun sollen, dem Verein ist es nicht gut gegangen, um nicht zu sagen sehr schlecht, das ist meiner Meinung nach sehr verständlich. Dass damals die Abstimmung im Gemeinderat fast einstimmig war, zeigt ja auch davon, dass fast alle dieser Meinung waren. Das, was mich persönlich sehr betroffen macht, als junge Frau, die doch ein bisschen Ahnung von Buchhaltung hat, das ist diese Basis, aufgrund derer geholfen wurde. Also wenn jemand kommt und sagt, es ist Not am Mann, Gefahr in Verzug, wir brauchen dringend Unterstützung und Hilfe, weil sonst gibt es den Verein

nicht mehr, dann ist es verständlich, ich frage mich nur, aufgrund welcher Unterlagen diese Entscheidung über die Bürgschaft getroffen wurde. Was ist die Grundlage, dass ich mir als Stadt zu sagen erlauben kann, ich übernehme eine Bürgschaft in der Höhe von damals 9 Mio. Schilling, das könnte sich so niemand leisten, oder das würde kein Mensch tun. In diesen Beschreibungen der Sichtweisen sind heute Fragen aufgetaucht, wo der Begriff von risikoloser Bürgschaft gefallen ist. Wo ich mich frage, warum brauche ich eine Bürgschaft, wenn es kein Risiko gibt, das ist ein Begriff in sich, der sich ad absurdum führt, das gibt es nicht. Ich muss buchhalterisch auch das Worstcase-Szenario im schlimmsten Fall mit einrechnen, also immer damit rechnen, dass das auch schlagend werden kann, auch wenn es nicht gewünscht ist. Wer hat denn versprochen, dass das risikolos ist, wer kann denn so etwas sagen, frage ich mich.

Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Man hat gehofft!

GEMEINDERÄTIN

UTE FANTA:

Wer hat denn das gesagt, wer sind denn die Akteure? Es gibt immer so ominöse Begriffe, es fallen Namen, ich frage mich, wo sind diese Personen? Ich würde auch davon ausgehen, wenn ich eine Bürgschaft in so einer Höhe übernehme, dass ich als Bürge daran Interesse habe, mich jährlich über den Finanzstand dieses Vereines zu erkundigen. Ich denke, ein Verein hat Statuten, ein Verein muss jährlich von Rechnungsprüfern entlastet werden, es muss doch jährlich ein Bericht abgeliefert werden, wie die Finanzsituation aussieht. Dann kann ich nur zwei Schlüsse daraus ziehen, nämlich dass zum Einen vorsätzlich falsche Dinge

dargelegt wurden, oder dass man darüber hinweg gesagt hat, okay das machen wir trotzdem. Die eine Sache wäre eine sehr naive Vorgehensweise und das andere wäre grob fahrlässig bis kriminell. Ich persönlich habe den Eindruck, dass es eine Mischung aus beiden ist, dass es Akteure und Akteurinnen gegeben hat, die definitiv kriminell unterwegs waren, die sich bereichert haben und Akteure und Akteurinnen die gesagt haben – ich nehme an, es ist kein einziger weiblicher Name außer Ihrer im Zusammenhang mit den Tätigkeiten gefallen – dass ich gerne wüsste, warum das nicht im Interesse der Stadt ist, wie sich die Finanzsituation entwickelt hat. Woher kommen plötzlich 60 Mio. Schilling Schulden, das gibt es doch nicht. Ich muss doch Interesse daran haben, wofür diese Bürgschaft notwendig ist, für einen Kredit, der so wie wir gehört haben, für eine Kreditabsicherung notwendig ist. Da muss ja schon etwas passiert sein, da müsste ich doch einen Entschuldigungsplan verlangen, wenn ich schon eine Bürgschaft hergebe. Da müsste ich doch jedes Jahr einen Bericht darüber bekommen, wie sich die finanzielle Situation entwickelt. Hat es das gegeben? Sonst kann ich doch nicht verantworten, öffentliche Gelder für so etwas zu verbürgen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Es hat Emotionen gegeben!

GEMEINDERÄTIN
UTE FANTA:
Anscheinend, das ist aber hochgradig unprofessionell und da geht es nicht um private Gelder, sondern da geht es um Steuergelder.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Im Nachhinein ist das immer klasse.

GEMEINDERÄTIN
UTE FANTA:
Aber ich muss mir auch im Vorhinein überlegen, was passieren könnte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Es sind ja 2 eingesetzt worden.

GEMEINDERÄTIN
UTE FANTA:
Zwei was?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Die was die Vorwärts kontrolliert haben.

GEMEINDERÄTIN
UTE FANTA:
Die dürften aber nicht funktioniert haben.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

GEMEINDERÄTIN
UTE FANTA:
Das sind einfach die Fragen, die für mich aufgetaucht sind, während ich diese Geschichte gehört habe und ich denke mir auch, dass dieser Fall nicht so bald zu Ende sein wird. Ich denke mir, dass es nicht um die Vorwärts Steyr geht, wie anfangs erwähnt, so wie du Willi es emotional zum Thema gesagt hast, es geht um damaliges Verhalten und Fehlverhalten von bestimmten Personen und nicht um diesen Verein. Den Verein gibt es, der ist gerettet worden, die Frage ist, wie geht man jetzt mit dem damaligen Verhalten um.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Zweite Wortmeldung Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ja, meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist vollkommen klar, dass man von der realen Betrachtungsweise zu einer emotionalen wegkommen möchte und versucht, mit Emotionen Stimmung zu machen. Ich kann Sie nur insofern beruhigen, Herr Kollege Hauser, wir brauchen da überhaupt nichts skandalisieren. Da ist so viel Skandal, dass wir bei Gott nichts mehr überzeichnen müssen. Sie haben das, was ich zuerst gesagt habe, angesprochen, nämlich das Vorlesen jener Personen und eines muss ich Ihnen schon sagen, alles was in einem Akt ist, hat im Zuge einer Gemeinderatssitzung genannt zu werden und das ist Bestandteil des Aktes.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Aber ob der Bezug zum Kredit stimmt, ist die Frage.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Der Bezug zum Kredit stimmt und ich werde jetzt auch den Beweis antreten. Erstens, das Fax der Vorwärts Steyr ist am 25.01.1995 abgeschickt worden, einen Tag vor der Bürgerschaft. Zweitens, ich habe die Namen verlesen und da war unter anderem auch der Herr Reinoschek dabei. Der Herr Reinoschek ist heute hier bei uns im Gemeinderatssaal. Herr Bürgermeister, erlauben Sie, dass wir den Herrn Reinoschek befragen?

Herr Reinoschek, das was ich vorgelesen habe, hat das tatsächlich einen Bezug zum Kredit Raika und stimmt das, was ich vorgelesen habe?

RAYNOSCHEK FRANK HELMUT:

Das stimmt!

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Danke, Herr Reinoschek. Ich hoffe, Herr Hauser, Sie sind zufrieden mit dieser Aussage. Ich möchte noch zu der Wortmeldung vom Kollegen Gerhard Klausberger zurückkommen. Selbstverständlich komme ich gerne dem nach, der Gerhard Klausberger hat selbstverständlich in keinster Weise irgendetwas mit dieser ganzen Causa zu tun, sein Name erscheint hier in diesem gesamten Akt nicht, die weiße Weste, die der Bürgermeister eingefordert hat, die gebührt dir und auch dem Vizebgm. Bremm, weil den findet man in dem ganzen Akt auch nicht drinnen. Das heißt, mein Bezug zu dir, hat sich rein auf das Kopfschütteln der Subventionshöhe bezogen. Ich hoffe, das hat sich damit geklärt.

GEMEINDERAT

MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Und mein Kopfschütteln hat sich, wie gesagt, auf den Kurator bezogen.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ich glaube, man muss schon ein bisschen ins Detail gehen und ich habe es auch versprochen, bei dem was ich begonnen habe, dass ich gerne den Beweis antrete und sollte jemand der Meinung sein, dass ich nicht die Wahrheit spreche, dann möge er es gleich sagen, denn dann kann ich es belegen. Ich habe für alles, was ich hier sage, Unterlagen dabei. Ich möchte jetzt weniger auf das Baurecht eingehen, weil beim Baurecht noch das Meiste verhältnismäßig richtig gelaufen ist, nur eines ist bis heute nicht erfolgt, obwohl wir das vertraglich festgelegt haben. Wenn wir die Umwidmung des Vorwärts Parkplatzes machen, und zwar wir widmen um von Sportstätte in Bauland, und eine Realteilung praktisch machen, das ist passiert, dann haben wir schriftlich mit der Raika vereinbart, dass wir eine Freilassungserklärung für den Rest des Grundstückes erhalten. Das heißt, dann wäre der

Rest des Grundstückes nicht mehr belastet. Das ist bis heute nicht passiert, obwohl es ein Gemeinderatsbeschluss ist. Ich frage daher, was können wir machen um sicherzustellen, dass Gemeinderatsbeschlüsse auch tatsächlich vollzogen werden? Für den Vollzug ist der Bürgermeister und der Magistrat Steyr verantwortlich. In diesem Fall ist es ganz klar nicht passiert. Aber lassen sie mich weitergehen, wir werden noch 5 bis 6 solche Fälle haben. Einer davon betrifft natürlich den Bürgerschaftsvertrag. In diesem Bürgerschaftsvertrag geht ganz klar hervor, was Wille des Gemeinderates war, unter welchen Voraussetzungen wir bereit waren, diesem Bürgerschaftsvertrag zuzustimmen. Da muss man vielleicht eines auch noch vorausschicken, es war am Anfang der Verhandlungen immer von 12 Mio. Schilling die Rede. Die Vorwärts wollte, dass die Stadt eine Haftung für 12 Mio. Schilling übernimmt, und die handelnden Personen, hier vor allem Bürgermeister Leithenmayr, haben gesagt, das kann es nicht sein, wenn ihr selbst ein Interesse habt, dann müsst auch ihr, sprich der Vorstand, haften. Haftet ihr für 3 Mio., wir für 9 Mio., nur eines wollen wir nicht, dass zuerst der Kredit, für den ihr persönlich haftet, zurückbezahlt wird und dann erst unserer, eurer darf erst dann zurückbezahlt werden, wenn das Obligo auf 6 Mio. korrigiert wird. Wir haben hier auch noch andere ganz klare Beschlüsse gefasst, z. B. dass erstens eine Zession der Werbeeinnahmen der Forderungen zu machen ist und dass bei einem Rückstand der Raten diese Zession auch zu ziehen ist. Weiters haben wir in diesem Bürgerschaftsvertrag drinnen, dass die Vorstandsmitglieder diesen Vertrag unterschreiben müssen. Das ist eine klare Bedingung für den Bürgerschaftsvertrag gewesen, wir haben gesagt, nur unter dieser Bedingung sind wir bereit, den Bürgerschaftsvertrag abzuschließen. Diese Bedingungen sind alle nicht erfüllt wor-

den, diese Vorstandsmitglieder haben alle nicht unterschrieben und vonseiten der Stadt ist nicht reagiert worden. Auch der Gemeinderat ist nicht mehr erneut damit befasst worden und wir haben den Bürgerschaftsvertrag nicht zurückgezogen, wie es normalerweise gehört, wenn Bedingungen nicht erfüllt werden. Auch die Zession – 1999 hat der Dir. Lumplecker gesagt, mit der Zession ist es schwierig, weil die Rechte bei der Raika Garsten liegen und nicht bei der Raika Sierning. Hier ist im Akt allerdings das genaue Gegenteil, hier haben wir einige Tage nach der Bürgerschaftserklärung die Abfassung bekommen, wo ganz klar hervorgeht, die Zession ist zwischen SK Vorwärts Steyr und Raika Sierning mit Rappel GmbH. erfolgt. Warum die Raika nie etwas verlangt hat, geht erst 1999, 5 Jahre später hervor, weil da konfrontiert Dir. Lumplecker uns mit einer Aussage von Dittrich, der sagt, na ja der Rappel hat uns das Geld ja schon vorher gegeben gehabt, wir bekommen ja von dem gar nichts mehr. Nach 5 Jahren – und jetzt frage ich einmal ganz klipp und klar, warum schaut der Bürgermeister, warum schaut der Magistratsdirektor, warum schaut der Magistrat 5 Jahre zu, reagiert nicht und fordert nicht das ein, was wir beschlossen haben, was Grundlage war, dass wir überhaupt die Bürgerschaft übernommen haben? Die Präsidenten haben gewechselt, die Bürgermeister haben gewechselt, die Beamten haben gewechselt, nur einer ist immer gleich geblieben, den findet man auf jedem Akt, das ist der Herr Magistratsdirektor. Er ist der rote Faden, der wirklich durch den gesamten Akt geht, über ihn ist alles gelaufen, er hat Kenntnis über alles gehabt, das geht aus diesem Akt hervor. Ich stelle noch einmal die Frage, was muss passieren, damit ein Gemeinderatsbeschluss, das höchste Gremium der Stadt, wenn der etwas beschließt, dass das dann auch so exekutiert wird wie beschlossen? Klä-

ren Sie mich auf, wenn ich hier etwas falsch verstehe, wenn nämlich etwas nicht möglich ist, dann haben wir sofort informiert zu werden und eine Änderung zu diesem Beschluss zu machen. Das ist hier, obwohl er in drei Punkten verletzt worden ist, nie gemacht worden und ist nie passiert. Worauf sollen wir uns dann eigentlich noch verlassen? Jetzt können wir weiter gehen, und ich glaube das ist schon sehr wichtig, Rückstände beim Magistrat. Auch das ist so etwas, wir haben in diesem Vertrag, in diesem Bürgerschaftsvertrag einen Passus drinnen, der heißt: „Wenn ihr die Raten ohne Verzug zurückzahlt, dann können wir uns vorstellen, dass wir euch die Lustbarkeitsabgabe und die Kommunalsteuer refundieren.“ Das heißt, nicht nachlassen, das ist rechtlich nicht möglich, eine Verquickung ist nicht möglich, die Vorwärts müsste das an uns bezahlen und am Ende des Jahres können wir es als Subvention wieder refundieren. Der erste Rückstand passierte am 28. August 1995, man beachte die kurze Spanne. Der Dr. Schmidl wurde erstmals ersucht – wortwörtlich – eine Exekution zur Einbringung des Kommunalsteuerrückstandes zu genehmigen, immerhin 151.820,74. Das ist eine Wertgrenze, wo auch der Bürgermeister nicht alleine entscheiden kann und hier hätte auch schon der Gemeinderat informiert werden müssen, aber es ist nichts passiert. Am 2. November 1995 ergeht wiederum das Ersuchen um Exekution an den Herrn Magistratsdirektor Schmidl. Am 5. 03. 1996 erfolgt ein Widerruf der Stundung um Subventionsanweisung, Refundierung von Kommunal- und Lustbarkeitsabgabe und es steht dabei, das gilt auch für künftig entstehende Forderungen. Das heißt, die Stadt hat sich nicht mehr an das Versprechen gebunden gefühlt und hat gesagt, ich widerrufe das, ihr zahlt nicht, ihr habt einen Rückstand, damit ist das hinfällig. Am 11. 03. sind

laut Bgm. Leithenmayr offene Forderungen unverzüglich einzufordern, es steht dabei, gerichtliche Geltendmachung. Am 13. 03, zwei Tage später gibt es einen Aktenvermerk, laut Magistratsdirektor Schmidl derzeit keine Veranlassungen zu treffen. Am 18. 09. 1996 an Magistratsdirektor Schmidl: „Rückstand nunmehr 1.126.412,29, ersuchen höflichst um Genehmigung, die Rückstände im Exekutionswege einbringlich zu machen.“ Daraufhin hat dann am 1. Oktober eine Sitzung stattgefunden. Magistratsdirektor Schmidl, Frau Vizebgm. Mach, Herr Bgm. Leithenmayr, Herr StR Spanring und Herr Obrist, dabei steht in Klammer, anwesende politische Entscheidungsträger. Und sie haben entschieden, vorerst keine gerichtlichen Schritte zu unternehmen. Mit welcher Legitimation hat dieser Kreis eine Entscheidung über 1.126.412,29 Schilling getroffen? Kein Stadtsenat, kein Gemeinderat, nur SPÖ-politische Vertreter. Am 05. 11. erging dann allerdings wieder von der Beamtenschaft das Schreiben an den Magistratsdirektor Schmidl mit der neuerlichen Bitte, Exekution durchführen zu dürfen. Verstehen sie vielleicht eingangs meine Worte, als ich gesagt habe, dass ich eine Hochachtung vor den Beamten habe, weil es ist nicht leicht, wenn man immer wieder auf die Gefahren hinweist, wenn man immer wieder sagt, Leute da geht was schief und man wird nicht gehört und es verläuft alles im Sande. Das sind Vorkommnisse, meine Damen und Herren, wo ich mich wirklich frage, was geschieht hier bei uns in Steyr. Worauf können wir und die Bürger uns eigentlich verlassen? Es wird nichts exekutiert, es wird verschwiegen, weil über diese Rückstände, über diese Größenordnung haben wir keinerlei Information gehabt, über die Jahre 1996 und 1997. Erst wie der Konkurs augenscheinlich und greifbar war, da hat man auf einmal gesagt, wir haben ja auch noch Rückstände. Was ist jetzt

damit, mit diesem Schaden, wer ist für diesen Schaden wirklich verantwortlich? Ist es die Stadt, sind es diese sogenannten politischen Entscheidungsträger? Ein Gremium, das berechtigt wäre diese Entscheidung zu treffen, hat es auf jeden Fall nicht getroffen. Wenn der Kollege Klausberger sagt, er hat kein Verständnis für einen Kurator, vielleicht bekommst du jetzt so langsam dafür Verständnis, warum wir einen Kurator verlangen, weil wir uns einfach wirklich nicht mehr heraussehen.

Ich glaube, man muss aber schon auch eines ein bisschen richtig stellen, weil der Kollege Hauser immer wieder betont, Vorwärts-Neu und wir sind nicht involviert. Das ist so natürlich nicht richtig. Der Vorstandsdirektor Köck ist die ganzen Jahre herauf ständig mit dieser Causa involviert, informiert und steht auch in einer direkten Verbindung mit dem Bürgermeister. Er hat z. B. an den Herrn Bgm. Leithenmayr am 23. 06. 2000 geschrieben, das war nach dem Ausgleich und hat gesagt: „Der Verein hat keine Schulden mehr, der Verein hat allerdings auch keine Sportanlage und von den ursprünglich 440 Mitgliedern sind rund 100 Mitglieder geblieben. Seitens der Raika wird ein Rahmen – damit wir weiterspielen können – an die persönliche Sicherstellung einzelner Personen gebunden. Solange das Budget nicht gesichert erscheint, sind diese Haftungsübernahmen allerdings kaum realisierbar.“ Der Dr. Köck hat sich zu dem Thema noch mehrmals gemeldet, z. B. als die Verhandlungen waren, da ist eigentlich ein Viereck gewesen, weil in diesen Vereinbarungen zum Stafelmayr scheint immer wieder auch Verein Vorwärts Steyr auf. Und eine Frage ist, die vonseiten der Stadt aufgeworfen wurde, wenn wir das jetzt so mehr oder weniger bereinigen, dann gibt es aber kein Baurecht mehr auf dem Vorwärtsplatz und da schreibt der Dr. Köck: „Er kann sich das unter be-

stimmten Bedingungen vorstellen.“ Eine Bedingung z. B., dass keinerlei Regressforderungen an ehemalige oder derzeitige Vorstandsmitglieder vonseiten der Stadt gestellt werden. Setzen wir uns das noch einmal in Verbindung, es geht um Schulden des SK Vorwärts Steyr und die Stadt versucht alles, damit die nicht schlagend werden und dann knüpft dieser Verein noch Forderungen daran, wenn wir ihnen helfen wollen. Auch das ist ein gewisses Sittenbild und das gehört sich auch nicht ganz. Es geht allerdings aus dem Schreiben nicht hervor, ob das die Meinung des gesamten Vorwärtsvorstandes ist, oder ob das die Einzelmeinung einer Person ist, allerdings war er ganz offensichtlich legitimiert für die Vorwärts zu sprechen. Wenn man das alles ein bisschen in dem Konnex sieht, und das folgt uns ja immer wieder, bei allen diesen Verhandlungen, wie bringen wir das Baurecht weg - ich erwähne noch einmal, wir reden eigentlich nur mehr noch über das Baurecht am Parkplatz, weil für das andere müssten wir schon längst eine Freilassungserklärung von der Raika haben, weil wir die Umwidmung, wie vertraglich vereinbart, ja erledigt haben. Über den Wert dieses Baurechtes für den Parkplatz gibt es selbstverständlich Schätzungen und da reden wir von 2.500.000,- Schilling. So wurde das Baurecht anlässlich der Masse von einem gerichtlich beeideten Sachverständigen geschätzt. Es gibt natürlich auch noch andere Werte, es wurde z. B. zwischen Raika und Stadt einvernehmlich festgestellt, dass man den Wert des Parkplatzes mit ungefähr 2.000,- Schilling sieht und dass man wenigstens bei einer Verwertung 70 % davon, das heißt 1.400,- Schilling pro m² erzielen möchte, da reden wir dann von 100,- Euro. Wenn ich das zusammenrechne, ich bin noch immer nicht auf diese 600.000,- Euro, die der Herr Bürgermeister zahlen will. Ganz unabhängig davon, dass natürlich

schon zu berücksichtigen ist, dass ja nicht nur die Forderungen, die wir gegen Rappel gehabt hätten, nicht zediert wurden und dass auch aus dem Akt herausgeht, das es ganz offensichtlich zu einer Einigung zwischen Radlspöck, Dittrich und Raika gekommen ist. Auch das dürfte lt. Bürgerschaftsvertrag nicht passieren. Es darf keine einseitige Bevorteilung sein, zuerst hätte der Kredit von uns zurückgeführt werden müssen und erst dann dürften Privatpersonen, die gehaftet haben, für sich selbst eine Obligominderung bekommen. Wenn jetzt irgendjemand sagt, ich skandalisiere da irgendetwas, beim besten Willen nicht, ich brauche nichts skandalisieren, das ganze ist ein Skandal.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Herr GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Nach den Wortmeldungen, vor allem der Wortmeldung der Frau Kollegin Lechner, nähern wir uns so langsam wieder dem tatsächlichen Grund unseres heutigen Zusammenkommens, nämlich der Bezahlung, oder des Beschlusses von 600.000,- Euro, ja oder nein. Das ist ja des Pudels Kern und über den sollten wir auch schön langsam wieder diskutieren, weil inzwischen haben nicht nur wir, sondern auch viele andere hier herinnen so ihre Zweifel bekommen, ob das alles noch mit rechten Dingen zugeht. Wenn der Kollege Vizebgm. Bremm meint, das alles ist nur eine große Politshow, dann soll es uns auch Recht sein, denn diese Politshow hat zumindest einmal bewirkt, dass wir jetzt schon einmal 200.000,- Euro weniger bezahlen müssen, das ist ja gar nicht so schlecht. Wir glauben, und inzwischen sind wir auch davon überzeugt, dass

wir auch die 600.000,- Euro nicht bezahlen müssen. Es hat sich ja heute so einiges ergeben und einiges von den Unterlagen hat uns auch heute zu dieser Meinung veranlasst. Es ist ja gar nicht so leicht, dass man 4 Parteien hier herinnen, die ja in ihrer ideologischen Ausrichtung durchaus sehr unterschiedlich sind, einmal so weit bringt, dass sie an einem Strang ziehen, das sollte vielleicht auch einmal ein bisschen zu denken geben, Herr Bürgermeister, wie hier herinnen Politik gemacht wird und manchmal hat man so den Eindruck, es wird eher nach dem Motto Politik gemacht, „wir sind Kaiser und ein bisschen brav müssen sie schon sein“, so eher in Anlegung an einen Sketch im Fernsehen. Das ist eher ein Vorgehen, das man den 70iger Jahren zuordnen sollte, aber nicht mehr dem Demokratieverständnis des 21. Jahrhunderts entspricht. Die Frau Kollegin von der ÖVP, die Fraktionsobfrau hat das ja sehr drastisch geschildert, vor allem im Zusammenhang mit der Umwidmung der Gründe vom ehemaligen Gemeinderat Mayr. Wenn das tatsächlich so ist, und ich bin überzeugt davon, nachdem was wir heute so gehört haben, dass es wirklich so aussieht. Dann sollte man schon, wenn man sich vor dem schwarzen Mann am Land fürchtet, dem Kurator, heute zumindest diesen Antrag wieder absetzen und sich anschauen, ob man das wirklich bezahlen sollte. Wenn du ehrlich bist, glaubst du es nämlich inzwischen selber nicht, dass wir das zahlen müssen, nachdem was wir heute so alles gehört und gelesen haben.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Und das glaubst du alles?

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Selbstverständlich, die alten Kalauer vom Kollegen StR Hauser, dass jeder,

der etwas kritisch hinterfragt, sofort gegen den Sport ist, das sind auch Schmä, die wir vor 5 oder 6 Jahren schon gehört haben.

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Das habe ich nicht gesagt.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

So kann es wirklich nicht sein, dass jeder, der das ein bisschen kritisch betrachtet, als Feind der Vorwärts, als Erzfeind des Sports hingestellt wird, das ist ein absoluter Blödsinn. Dass sich damals alle am Sportplatz hingestellt haben und sich haben feiern lassen, das wissen wir, das ist ein Fakt und da gebe ich dir vollkommen Recht. Bei der letzten Sitzung hat es der Kollege Bremm auch vollkommen richtig gesagt, es ist auch gewaltiger Druck auf alle ausgeübt worden, da gebe ich ihm schon vollkommen Recht, die haben ja guten Lobbyismus betrieben. Die Stadt Steyr gibt ja nicht nur Geld für kleine Sportvereine aus, sondern in sehr großem Ausmaß eben für die Vorwärts, was eh sehr oft kritisch betrachtet worden ist, dass man die Gewichtung da ein bisschen einseitig verteilt hat, aber es war halt so und die Vorwärts hat das immer sehr erfolgreich betrieben und hat immerhin auch in der Bundesliga gespielt. Darum haben sich auch da oben oft viele feiern lassen, die dann eh schnell dahin waren, in dem Punkt gebe ich euch ja vollkommen Recht. Das darf uns aber heute nicht daran hindern, die Dinge so zu sehen, wie sie zu sehen sind und da gibt es nicht nur einiges an Kritik auszusetzen, sondern es sollte uns veranlassen, die Dinge neu zu bewerten und neu zu betrachten, Herr Bürgermeister. In Anbetracht dessen, was heute hier geschehen ist, wenn man schon den Kurator nicht möchte, dann sollte man zumindest diesen Tagesordnungspunkt absetzen und diese

Dinge neu ausverhandeln, denn ich glaube wirklich nicht, dass wir diese 600.000,- Euro zahlen müssen und wie kommen die Steyrer dazu, dass sie wieder mit erhöhten Müllgebühren, Wassergebühren usw. diesen ganzen Blödsinn wieder finanzieren sollen. So ist es ja letzten Endes, weil dieses Geld hast du nicht, du musst es aufnehmen, das steht ja auch hier herinnen, Darlehensaufnahme, ist ja klar, war ja nicht vorgesehen und wie kommen wir dazu, dass wir das jetzt alles wieder blechen sollen. Ich würde wirklich an dich appellieren, diesen Schritt zu setzen und dann können wir uns ja bei der nächsten Sitzung, weil ich glaube nicht, dass das heute das Ende der Diskussion ist, wieder darüber unterhalten.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich darf den Herrn Dr. Grininger bitten, damit er einmal beleuchtet, wie das mit den Erträgen der Staffelmayrgründen wirklich aussieht, weil die Zahlen, die jetzt herumschwirren, machen den Eindruck, sie machen da Riesengewinne. Herr Dr. Grininger, ich darf Sie bitten, dass Sie das einmal kurz erklären.

DR. CHRISTIAN GRININGER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Bürgermeister, sehr geehrte Gemeinderäte. Wenn ich gewusst hätte, dass das heute beinahe Verhörcharakter annimmt, dann hätte ich mich natürlich mit Akten usw. bewaffnet, hätte ich beinahe gesagt. Ich habe zwei Themen, die mich behindern, zum Einen das Bankgeheimnis, das ist mir schlicht und ergreifend nicht erlaubt, über Dinge zu reden, die nicht im ursächlichen und unmittelbaren Zusammenhang mit dem Ausfallsbürgschaftsvertrag der Stadt Steyr stehen. Daher kann ich auf verschiedene Aussagen hier nicht antworten, weil ich an das Bankgeheimnis gebunden bin. Das

ist das Eine, das Zweite, hier sitzt die Politik, ich vertrete die Wirtschaft, es wäre sehr schön, wenn wir von der Wirtschaft immer sagen könnten, da gibt es ein Gutachten und das was im Gutachten steht, verdienen wir, das wäre wirklich schön. Leider ist die Wahrheit eine andere und das was in einem Gutachten steht, ist leider nicht das, was der Markt bereit ist zu zahlen. Daher diese Rechnung, die sie aufstellen, würde uns natürlich freuen, wenn die so wäre, sie ist aber leider nicht so.

GEMEINDERAT

KURT APFELHALER:

Der Preis, der zu erzielen wäre, ist marktüblich, wieso ist das unüblich oder so?

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Lassen Sie erst einmal den Herrn Dr. Grininger ausreden.

DR. CHRISTIAN GRININGER:

Ich bin auch kein Experte im Projektgeschäft, aber es wird jedem einleuchten, dass wenn man Liegenschaften finanziert, dass dafür Zinsen zu zahlen sind und dass eine Liegenschaft nicht sofort an den Mann gebracht wird, das wird u. U. Jahre dauern. Aber noch einmal, das ist nicht meine Aufgabe, es ist jedenfalls so, dass – soweit ich das weiß – das Projekt sehr knapp kalkuliert ist und wie gesagt diese Gewinne, die sie vorrechnen, wären sehr schön, wenn es sie gäbe, hat damit auch nichts zu tun. Was ich sagen kann, weil da war ich involviert, ist der Abschluss des Ausfallbürgschaftsvertrages, der ja – soweit ich das gesehen habe – gemeindeaufsichtsbehördlich genehmigt ist und die Modalitäten rundherum. Es ist einmal kein klassischer Ausfallbürgschaftsvertrag, so wie er im Gesetz vorgesehen ist, sondern es ist in diesem Ausfallbürgschaftsvertrag – das ist nachzulesen – ja geregelt, dass der Gläubiger, das ist

die Raiffeisenbank, dann auf den Ausfallbürgen greifen kann, wenn ein bestimmtes Prozedere eingehalten wurde, was die Sicherheit, die dazu noch gegeben wurde, nämlich das Pfandrecht am Baurecht, belangt. Dieser Zustand ist irgendwann im Jahre 2003 eingetreten, ich bitte um Verzeihung, ich weiß das nicht auswendig, wie gesagt, hätte ich den Verhörcharakter dieser Sitzung beherzigt, hätte ich mich ganz intensiv darauf vorbereitet. Aber es ist auf jeden Fall so gewesen, dass irgendwann im Jahr 2003, glaube ich zumindest, wir die Stadt Steyr – wenn ich immer „wir“ sage, ist die Raiffeisenbank Region Sierning gemeint – angeschrieben haben und mitgeteilt haben, der Zustand ist jetzt erreicht, wir könnten jetzt jeder Zeit die Bürgschaft ziehen, weil wir alle Maßnahmen gesetzt haben, die laut Bürgschaftsvertrag notwendig sind usw. Es hat dann Verhandlungen gegeben; weil es immer um die Bürgschaft gegangen ist, ich glaube, ich bin auch ein bisschen falsch zitiert worden, ich war am Montag in dieser Sitzung und ich habe immer gesagt, uns ist es immer um die Ausfallbürgschaft gegangen. Vielleicht ist das nicht gehört worden, ich weiß es nicht. Eines ist auch zu sagen, aber wie gesagt, da bin ich vom Bankgeheimnis her behindert, es hat – und sie müssen bitte einmal eines zur Kenntnis nehmen, es gibt Verträge die zwischen der Raiffeisenbank Sierning, dem SK Vorwärts Steyr und der Stadt Steyr abgeschlossen sind, wenn ich das einmal so pauschal sagen darf, und die Raiffeisenbank muss sich an diese Verträge halten. Welche sonstigen Hintergrundinformationen - ich bin heute sehr interessiert, habe viel gelernt und gehört – es sonst noch gegeben hat, ist der Raiffeisenbank unbekannt, mir zumindest unbekannt gewesen und ich gehe auch davon aus, dass es den Entscheidungsträgern der Raiffeisenbank unbekannt gewesen ist. Das heißt, wir müssen uns an das hal-

ten, was in den Verträgen steht und in dem hier mich interessierenden Vertrag, nämlich der wo es um den Kredit mit den 9 Mio. geht, ist keine Rede von weiteren Bürgen. Mehr kann ich dazu nicht sagen, es ist keine Rede davon, wenn sie unseren Kreditvertrag anschauen, dass es darüber hinaus noch weitere Bürgen gibt, das ist halt nicht so. Dass es daneben noch andere Finanzierungen gibt, das ist richtig. Wie die besichert sind, da bin ich leider aufgrund des Bankgeheimnisses nicht in der Lage, das zu sagen, weil ich keine Entbindung habe. Ich kann das nicht sagen, es gibt verschiedene, deshalb ist ja auch irgendwann einmal das Wort Interzedenten gefallen, verschiedene andere Personen, die für diese Kredite haften. Ganz zum Schluss vielleicht noch, was ist unsere Position? Es ist heute zwar schon mehrfach gesagt worden, es war irgendwann einmal und zwar um das Jahr 2000 herum, nämlich in der Insolvenz des SK Vorwärts Steyr geplant, dass die Raiffeisenbank Sierning das Baurecht erwirbt, es ist nur nicht dazu gekommen. Es wurden Verträge unter aufschiebenden Bedingungen abgeschlossen und eine aufschiebende Bedingung heißt nun einmal, dass der Vertrag erst dann zustande kommt, wenn die Bedingung eingetreten ist. Diese Bedingungen sind nicht eingetreten, daher ist die Raiffeisenbank Sierning niemals Eigentümer des Baurechtes geworden und ist daher der Grundbuchstand richtig.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Die da wären?

DR. CHRISTIAN GRININGER:

Entschuldigen Sie bitte noch einmal, dass ich die bei uns auch schon 5, 6, 7 Akten, ich weiß es gar nicht, nicht auswendig kenne, ich kann nur sagen, wir haben das noch einmal überprüft, es gab verschiedene Bedingungen, die

nicht eingehalten wurden. Unter anderem, das weiß ich schon, das ist auch heute schon zur Sprache gekommen, die Sicherstellung der Pacht, diese genannten 50.000,-- plus USt. Das ist nicht zustande gekommen, daher ist die Raiffeisenbank Sierning niemals Eigentümer des Baurechtes geworden und ist es bis heute nicht. Daher ist die Ausfallsbürgschaft nach wie vor offen. Die Regelung, die mit Vertretern unseres Hauses und den Vertretern der Stadt Steyr ins Auge gefasst wurde, geht von folgendem aus: Der Stand des Kredites, der durch die Ausfallsbürgschaft besichert ist, ist je nach dem welche Zinsen man hier errechnet, es gibt ja im Kreditvertrag nicht nur die normalen Sollzinsen, sondern auch Verzugszinsen, aber je nachdem welche Zinsen man hier berechnet, zwischen 770.000,-- und 870.000,-- Euro, grob gerundet. Bitte hier wieder zu verzeihen, dass ich nicht die exakte Eurozahl sagen kann, aber es geht um etwa 770.000,-- bis 870.000,-- Euro wenn man nur den aushaftenden Saldo und die Zinsen der letzten 3 Jahre heranzieht. Also die Berechnungsbasis sind die 9 Mio. Schilling, das kann ich sagen, weil diese Zahl steht in der Forderungsanmeldung der Raiffeisenbank im Konkursverfahren, daher ist sie öffentlich und daher darf ich sie sagen, und nur dieser Kapitalsaldo aus dem Jahre 1999, verzinst für 3 Jahre, das ist die Rechtslage, wir könnten nicht Zinsen für 5, 7 oder 10 Jahre verlangen, sondern nur die rückständigen 3 Jahre, das Kapital verjährt erst in 30 Jahren. Daher ist das Kapital offen und die Zinsen der letzten 3 Jahre, das ist je nach Berechnungsgrundlage 770.000,-- bis 870.000,-- Euro, das wäre auch der Betrag, den wir im Streitfall von der Stadt Steyr fordern würden.

Unter diesem Lichte ist die vergleichsweise Einigung auf 600.000,-- Euro zu sehen. Es tut mir Leid, dass ich Ihnen nicht mehr Details preisgeben kann.

Aus zwei Gründen, zum Einen Bankgeheimnis, wie gesagt, ich darf nicht und zum Zweiten, ich bin nicht in der Lage, weil ich nicht wusste, dass das hier eine Tagesveranstaltung wird und auch über den investigativen Charakter war ich nicht vorbereitet.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Nächste ist die Kollegin Frech zum 2. Mal.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ja, ich möchte anschließen an die Ausführungen des Leiters der Rechtsabteilung der Raika Oberösterreich. Ich bin kein Jurist, ich kann nur lesen und ich zitiere aus dem Akt, 20. Juli 2004, da gab es eine Besprechung mit Ihnen, Herr Dr. Grininger, dem Herrn Magistratsdirektor, dem Finanzdirektor, Herrn Bürgermeister Forstenlechner und einigen anderen und die Verhandlungen hatten zwei wesentliche Punkte zum Inhalt. Nämlich Staffelmayrgründe und Vereinbarung über die offenen Forderungen der Causa SK Vorwärts. Da steht dann auch: „Im Gegenzug erklären sich die Vertreter der Raiffeisen Landesbank bereit, die Gläubiger aus der Haftung für die offenen Forderungen des SK Vorwärts Steyr schuldbefreiend zu entlassen.“ Ich habe auch ein Schreiben, ein bisschen vorher, von „streng vertraulich“ wo mit 30. 3. 2004, unter Verschluss erging das an den Bürgermeister Forstenlechner, wieder ein Gespräch mit Herrn Dr. Grininger und dem Leiter der Raiffeisenbank Region Sierning und dem Herrn Magistratsdirektor. Konkret ging es dabei vor allem um die Umwidmung des Areals im Bereich der Kleingartenanlage Staffelmayr, die seitens der Raika massiv betrieben wird. Vereinbart wurde in Linz, dass zwischen der Raika und der

Stadt keine diesbezügliche vertragliche Ausgestaltung erfolgen wird – weil das müsste man ja dann in den Gemeinderat geben – sondern die Raiffeisen Landesbank bzw. die Raiffeisenbank Region Sierning der Stadt Folgendes anbieten wird. Sollte die Stadt die Umwidmung der Siedlungsflächen in Bauland rechtskräftig bewerkstelligen, würde im Gegenzug die Raiffeisenbank Region Sierning auf die Einforderung der Bürgschaftserklärung über einen noch offenen Kredit des SK Vorwärts Steyr, in Höhe von 9 Millionen Schilling zuzüglich aller Nebengebühren, verzichten. Also, aus dem würde ich eigentlich schließen, dass damit keinerlei Zahlungen mehr zu erfolgen haben, im Zuge der Bürgschaft, sondern nur mehr dieses Baurecht, das der Stadtrat Mayrhofer schon angesprochen hat, was aber jetzt ein ganz anderes Grundstück anbelangt und vom Wert her viel weniger ist. Das ist der eine Punkt.

Naivität ist eine schöne Sache, nur in der Politik kann sie verdammt teuer sein. Es wäre sehr naiv zu glauben, dass wir der Vorwärts jetzt etwas Gutes tun, weil das ist jetzt so überkommen, dass die Opposition etwas gegen die Vorwärts hat. Dass sie nichts gegen die Vorwärts hat zeigt, da kann ich mich erinnern, sagen Sie es mir wenn es nicht stimmt, weil alle Abstimmungsergebnisse habe ich auch nicht im Kopf, ich bin kein Computer, aber ich glaube da haben wir immer einstimmig darüber abgestimmt wenn es um Subventionen um die Vorwärts gegangen ist, ob es um Sitzplatztribünen, Umkleidekabinen oder was auch immer gegangen ist. Ich sage Ihnen nur, damit Sie ein bisschen eine Vorstellung bekommen, vom Wert dessen was die Stadt da getan hat. Und wenn ich sage die Stadt, dann waren das wirklich alle Fraktionen im Gemeinderat die da immer mitgestimmt haben. Alleine in den Jahren 1990 bis 1994, nur 1990 bis 1994, laut Auflistung,

nicht von mir, sondern von der FA für Privatrechtsangelegenheiten sowie der FA für Schule und Sport, gab es 6,3 Millionen Schilling an Förderungen für Flutlichtanlage und Umkleidegebäude usw., zusätzlich gab es noch 10,4 Millionen Schilling für anderes und 4,5 Millionen vom Land. D. h., 21,3 Millionen Schilling liegen mir da vor wo es Subventionen gegeben haben soll und da waren wir alle dafür. Zusätzlich haben wir das Grundstück gratis zur Verfügung gestellt, die Rasenpflege durch die Stadtgärtnerei und Trainingsleistungen der Sportcity Glaser durch die Stadt gezahlt. Ich will damit nur eines zeigen, dass niemand etwas gegen die Vorwärts hat. Das ist immer alles mitbeschlossen worden. Auch, dass sie befreit worden ist von der Lustbarkeitsabgabe, von der Kommunalsteuer. Da würden sich viele Vereine freuen, viele andere im Kulturbereich, wenn sie das auch hätten. D. h., die Vorwärts war, ganz emotionslos, hier sicher bevorzugt. Andere haben das nicht. Nur jetzt würden wir der Vorwärts gar nichts Gutes tun, diese 600.000 Euro zu beschließen. Soll ich Ihnen sagen warum? Ich bin kein Jurist, aber das was sich durchzieht von 1993 bis jetzt ist, dass die Magistratsjuristen im Haus sehr wohl immer gesagt haben das sollte man nicht tun, das geht schief. Hätte man auf sie gehört, dann hätten wir die ganzen Probleme nicht. Hier warnen sie wieder. Und zwar, wenn wir jetzt das Baurecht von der Vorwärts kaufen, dann müsste mit Datum 16. 11. 2007, außer es hat sich schon wieder die Rechtslage geändert, das weiß ich nicht, aber mit Datum 16. 11. 2007 gibt es einen Aktenvermerk: „Bedeutend größer ist jedoch die Gefahr auf Seiten des SK Vorwärts. - Zuerst werden die Gefahren für die Stadt abgecheckt, aber jetzt für SK Vorwärts. – Das Baurecht müsste in den Finanzbüchern des Vereines mit einem bestimmten Wert eingetragen sein. Mit der Veräußerung

des Baurechts um den Betrag von Euro 800.000, im November waren es noch 800.000, wird nach Meinung des Notars, nach mit großer Wahrscheinlichkeit ein nicht unerheblicher Veräußerungsgewinn erzielt für den der Verein einkommenssteuerpflichtig wäre. Ups, der Verein wäre dann einkommenssteuerpflichtig. Ob eine solche Möglichkeit eintritt, müsste durch den Steuerberater des Vereines geprüft werden.“ Ich bin nicht im Verein der Vorwärts und ich weiß deshalb auch nicht, ob tatsächlich der Steuerberater des Vereines das geprüft hat und ob das nicht ein Danaergeschenk für die SK Vorwärts dann ist, wenn sie plötzlich, aufgrund dessen, dass die Stadt jetzt in diesem Dringlichkeitsbeschluss, der hier und heute beschlossen werden soll, auch noch für einen Veräußerungsgewinn Steuern zahlen muss. Ich glaube nicht, dass das der Vorwärts bewusst ist. Aktenvermerk – so etwas bekommen wir normalerweise gar nicht. Das ist nur möglich geworden, weil wir uns endlich die Einsicht in den Akt erkämpft haben. Ja, und die Nachteile für die Stadt stehen natürlich auch herinnen, Bereich Grunderwerbssteuer usw. Ja, ...

Zwischenruf: Ja, was machen wir?

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Wissen Sie, ich habe mir heute zu Beginn der Sitzung gedacht, dieses Mon Cherie, das da so alleine, singulär, auf meinem Platz steht, ist vielleicht ein schlechter Scherz. Wenn, dann ist es eigentlich ein schlechter Scherz, weil mit so etwas soll man keine Scherze treiben, oder es ist so der Versuch einer Einschüchterung. Die Einschüchterung hat jedenfalls nicht funktioniert.

GEMEINDERAT

DR. HELMUT ZÖTTL:

Ich würde es auch nicht essen.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ich esse es eh nicht. Aber ich habe etwas anderes getan. Anstatt dieses Mon Cherie zu essen, habe ich mich noch einmal mit dem Akt Vorwärts beschäftigt. Und zwar werden Sie gemerkt haben, dass ich etwas später gekommen bin nach der Pause. Das war nicht das Kaffeetrinken, sondern das war der Punkt, dass hier im Raum gestanden ist, dieser Sideletter, den ich zitiert habe, das wäre eine Erfindung und der Bürgschaftsvertrag ist ja so beschlossen worden wie es im Gemeinderat war. Da wurde halt behauptet, ich würde da irgendeinen Unsinn erzählen. Zur Erinnerung, ich habe im Akt gefunden gehabt, dass es einen Schriftverkehr gab, dass nämlich, nachdem der Gemeinderat diese Bürgschaft beschlossen hat, es Änderungswünsche seitens der Raika gegeben hat. Dann wurde hier herinnen argumentiert noch in den letzten Stunden, aber der Bürgschaftsvertrag ist ja so ausgefertigt worden wie im Gemeinderat beschlossen wurde und zu diesen Änderungen, die die Raika gefordert hat, ist es nie gekommen. Dieser Sideletter, wo vertragliche Veränderungen festgehalten werden hätten sollen, damit es nicht noch einmal in den Gemeinderat gehen muss, den würde es gar nicht geben usw. Ich habe mir jetzt noch während der Sitzung den Akt nochmals angeschaut und darf Ihnen auch zur Kenntnis bringen, dass es diesen Sideletter gibt. Hier ist er. Es ist eines ganz interessant. Die Bürgschaft für Vorwärts wurde in der Gemeinderatssitzung vom, GR Eichhübl, Sie haben das Protokoll, ...

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

26. 1. 1995.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

26. 1. 1995 beschlossen. Unterzeichnet wurde der Bürgschaftsvertrag dann, weil das ist ja ein bisschen später, am 16. März 1995. Das ist unterzeichnet, da kann niemand mehr sagen das ist ein Entwurf. So ein Bürgschaftsvertrag muss aber dem Land OÖ als Aufsichtsbehörde vorgelegt werden. Das ist auch passiert. Und daran sieht man schon, dass so ein Bürgschaftsvertrag nicht eine Kleinigkeit ist, weil eine Stadt darf sich selbst verwalten und nur bei besonders wesentlichen Dingen tritt die Aufsichtsbehörde in Kraft. Das war so eine Sache, die Bürgschaftsübernahme, die musste genehmigt werden vom Amt der OÖ Landesregierung. Mit Schreiben vom 29. März 1995 wird dieser Bürgschaftsvertrag, der im Anhang beiliegt, und der dieser Bürgschaftsvertrag ist der unterzeichnet worden ist von den handelnden Personen, nämlich vom damaligen Bürgermeister und Vizebürgermeister, die dafür zuständig sind, und auch genehmigt. Mit 29. März 1995.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Im Gemeinderat haben wir ihn unterzeichnet.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Am 31. März 1995, zwei Tage später, gibt es ein Schreiben von der Raiffeisenbank Region Sierning an den Magistrat der Stadt Steyr: „Sehr geehrte Damen und Herren! SK Vorwärts Steyr, Ihre Bürgschaft zu Kredit Nr. so und so. Sie haben mit Bürgschaftsvertrag vom 16. 3. 1995 die Bürgschaft gemäß § 1355 ABGB für den Kredit an den SK Vorwärts Steyr übernommen. Es besteht grundsätzliches Einverständnis darüber, dass dieses Schreiben einen integrierenden Bestandteil des oben genannten Bürgschaftsvertrages vom 16. 3. bildet, wonach abweichende Bestimmungen des ge-

nannten Bürgschaftsvertrages wie folgt getroffen werden.“ Das ist der Beweis dafür, dass Nebenabsprachen vorhanden waren über einen Gemeinderatsbeschluss der hier herinnen von den Mandatären, die damals da waren, beschlossen worden ist und im Nachhinein verändert worden ist. Das oberste Organ der Stadt Steyr ist ignoriert worden.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Was ist da geändert worden?

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Es sind einzelne Punkte aus dem Bürgschaftsvertrag verändert worden. Der Punkt 5) hat zu lauten, der Punkt 8) hat zu lauten, der Punkt 11) hat zu lauten.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, aber was ist geändert worden?

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ja, ich kommen schon dazu.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Ganz egal, jede Änderung bedarf der Zustimmung des Gemeinderates, Herr Bürgermeister.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Jede Änderung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich wollte ja nur wissen was geändert wurde.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Es wäre gut an der Zeit gewesen, Herr Bürgermeister, sich auch die Aktenlage

irgendwann einmal anzuschauen, als Finanzreferent.

Es sind einzelne Punkte abgeändert worden. Ich werde Ihnen dann auch noch sagen welche. Die Stadt hat sich auch bereit erklärt, diese Abänderungen zu akzeptieren. Das ist auch passiert. Die Änderungen die sich ergeben haben z. B. sind Folgende. Unter anderem nehmen wir den Punkt 8) heraus. Da steht z. B. im ursprünglichen Vertrag – seitens des Bürgen besteht kein Einwand, dass der Kreditgeber dem Kreditnehmer einen weiteren Kredit oder ein weiteres Darlehen einräumt, für welches andere Sicherheiten, z. B. persönliche Haftungen, von Vorstandsmitgliedern angeboten werden. Dann ist er allerdings mit diesem Sideletter etwas umgeändert worden indem man hineingeschrieben hat, dass der Kreditgeber berechtigt ist dem Kreditnehmer weitere Kredite oder Darlehen bis zur Höhe von 3 Millionen Schilling einzuräumen. Plötzlich hat man das mit einer Summe versehen. Man hat auch andere Punkte geändert. Nämlich z. B. den Punkt Nr. 11) – und das ist schon ein Unterschied, auch wenn ich keine Juristin bin, denke ich mir ist das ein Unterschied, ob steht im Ursprungsvertrag - einvernehmlich wird festgehalten, dass, sollte der Kreditnehmer in Zahlungsverzug gelangen, zunächst eine Befriedigung der aushaftenden Forderungen aus dem mit Pfandvertrag vom 14. 2. 1995, zwischen Kreditnehmer und Kreditgeber zitierten Forderungen, die dem Kreditnehmer gegen Rudolf Rappl, aufgrund der Vereinbarung über sämtliche Werberechte im Bereich des gesamten Stadions zu erfolgen hat. Da war die Rede von Zahlungsverzug. Jetzt ist auf einmal die Rede davon - einvernehmlich wird festgehalten, dass, sollte der Kreditgeber den Kredit kündigen oder fällig stellen. Das ist schon ein großer Unterschied ob man im Zahlungsverzug ist oder ob der Kreditgeber den Kredit kündigt oder

fällig stellt. Das sind alles Punkte die abgeändert worden sind, 2 Tage nachdem die Aufsichtsbehörde den ursprünglichen Bürgerschaftsvertrag genehmigt hat. Da gibt es natürlich keinen zeitlich kausalen Zusammenhang werden Sie jetzt sagen, das ist reiner Zufall, reine Lüge. Sie können es hier nachlesen. D. h., alles in allem, wenn man das Ganze durchgeht und das zieht sich durch und das ist das was wir gesagt haben, wo das Vertrauen erschüttert ist. Man kann nicht darauf bauen, dass Verträge, die beschlossen worden sind, oder Gemeinderatsbeschlüsse, die es gibt, eingehalten werden. Man kann nicht davon ausgehen, dass man die gesamte Wahrheit erfährt. Nur ein Beispiel. Am Montag noch, erst durch unsere Rückfragen, hat man zugegeben, dass es mit den 600.000 Euro nicht getan ist, sondern die 600.000 Euro ohne Grunderwerbssteuer sind und natürlich noch die Grunderwerbssteuer dazu kommt. D. h., immer nur durch nachhaken usw. kommt man dazu, dass dann etwas noch zugegeben wird. Wir wissen auch heute gar nicht das Ausmaß. Eines kann ich Ihnen nur sagen. Es gibt für mich, abseits jetzt dieser Diskussion 600.000 ja oder nein, einen ganz wesentlichen Punkt warum hier und heute diese 600.000 gar nicht beschlossen werden können. Da gibt es auch wieder von den Beamten eine Stellungnahme dazu. Da steht nämlich, dass aus Sicht der Stadt eine Zahlung, aus welchem Titel auch immer, mit großer Wahrscheinlichkeit nicht vor einer Entscheidung der Aufsichtsbehörde möglich sein wird. Dazu muss man wissen, dass die ÖVP eine Aufsichtsbeschwerde eingebracht hat. Diese Aufsichtsbeschwerde, das funktioniert so, man bringt beim Land OÖ eine Aufsichtsbeschwerde ein, dann fordert einem das Land OÖ auf eine Stellungnahme abzugeben, das hat der Herr Bürgermeister gemacht, und dann entscheidet das Land. Meines Wissens

hat das Land noch nicht entschieden. Im Akt befindet sich zumindest keine Entscheidung des Landes OÖ, nachdem der Bürgermeister erst mit 14. Jänner, glaube ich, diese Aufsichtsbeschwerde beantwortet hat. Hier steht aber ganz klar und deutlich – nicht vor einer Entscheidung der Aufsichtsbehörde. Und zwar deshalb, weil die Aufsichtsbehörde abzuklären hat, aus welchem Titel tatsächlich die 600.000 zu zahlen sind. Ob aufgrund von Baurechtsgeschichten, ob aufgrund von Bürgerschaften, wie auch immer. Dann gibt es noch einen zweiten Punkt warum ich den Gemeinderat warnen würde das hier zu beschließen. Nämlich deshalb, weil es gibt auch Rückforderungsansprüche in der Höhe von 151.044 mit Stand 14. 11. 2007. Da steht: Wenn jetzt die Stadt von dieser Rückforderung absieht, und das würde glaube ich passieren über diesen Dringlichkeitsantrag, dann wäre ein Problem, dass dies einen eigenen Beschluss voraussetzen würde, seitens der Stadt. Den haben wir aber auch nicht gefällt. Also, alles in allem ist das Ganze mehr als schädigend für den Steuerzahler, wenn Sie hier und heute das beschließen würden. Nicht nur schädigend für den Steuerzahler, sondern auch schädigend für SK Vorwärts.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Wer hat denn den neuen Bürgerschaftsvertrag unterschrieben?

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Er ist abgeändert worden.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Du hast aber gesagt, da ist ein Bürgerschaftsvertrag unterschrieben. Wer hat den abgeänderten Bürgerschaftsvertrag unterschrieben?

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Es gibt keinen abgeänderten Bürgerschaftsvertrag.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Es gibt dann weiter ein Schreiben der Stadt, wo sie sich einverstanden erklärt haben.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Ja, genau.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das ist der Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Nächster ist zum 2. Mal der GR Eichhübl am Wort. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, Herr Dr. Grininger, Sie haben sich vorhin überrascht gezeigt, dass diese Gemeinderatssitzung Verhörcharakter angenommen hat. So sinngemäß haben Sie sich ausgedrückt. Man darf sich aber nicht wundern, wenn Sie, Herr Dr. Grininger, am Montag den Mandataren die Unwahrheit gesagt haben. Sie haben am Montag auf eindringliche Nachfrage von mehreren Mandataren, und auch von mir, ich habe Sie wortwörtlich gefragt, ob es vonseiten der Raika ein Angebot gibt, im Zusammenhang der Umwidmung der Staffelmayrgründe, von der Haftung herauszukommen. Da haben Sie gesagt, solange ich die Verhandlungen geführt habe „nein“. Das haben Sie dort gesagt. Da gibt es im Gegenzug dazu aber ein Schreiben, das Sie unterzeichnet haben, vom 21. Jänner

2004, das geht an die Magistratsdirektion, z. H. Herrn Dr. Kurt Schmidl, wo drinnen steht: „Sehr geehrter Herr Dr. Schmidl, in obiger Angelegenheit beziehen wir uns auf die gemeinsame Besprechung vom 15. 12. 2003 in unserem Haus und übersenden Ihnen beiliegenden Vereinbarungsentwurf der die Bürgerschaftsverbindlichkeit aus der Causa SK Vorwärts Steyr regelt. Siehe dazu insbesondere die Punkte 3) und 7). Wir ersuchen um Prüfung dieses Vorschlages und gegebenenfalls um Rücksprache. Gehen aber davon aus, dass einem Abschluss dieser Vereinbarung keine wesentlichen Hindernisse entgegen stehen.“ Ich sage es nochmals, von Ihnen unterzeichnet und von einer weiteren Mitarbeiterin, einer Dame. Jetzt sage ich Ihnen, falls Sie sich daran nicht erinnern können, den Punkt 7) dieser Vereinbarung. Da steht drinnen, unter Punkt 7): Für den Fall, dass bis spätestens 31. 3. 2005 die Grundstücke, die werden da näher bezeichnet, laut beiliegendem Plan in Bauland umgewidmet werden und die OÖ Bauland AG die zuletzt angeführten Grundstücke lasten- und bedienungsfrei käuflich erworben hat, gilt die von der Stadtgemeinde, aufgrund des Bürgerschaftsvertrages vom 16. 3. 1995 gegenüber der Raiffeisenbank Region Sierning, übernommene Bürgerschaft gemäß § 1355 ABGB endgültig und ein für alle Mal als erfüllt. In diesem Fall entfällt auch die Zahlungspflicht der Stadtgemeinde Steyr aufgrund ihres Anerkenntnisses gemäß Punkt 3) dieser Vereinbarung. Das einmal dazu. Was mich natürlich besonders berührt hat, und das habe ich schon in meiner ersten Wortmeldung gesagt, Herr Bürgermeister, auch du warst anwesend, der Herr Magistratsdirektor war anwesend, und du hast es nicht der Mühe Wert gefunden das richtig zu stellen. Das richtig zu stellen was die Zusammenhänge betrifft mit Vorwärtshaftung und Umwidmung der Staffelmayrgründe. Herr

Bürgermeister, ich glaube das wäre die Aufgabe gewesen, von dir als Bürgermeister, dass die Gemeinderäte in einer Sitzung richtig informiert werden und nicht belogen werden. Das wäre deine Aufgabe gewesen. Herr Bürgermeister, auch du hast in aller Öffentlichkeit immer wieder erklärt, im Gegensatz dazu was vorhin der Herr Dr. Grininger gesagt hat, dass die Raika nie im Besitz des Baurechts war. Das hast du in der Öffentlichkeit immer wieder betont, dass sehr wohl die Raika im Besitz des Baurechts ist und wir dieses Baurecht zuerst um 800.000 und dann um 600.000 zurückkaufen. Das auch zur Klarstellung.

Aber ich möchte jetzt auf die Wortmeldung vom Kollegen Klausberger zurück kommen. Herr Kollege Klausberger, das war sicherlich ein sehr gut gemeinter und auch vernünftiger Vorschlag von dir, dass wir, wie du sinngemäß gesagt hast, über alle Parteigrenzen hinweg im Interesse des Sports zusammen arbeiten sollen. Da gebe ich dir vollkommen Recht. Ich unterstütze das auch. Aber ich muss im Gegensatz dazu sagen, dass leider dein Vorschlag sieben Jahre zu spät gekommen ist. Denn seit 2000 ist ja einiges passiert. Ich sage es noch einmal. Es wurden Vereinbarungen gebrochen, es wurden GR-Beschlüsse nicht umgesetzt, es wurde den Oppositionsparteien verweigert Akteneinsicht zu nehmen und so weiter und so fort. Obwohl, und da beziehe ich mich auch wieder auf ein Schreiben das ich auch in meiner ersten Wortmeldung bereits angekündigt habe. Und zwar gibt es da ein Schreiben von der FA für Privatrechtsangelegenheiten die richtigerweise auf die Problematik hinweisen. Richtigerweise hat der Herr Dr. Schmoll dem Herrn Magistratsdirektor Kurt Schmidl Folgendes mitgeteilt, am 14. 11. 2007. Für die GR-Sitzung am 15. 11., das war diese Sitzung wo erstmals 800.000 Euro im Nachtrags-

voranschlag aufgeschienen sind, für dieses Sitzung ist eine Diskussion zu erwarten über die Zahlung eines Betrages von 800.000 Euro aus dem Bürgschaftsvertrag vom 16. 3. 1995. Da wird darauf hingewiesen, dass mit dem Bürgschaftsvertrag noch andere Vereinbarungen eingegangen sind. Dann schreibt man weiter: Wesentlich bedeutsamer für die derzeit durchgeführte Diskussion ist jedoch, dass neben dem Darlehen von ATS 9 Millionen, für welches die Stadt die Bürgschaft übernommen hat, dem Verein gestattet wurde, ein weiteres Darlehen in Höhe von ATS 3 Millionen aufzunehmen, für das die Vorstandsmitglieder die Bürgschaft eingehen sollten. Dann wird auch darauf hingewiesen, dass der Stadt nicht bekannt ist, bis zum heutigen Tage, wer denn tatsächlich vonseiten des Vorstandes diese Haftung unterschrieben bzw. übernommen hat. Aber, und das sagt nicht die Opposition um jetzt dem Verein Vorwärts zu schaden. Das steht auch in diesem Schreiben drinnen, dass im Punkt 9) der Vereinbarung zusätzlich festgehalten ist, dass die persönlich haftenden Vorstandsmitglieder des Vereines der Stadt bei einer Verletzung dieses Vertrages für den daraus der Stadt erwachsenden Vermögensnachteil auch über den Betrag der von ihnen übernommenen Haftung von 3 Millionen Schilling hinaus haften. Und sollte, das ist auch sehr interessant, ein Gemeinderat der Oppositionsparteien, der bei der Sitzung im Jänner 1995 bereits Mitglied des Gemeinderates war, noch die damaligen Unterlagen die zum Beschluss führten in Händen haben, wäre eine Anfrage in dieser Richtung durchaus denkbar, so dass auch dieses Problem vor der GR-Sitzung andiskutiert werden sollte. Hingewiesen wird besonders darauf, dass, sollte die Stadt von der Einbringlichmachung dieser Rückforderungsansprüche absehen, dies eigentlich einem Beschluss gemäß § 46, Abs. 1,

Ziffer 16 des Statutes für die Stadt Steyr voraussetzen würde. D. h., dass ein neuerlicher GR-Beschluss notwendig wäre. Also auch von der Beamtenschaft ist immer wieder auf diese Problematik hingewiesen worden, die aber offensichtlich kein offenes Ohr bei den Entscheidungsträgern der Stadt gefunden haben.

Kollege Hauser, ich muss schon auch zu deiner Wortmeldung etwas sagen. Das ist glaube ich gar nicht zum Lachen und zwar deswegen nicht zum Lachen, weil ich mich in meiner ersten Wortmeldung darauf bezogen habe was denn eigentlich seit 2000 passiert ist. Ich bekenne mich dazu, dass wir, vonseiten der Freiheitlichen, auch mit dabei waren und den Verein Vorwärts insofern auch unterstützt haben, dass wir mitgestimmt haben bei einem Beschluss über eine Ausfallhaftung von 9 Millionen Schilling und dass wir auch der Meinung waren, dass man eine Garantieerklärung abgeben sollte, um eben die Möglichkeit zu schaffen den Spielverlauf für 1998 und 1999 zu gewährleisten. Das ist keine Frage, das haben wir nie bestritten. Aber zum Unterschied von dir, Kollege Hauser, sind wir im Jahr 2000 draufgekommen, dass das nicht funktionieren wird, mit der neuerlichen 6-Millionen-Schilling-Sache, die also dem Verein Vorwärts zugute gekommen ist um einen Zwangsausgleich zu erwirken. Wir haben damals erkannt, dass alle Vereinbarungen aus 1995 und weiterreichende Vereinbarungen niemals eingehalten worden sind und dass wir daher auch die Meinung vertreten haben, zum Nachteil der Stadt, das nicht mehr zu machen, obwohl wir auch andere Vorschläge gemacht haben um den Verein Vorwärts zu helfen und einen Weiterbestand zu ermöglichen. Nachdem du auch aus dem Protokoll von der GR-Sitzung, Donnerstag, 13. April 2000, zitiert hast, darf ich auch deine Wortmeldung hier bekannt geben. Du

hast Folgendes gesagt: Ich denke mir, auch früher hat es immer wieder solche Rufe in der Wüste gegeben, sage ich jetzt einmal so polemisch dahin, wer aller der Retter der Vorwärts gewesen wäre. Jetzt ist angesagt, diesen Vorwärtsverein weiter bestehen zu lassen und ich ersuche Sie wirklich alle, wenn wir heute hier hören, dass mit diesen 6 Millionen Schilling in diesem Amtsbericht auch Verbindlichkeiten angebracht sind, dass mit diesen 6 Millionen Schilling die Causa aus der Welt geschafft ist. Dass es nachher nämlich nichts mehr gibt, dass wir nicht anfangen müssen irgendwelche Leichen zu suchen, sondern dass endgültig ein roter, schwarzer, blauer, grüner oder gelber Strich darunter gemacht ist und diese Causa erledigt ist. Dann ersuche ich ganz einfach im Sinne der Vorwärts, der immerhin ein 80-jähriger Traditionsverein in Steyr ist, dafür zu stimmen, dass dieser Zwangsausgleich finanziert wird, dass wir dazu unseren Obolus leisten, noch dazu in dem Hinblick, dass es uns sonst vielleicht teurer kommt. Heute hast du erklärt, dass eigentlich der Dümmsste in zwischen erkennen hätte müssen, dass es dem Verein Vorwärts nicht möglich gewesen wäre Platzmiete zu bezahlen. Und genau mit diesem Beschluss hast du deine Zustimmung gegeben einen Bestandsvertrag zu machen mit Vorwärts vonseiten der Raika durch die Übertragung des Baurechts und dass sehr wohl dann Miete zu bezahlen ist. Vor dem haben wir damals gewarnt. Du verdrehst hier völlig die Tatsachen. Es ist schon interessant, wenn du sagst, dass der Dümmsste das erkennen hätte müssen. Ich meine, ich habe ja nichts dagegen wenn du dich selbst zu den Dümmssten zählst. Ich kann dir aber noch etwas vorlesen, Kollege Hauser. Ich sage dann, wer das gesagt hat: Daher ist das so klar, dass dieses Baurecht in unseren Händen, wenn wir es hätten, nur dann was Wert wäre, wenn wir dort

eine andere Spielstättenverwertung vor hätten. Nachdem wir das nicht haben, tangiert mich das nicht so sehr wenn das die Raika hat und das dann der Vorwärts neu vermietet. Das hat der damalige Bürgermeister Leithenmayr gesagt. Ich bin eigentlich überrascht und verwundert, dass du auch den zu den dümmsten Personen zählst.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich würde den Herrn Magistratsdirektor um Aufklärung ersuchen, zu dem was die Frau Mag. Frech gesagt hat.

MAGISTRATSDIREKTOR

OSR DR. KURT SCHMIDL:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Es ist schon verwunderlich. Jeder der da heraus tritt sagt, ich sage die Wahrheit, ich sage die volle Wahrheit. Wenn der Herr StR Mayrhofer da steht und sagt, er sagt die Wahrheit, dann will ich das gar nicht bestreiten, aber es ist nicht immer die ganze Wahrheit die er sagt. Wenn es um Rückstände geht die der SK Vorwärts Steyr bei der Stadt gehabt hat, dann mag das schon bestanden haben. Aber in der Vereinbarung mit der SK Vorwärts steht auch drinnen, dass, wenn die Raten dann bezahlt werden, dann diese Lustbarkeitsabgabe und die Kommunalsteuer erlassen wird. Wie man ja auch aus der Aktenlage erlesen kann sind an die 5 bis 7 Rückzahlungen an dieses Darlehen der Raiffeisenbank Region Siering erfolgt.

Und nun zu den Wahrheiten der Frau GR Frech. Also ich habe mir das jetzt genau angeschaut. Dieser zitierte Sideletter, der da heute schon zwei-, dreimal gekommen ist, der besteht natürlich und ist im Akt und ist auch unterschrieben, aber nur von den Vertretern der Raiffeisenbank Region Steyr

und nicht von Vertretern der Stadt Steyr. Dann gibt es natürlich ein Schreiben auch noch, das unterschrieben ist vom Bürgermeister der Stadt Steyr, das auch hier zitiert worden ist, wo meiner Ansicht nach wirklich lediglich eine Klarstellung und Interpretation dieses Bürgerschaftsvertrages beinhaltet ist. Denn niemand in dem Raum wird wohl abstreiten können, dass es bei diesem Bürgerschaftsvertrag und bei dem Darlehen um 9 plus 3 Millionen Schilling geht. Nichts anderes steht dann da herinnen, dass es um einen weiteren Kredit in der Höhe von 3 Millionen Schilling geht. Und niemand in dem Raum wird wohl abstreiten können, dass es eine Zession des Werbevertrages Rappl da auch gegeben hat oder der im Raum gestanden ist. Nichts anderes steht da herinnen, dass bei dem Zahlungsverzug zuerst auf diesen zitierten Werbevertrag rückgegriffen werden soll. Also, was ist da Besonderes an diesem Schreiben? Das möchte ich nur fragen.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich würde eine kurze Pause zum Durchlüften vorschlagen.

GR Ute Fanta verlässt um 19.34 Uhr die Sitzung.

PAUSE VON 19.34 UHR BIS 19.50 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

So, wir setzen die Sitzung wieder fort. Ich ersuche um Ruhe. Nächster zu Wort gemeldet ist GR Kupfer. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, geschätzte Gäste. Ich war 8 Jahre alt wie ich das erste Mal am Vorwärtsplatz war. Ich kann mich noch gut erinnern, da hat es noch die Holztribünen gegeben und ich habe den Verein in der Glanzzeit, in den 90-iger Jahren, als Besucher begleitet und bin nach wie vor treuer Stehplatzbesucher. Ich bin 1997 in den Gemeinderat gekommen und habe relativ hautnah damals mitbekommen wie der Verein die Probleme bekommen hat. Hautnah deswegen, weil ich damals, wie es so wirklich kritisch geworden ist, den Kollegen Apfelthaler als Fraktionsvorsitzender vertreten habe, der damals auf Urlaub war. Ich kann mich noch gut erinnern an diese Sitzungen, und einige Kolleginnen und Kollegen wahrscheinlich auch, wie Radspäck und Dittrich weinend vor uns gesessen sind und eine Show abgezogen haben. Wir haben in unserem Grünen-Büro Aktenordner von damals, sozusagen, und können auch gut belegen, wie professionell bzw. wie unprofessionell damals gearbeitet worden ist. Diese Geschichten mit den Schuhschachteln wo Honorare ausgezahlt worden sind ect., das stimmt alles, das ist alles belegbar. Dieser Verein hat auf einem Niveau gearbeitet, ich denke einmal, viele Vereine haben damals so gearbeitet. Und wer so die österreichische Fußballszene in den letzten Jahren betrachtet hat, weiß ja, dass ja nicht nur die Vorwärts finanzielle Probleme gehabt hat, sondern viele andere Vereine auch. Warum erzähle ich das? Ich glaube, dass es so wie mir vielen ehemaligen Mitglieder des Gemeinderates gegangen ist, aber auch Mitgliedern, die jetzt noch im Gemeinderat sind. Wir sind immer hinter der Vorwärts gestanden, wir sind immer hinter dem Verein gestanden und haben das Beste versucht diesen Verein zu unterstützen. Obwohl wir gewusst haben,

dass da viel nicht in Ordnung ist, haben wir bei den unterschiedlichsten Entscheidungen versucht den Verein zu unterstützen. Darum glaube ich auch nicht, dass es zulässig ist sozusagen die Debatte jetzt abzulenken in die Richtung, die Opposition, weil sie sich heute aufregt, ist gegen die Vorwärts oder ist gegen den Sport. Ich denke, das ist ein Ablenkungsmanöver und das sollte man nicht tun. Denn die Dinge die heute gefallen und angesprochen worden sind, die kann man durchaus ernsthaft betrachten, über die muss man diskutieren, weil sie, und dieses Wort ist heute schon gefallen, doch ein Sittenbild für das sind, wie Verträge abgeschlossen worden sind, wie Sportpolitik in dieser Stadt gemacht worden ist, wie auch mit den Mitgliedern des Gemeinderates umgegangen worden ist. Dass da vieles intransparent war, da können wir eine Vorlesung höchstwahrscheinlich machen und uns die Protokolle gemeinsam vorlesen, denn vieles was in den Protokollen steht und heute nachgelesen werden könnte zeigt, dass nicht immer hier die Wahrheit gesprochen worden ist. Ich möchte jetzt die Punkte über die Vertragsgestaltung nicht, über den Bürgerschaftsvertrag, Baurechtsvertrag ect., mehr wiederholen, da ist vieles gesagt worden. Aber ich denke, diese Causa Vorwärts hat heute mit dieser Sitzung noch eine neue Dimension bekommen die wir, meines Erachtens nach, noch gar nicht einschätzen können. Nämlich mit dem Thema Stafelmayr. Der Bürgermeister hat in seiner ersten Wortmeldung ja zugegeben, und mittlerweile ist es ja auch mit diesem Schriftverkehr belegt, dass es einen Zusammenhang bei den Verhandlungen und Gesprächen zwischen diesen beiden Themen, Umwidmung Stafelmayr und Vorwärts, geht. Wenn der Rechtsvertreter der Raiffeisenbank sich hier vorkommt wie bei einer Verhandlung, dann möchte ich schon sagen, er ist heute nicht angegriffen wor-

den und es hat auch keine investigativen Fragen an ihn geben, sondern es sind einfach die Rechtsgeschäfte betrachtet worden. Wenn gesagt wird hier werden nur Verträge eingehalten und es geht um Verträge die geschlossen worden sind, dann frage ich mich, warum wird über diese Verträge dann gedealt. Denn wenn man dann von 800.000, 900.000 Euro spricht und jetzt auf einmal nur mehr 600.000 Euro zur Diskussion sind, dann geht es nicht mehr um einen Vertrag, sondern da geht es um einen Deal. Da ist ja scheinbar irgendwo gedealt worden. Und gedealt wird in dieser Sache scheinbar schon seit vielen Jahren. Wir wissen viel nicht, es hat viele Gespräche auf unterschiedlichsten Ebenen gegeben. Die Sache mit Staffelmayr ist meines Erachtens eine ganz ernste Sache. Ich habe jetzt natürlich meine Unterlagen nicht mit wie oft wir über diese Sache hier im Gemeinderat diskutiert haben. Aber wer mich kennt und wer weiß wie mir Stadtplanungsfragen wichtig sind weiß, wie oft ich bei diesem Thema in diesem Saal darauf hingewiesen habe und auch gefragt habe, gibt es da einen Zusammenhang. Gibt es einen Zusammenhang zwischen Staffelmayr und Vorwärts? Das ist immer verneint worden. Ich möchte diese Sache noch ein bisschen genauer betrachten. Wir haben ein Stadtentwicklungskonzept gehabt, wir haben in diversen Ausschüssen immer wieder über dieses Thema gesprochen und ich weiß es auch ganz genau, Hermann Leithenmayr hat immer wieder gesagt, dieses Grundstück wird nicht umgewidmet, weil es vom Städtebau und von der Stadtentwicklung her nicht ideal ist. Es hat auch Breitling, also alle die sich mit Stadtplanung beschäftigen haben, haben immer gesagt, nein, das geht nicht. Und auch die Vertreter des Landes OÖ haben das lange gesagt. Aber dann ist es auf einmal ganz schnell gegangen. Ganz schnell ist es gegangen, ich weiß nicht mehr wann

das war, 2004, 2005, auf einmal ist die Umwidmung durchgegangen. Ich kann das jetzt nicht verifizieren wann das genau war und warum das damals so schnell gegangen ist, aber es hat Bröseln gegeben und das wissen wir. Es hat auch Interventionen auf den unterschiedlichsten Ebenen, sowohl auf Landesebene als auch auf Stadtebene, gegeben. Es ist ja scheinbar jetzt auch schriftlich belegt, dass es da einen Zusammenhang gibt. Da frage ich mich schon: "Wie wird in dieser Stadt Politik gemacht?" Da geht es meines Erachtens um Spekulation, da geht es um Bauspekulation. Da geht es um Wertsteigerungen, wo manche daran verdienen und manche daran nicht verdienen. Es hat ja auch ein Gerichtsverfahren in diesem Zusammenhang gegeben, wo auch einige kräftig mitkassiert haben. Das wissen wir jetzt von der einen Geschichte. Aber ist das wirklich Usus in dieser Stadt, dass so Stadtplanung gemacht wird, dass wir Grundstücke umwidmen in dieser Art und Weise? Ich bin sehr enttäuscht.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Bremm zum 2. Mal.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, wenn heute da über das Sittenbild gesprochen wird und so in den Raum gestellt wird, dann bin ich schon 100 %ig bei Ihnen, wenn wir über das Sittenbild im Profifußball reden. Es ist bedrückend und beschämend, wie in der Vergangenheit und heute über den Profifußball agiert wird. Wir befinden uns da als Stadt Steyr, oder als Betroffene, in bester Gesellschaft von vielen anderen Regionen. Ich denke nur an Innsbruck, an Salz-

burg, an GAK, Sturm Graz, an den LASK und ich glaube die Liste lässt sich noch fortsetzen. Das ist in Wirklichkeit das Beschämende für den Sport insgesamt. Genauso ist es in diesem Fall auch gewesen. Es wäre scheinheilig, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, heute zu sagen, wir haben das alles nicht gewusst. Wir haben nämlich alles gewusst. Wir haben gar keine Akteneinsicht gebraucht, wir haben alles gewusst. Weil Steyr ist so klein und wir haben genau gewusst wie das läuft, welche Machenschaften da sind. Es waren ein paar wenige Personen, und es wäre unfair und unrichtig wenn man sagt, das war die Vorwärts damals, die sich dort auch, ich möchte fast sagen eingeschlichen haben, eine Bühne für sich zu haben, so wie das bei vielen anderen Profivereinen der Fall ist, die sich eine Bühne gesucht haben und dort ihren Umtrieb gemacht haben. Dadurch ist es unfair, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sich da heute so herzustellen, wie das in der ganzen Debatte gewesen ist, die Jahre von 1992 bis 2000, wo dann der Konkurs über den Verein eröffnet worden ist. Alle haben das gewusst. Pappendeckel und Schuhschachteln, wie das Geld weggetragen wurde, das ist eh schon angeschnitten worden. Wir sind bei einer Reihe von Sitzungen, und das waren ja Turbulenzen, alle paar Tage hat es Sichtungen gegeben, und haben dort miterleben müssen, und es war frustrierend und es war katastrophal, was da abgezogen worden ist vor den Vertretern der Stadt und nicht vor den Vertretern der SP-Fraktion, sondern vor allen. Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, wir wissen noch sehr genau wie das alles abgelaufen ist, wie der Radlspäck dagesessen ist, wie sich Müller und Radlspäck befetzt haben, wo der Radlspäck geweint hat. Also, es sind hier Dinge gewesen und da hat es überhaupt kein Geheimnis gegeben. Wie die Kollegin Fanta da auch die Frage gestellt hat, ja hat man

nicht die wirtschaftliche Situation beleuchtet aus betriebswirtschaftlicher Sicht. Na selbstverständlich hat man das gewusst. Man hat alles gewusst. Es hat keine Geheimnis gegeben. Man hat gewusst, dass die in katastrophalen, finanziellen Nöten sind. Wie da in der damaligen Zeit von wenigen Personen mit dem Geld umgegangen wurde, dass es dann geheißen hat, wenn der Gerichtsvollzieher vom Kasahüttl die Eintrittsgelder abgeholt hätte, das Spiel war noch gar nicht aus, auf einmal waren die Einnahmen weg und kein Mensch hat gewusst, wo die Einnahmen hingekommen sind. Alles das haben wir gewusst. Es wäre wirklich komplett falsch heute zu sagen das haben wir nicht gewusst, wir haben da im guten Glauben gehandelt, wir haben geglaubt es ist eh alles in Ordnung. Es war nichts in Ordnung. Trotzdem haben wir uns aufgerafft. Nicht mit großer Begeisterung. Keine einzige Fraktion hat da mit Begeisterung diese Bürgschaft oder dann wie gegenüber der Bundesliga die Ausfallshaftung, wie wir das übernommen haben, es hat keine Begeisterung geherrscht bei den politisch Verantwortlichen. Wir haben uns, und ich habe das auch in der letzten GR-Sitzung gesagt, meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, den Druck der Öffentlichkeit untergeben. Wir haben gesagt, es ist unmöglich, wenn jetzt die Stadt sagt wir helfen der Vorwärts, jetzt nicht mit dem Bürgschaftsvertrag, dann springt die Vorwärts über die Klinge. Das hat kein Mensch gewollt. Natürlich, wie es halt in der Politik ist, spielt man halt auf dem Klavier auch, es ist eh angesprochen worden, wenn man irgendwem helfen will. Es waren auch politisch turbulente Zeiten in der Zeit, wenn wir uns erinnern. Da wird ja die heutige Sitzung sicherlich nicht so lange dauern, wie wir es in der damaligen Zeit erlebt haben, bis halb 4 Uhr früh. Auch da waren politische Turbulenzen. In Wirklichkeit hat halt jeder geschaut wie

er sich da durchschwindelt. Man wollte auch ein bisschen der Retter der Vorwärts sein.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Das war der Grund!

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ja eh, Michaela. Vielleicht warst du nie Fußballanhängerin, das mag schon sein, du warst auch nicht oben, du warst immer dagegen. Das halte ich dir ja zu Gute. Du warst eh nie dafür. Aber da hat es welche gegeben, die habe ich überhaupt noch nie am Fußballplatz gesehen, die waren sehr gute Dinge, die halt da in der Tierwelt tätig waren, da haben sie sich sehr gut ausgekannt, auch hervorragende Fachleute, und auf einmal hat man gesehen, die sind die Experten im Fußball gewesen und sind auch am Fußballplatz gewesen. Also, es wollte jeder aus dieser Situation, die sich damals ergeben hat, hat man auch versucht politisches Kapital zu schlagen. Es ist so gewesen. Da war ein Wetteifern zwischen einigen Personen wer wirklich dort der Retter ist und wer nicht der Retter war. Wir haben in Wirklichkeit alles gewusst. Darum ist es schon unfair, das verstehe ich, ich bin schon lange genug in der Politik und politisch tätig, über 30 Jahre, und ich weiß, dass das nicht immer alles so sanft herunter geht und nicht alles mit Glaacehandschuhen angegriffen wird, aber es ist unfair. Es ist unfair, heute die Zeit da von 1992/1993 bis 2000, wo wir dann den Konkurs gehabt haben, in dieser Form abzuhandeln und zu sagen, was da für eine Sauerei bestanden ist und dann befetzen wir uns gegenseitig und sagen, was nicht irgendwo in einem Zettel drinnen steht. Wir hätten die Zettel alle nicht gebraucht, weil wir eh gewusst haben was da ist. Ich glaube auch, dass wenige, und ich traue mir das auch zu sa-

gen, wirklich daran geglaubt haben, dass wir da nicht einmal zur Kassa gebeten werden. Das waren wenige. Aber es hat damals keine andere Möglichkeit gegeben. Tausende Leute, und das haben wir erst wieder in den letzten Jahren bei der Vorwärts erlebt, das ist halt ein Kultverein, wo tausende Zuschauer kommen und vor dem haben wir uns damals gebeugt und haben gesagt, okay, dann springen wir halt ein und helfen, weil man sich nicht traut. Weil wenn einer gesagt hätte, außer du, Michaela, ich helfe nicht, dann hätten die anderen drei Fraktionen gesagt, der war dagegen. Da hätte man sich gegenseitig an den Pranger gestellt. Das hat keiner getan. Das muss man doch da offen und ehrlich sagen. Kollege Apfelthaler, du warst einmal in Urlaub, dann ist eben der Kollege Kupfer in deiner Vertretung da gewesen und hat da auch einmal mitgestimmt. Es wäre ja falsch, und es ist wirklich schon gleich abgedreht, wenn man die Debatte so führt und sagt, ach, was da alles gewesen ist und wenn wir das alles gewusst hätten. Das ist ja leicht gesagt. Ich bin überzeugt, wenn wir heute in der Situation wären, dann würden wir uns genauso wieder schwer tun, weil eine Euphorie nicht von einem Tag auf den anderen aufgebaut wird, sondern über Jahre. Da waren ja die Erfolge da. Wenn man sich so erinnert, da hat ja wirklich das Fußballherz gelacht. Auch für die, die vom Fußball nichts verstanden haben. Die Stimmung alleine, wie der Blochin nach Steyr gekommen ist. Da haben sich natürlich viele gefragt, wie kann das bezahlt werden, in so einer kleinen Stadt, wie das bei uns ist. Da kommen Fußballer die Weltfußballer waren und spielen auf einmal da.

Zwischenruf: Baric!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Alles haben wir gewusst und auch die ganzen finanziellen Turbulenzen die damals stattgefunden haben.

Zur neueren Zeit, das kann man auch dazu sagen, wir haben es alle gewusst, dass das Thema Ausfallhaftung nicht erledigt ist. Ich habe es eh heute schon einmal zitiert und es ist von mehreren schon angesprochen worden, im November, am 9. November 2000, haben wir gewusst, dass das Thema nicht abgehakt ist und dass da eine offene Forderung da ist und dass die irgendwann schlagend wird. Ich glaube man hat sich nur bemüht für die Stadt da einen möglichst geringen Betrag, oder natürlich wäre es wünschenswert gewesen, für alle wäre es wünschenswert gewesen, wenn das erreicht worden wäre, dass wir da komplett herauskommen würden, ohne das irgendwas bezahlt werden muss. Es gibt keinen Einzigen, der sich da herinnen das nicht gewünscht hätte. Aber das ist halt so wie zu Weihnachten wo man sich was wünscht und alles Wünsche werden nicht erfüllt und können nicht in Erfüllung gehen. Ich glaube, dass wir als Stadt auch die Verantwortung und Verpflichtung haben zu Verträgen die wir halt gestellt und abgeschlossen haben, dass wir dann auch dazu stehen. Zu dem muss man nämlich auch stehen. Es ist auch nicht in Ordnung, wenn man dann so eine Kindesweglegung macht und weil wir es heute ja ein bisschen leichter haben, weil die SP 2003 eine Mehrheit im Gemeinderat erreicht hat, jetzt kann man das natürlich leicht machen. Das ist ein bisschen verständlich, aber das muss man auch in der Öffentlichkeit darstellen. Alle anderen Beschlüsse, die vor dieser Zeit 2003 gefallen sind, da hat die SP keine Mehrheit gehabt. Wir haben von 1991 bis 1997 17 Mandate gehabt von 36. Da waren wir bei Weitem nicht in der Lage einen Be-

schluss zu fassen. Ich komme eh noch dazu, dass es 1997 auch noch eine Wahl gegeben hat. Dann haben wir einen Gleichstand gehabt. Auch dort hat die SP nichts alleine beschließen können. Es hat da immer auch anderer Fraktionen bedurft, damit Beschlüsse auch eine Mehrheit bekommen haben. Und wenn man so tut mit der Akten-einsicht, also, das muss man schon auch ein bisschen ins richtige Lot stellen. Ich unterstelle nicht, ...

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:

Zur Berichtigung, Herr Bürgermeister. Sie haben gesagt, dass die SPÖ nicht die Mehrheit hatte im Gemeinderat. Das stimmt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Das ist ja keine Anfrage.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Die SPÖ hatte zwar nicht die Mehrheit im Gemeinderat, aber sehr wohl im Stadtsenat. Viele dieser Beschlüsse, betreffend Vorwärts, sind im Stadtsenat gefallen und per Dringlichkeit beschlossen worden und dann im Gemeinderat nur mehr der Form halber bestätigt worden.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Michaela, weil du dich so an das hältst. Im Statut steht, der Redner darf nicht unterbrochen werden.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Das ist alles dokumentiert. Alle Beschlüsse sind im Gemeinderat gefasst worden.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Garantieerklärung!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Es hat nur einen Dringlichkeitsbeschluss gegeben, das war da mit der Ausfallhaftung gegenüber der Bundesliga.

Diskussion verschiedener Mandatare
STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Herr Vizebürgermeister, auch der Nachtrag zum Baurecht ist ebenfalls nur im Stadtsenat beschlossen worden.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Einen einzigen Beschluss, der Haftungen, in welcher Form auch immer, gegenüber der Vorwärts, ist mit Dringlichkeit gemacht worden und dann auch nachträglich im Gemeinderat. Es hätte, liebe Kollegin Frech, da auch in der Zeit jederzeit die Möglichkeit gegeben, wenn man schon glaubt, dass man irgendwo nicht weiß was ist, man hätte auch zur damaligen Zeit einen Sondergemeinderat beantragen können.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Haben wir eh!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nein, das habt ihr nicht. Dieses Mal habt ihr...

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Doch, 2000.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nein, den haben wir sowieso gemacht, das habt nicht ihr beantragt. Den ha-

ben wir sowieso gemacht, weil es nämlich von der Zeit her notwendig gewesen ist. Aber es wäre wünschenswert, wenn es ein bisschen fairer herunter gehen würde. Weil gerade wenn wir drei reden, die Kollegin Mach, Sparring, so quasi wir, die Alten im Stadtsenat, waren da eh alle dabei. Roman Eichhübl, du warst bis 2003 im Stadtsenat und der Kollege Mayrhofer auch.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Da habe ich mir eh was mit gemacht.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Aber ich kann dir, zumindest im Namen meiner Fraktion, bescheinigen, dass du die Zeit von 1991 bis 2003, 12 Jahre, relativ gut überstanden hast im Stadtsenat. Es sind kaum Spuren hinterblieben. Du schaust heute noch genauso gut aus wie damals.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Ist eh gut, wir brauchen ihn ja noch.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Eh, aber er hat ja gesagt was er sich mit gemacht hat. Wenn sich andere was mit machen, dann schauen sie oft anders aus. Schau mich an, ich bin grau geworden und habe Haare verloren.

Also, es ist da schon sehr unfair, wie heute diskutiert wird. Das muss ich schon sagen. Es ist sehr unfair, uns so hinzustellen, die SP-Fraktion ist über alle drüber gefahren und hat nur getan, allein, was sie will und hat niemanden gefragt und niemanden hineinschauen lassen. Das ist äußerst unfair.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Aber belegbar.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Das ist überhaupt nicht belegbar.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Selbstverständlich belegbar.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich habe jetzt geredet bis zu dem Zeitpunkt wo der Zwangsausgleich war, da waren die Mehrheitsverhältnisse ganz anders. Ich unterstelle, und das wollte ich eigentlich sagen, euch nicht, ich unterstelle nicht der ÖVP, ich unterstelle nicht den Freiheitlichen, der GR Apfelthaler ist ja auch schon ein alter Hase da im Gemeinderat, alt in der Funktion, im Leben noch jung, du bist ja noch ein Jüngling, ich unterstelle keinen der anderen Fraktionen, dass sie bis 2000 „Waserln“ gewesen sind, dass ihr euch nichts zu sagen getraut hättet und dass ihr euch nicht getraut hättet, irgendwelche Anträge zu stellen. Das unterstelle ich nicht. Ich unterstelle euch auch nicht, dass ihr euch unter Vorspiegelung falscher Tatsachen hinter das Licht führen lassen habt, von uns als SP-Fraktion, ihr habt mitgestimmt, und in Wirklichkeit, hinten nach seid ihr draufgekommen, dass alles falsch war. Das unterstelle ich euch nicht, weil die Akten hat es nämlich zu der damaligen Zeit auch schon gegeben, von 1992, 1993 an. Akten haben immer eine Bedeutung gehabt, das wissen wir, und die habt ihr genau anschauen können. Kollege Apfelthaler, du bist der Vorsitzende des Kontrollausschusses, ich glaube das warst du vorher auch ...

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:

Das stimmt nicht, den Dr. Pfeil habt ihr gar nichts gezeigt, kein Blatt.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ihr habt ja alles gewusst. Und sich heute davon distanzieren, das ist das Unfaire, das muss ich ehrlich sagen.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Was ist mit Staffelmayr?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das hat auch jeder gewusst.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Die Staffelmayr-Geschichte hat in Wirklichkeit jeder gewusst.

Zwischenrufe: Nein!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
In Wirklichkeit, dass da irgendwelche Gespräche mit Staffelmayr ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Trotzdem hast du drei Mal gelogen?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
In Wirklichkeit hat es jeder ja irgendwo gewusst, aus welchen Quellen auch immer. Wenn ein paar Leute beisammen sitzen, dann bleibt ja nichts dicht, dann wird halt geredet. Außerdem sind ja die Anfragen von euch nicht zufällig gekommen. Hat das mit dem Staffelmayr was zu tun? Ich meine, das weiß man, dass es da gewisse Überlegungen gegeben hat, die an und für sich nur gedacht waren die Stadt schadlos zu halten.

Zu den Preisverhandlungen zwischen der Raika und zwischen Staffelmayr, also, das ist eine Angelegenheit der

Bank gewesen. Das kann man da wirklich nicht der Stadt unterstellen und in die Schuhe schieben, weil wir haben ja den Grund nicht verkauft. Auch die Umwidmung, Kollege Kupfer, ich gestehe dir zu, du bist da, wo Planungs- und Flächenwidmungen sind, sehr restriktiv aus deiner Sicht, aus deiner politischen Sicht. Da ist ja nichts einzuwenden. Aber auch die Umwidmung hat nicht die SP alleine beschlossen, sondern das ist auch mehrheitlich ...

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Aber scheinbar hat es einen politischen Hintergrund gegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

... mit der ÖVP beschlossen worden. Ich bin kein Mensch, der Unterstellungen macht und sagt, na vielleicht hat es da auch seitens der ÖVP Überlegungen gegeben, dass man der Umwidmung da zustimmt. Das unterstelle ich in keinsten Weise, sondern das war aus planerischer Sicht, aus der Stadtsicht, sicherlich gescheit und notwendig.

Zur Kollegin Frech. Also eines Michaela würde ich von dir schon erwarten. Gerade von dir würde ich es erwarten, weil du bist eh sonst immer so pingelig und empfindlich, wenn irgendeine Kleinigkeit ist, dann kommst du eh da heraus und beklagst dich und wehrst dich dagegen. Das ist legitim. Aber dann würde ich von dir schon erwarten, dass du nicht da herausgehst und dich herstellst, irgendetwas zitierst und einfach behauptest. Das ist nämlich nicht in Ordnung und das passt auch nicht zu dir. Das ist auch massiv zurückzuweisen. Sich herzustellen und sagen und mit ein paar Zetteln herumwackeln und der Bürgerschaftsvertrag ist abgeändert worden und unterschrieben worden und irgendeine Behauptung aufzustellen, dann ist das einfach massiv zu-

rückzuweisen. Das tut man nicht da heraußen.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Warum hat man mir dann den Originalakt weggenommen und verweigert eine Kopie zu machen?

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Wenn du das in Unwissenheit tust, dann ist das noch in Ordnung. Man kann sich einmal täuschen. Ich lasse das für jeden gelten und nehme das auch für mich in Anspruch, dass ich vielleicht einmal was sage wo ich mich getäuscht habe. Aber nicht, dass ich bewusst was behaupte wo ich genau weiß, weil ich den Zettel sehe und das gelesen haben, dass das nicht der Fall ist. Einen Vorschlag der Raika zur Abänderung des Bürgerschaftsvertrages da herzustellen und sagen, das ist abgeändert worden, dabei ist das nur ein Vorschlag der Raika gewesen und ist von der Stadt nicht unterschrieben worden, und so tun, da ist der Gemeinderat hinter das Licht geführt worden. Der Gemeinderat hat das nicht beschlossen. Das ist nicht in Ordnung, das muss ich dir ehrlich sagen.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Warum kriegen wir keine Kopie?

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Und dann noch mit dem anderen Zettel auch noch wackeln, was wir jetzt gesehen haben, es war nur eine Interpretation des Vertrages. Du bist ja eine gescheite Frau, du weißt es ja, und die Juristen die herinnen sitzen sowieso, weil zwei Juristen drei Meinungen ...

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Kriegen wir jetzt diesen Zettel in Kopie? Ja oder nein.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ein Vertrag ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Wir möchten dieses Schriftstück haben.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
... ist natürlich in verschiedenen Punkten und Passagen immer zu interpretieren, weil Verträge machen so im Wesentlichen, die feinen Ausformulierungen, die Juristen und, wie ich zuerst gesagt habe, da gibt es unterschiedliche Interpretationen. Das kennst du, Gunter Mayrhofer, als Wirtschaftskammerer, und du, Frau Kollegin Braunsberger, du weißt das auch, du bist ja da im Geschäft, weil wenn das immer so klar wäre, dann würden wir uns ja viel ersparen. Dann würden wir nur einen Rechtsanwalt brauchen, der schreibt dann unsere Verträge und die passen alle. Das ist ja nicht so. Überall kann man was anderes interpretieren. Darum ist es nicht anständig da einfach eine Behauptung aufzustellen und uns da irgendwo versuchen anzupatzen, was wir getan haben.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Wenn da nur ein paar Zettel sind, dann bekommen wir sie sicher in Kopie.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Eines auch noch, ich bin nicht der Verteidiger vom Dr. Grininger. Aber ich muss es dir ehrlich sagen, ein bisschen betroffen bin ich schon, wenn wir da einen Vertreter der Raika haben, und er ist ja nicht gerade der Portier, sondern er ist der Rechtsvertreter der Landesbank, einer der größten Banken OÖ, und dann stellst du dich so salopp her und sagst direkt er ist ein Lügner.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das habe ich nicht gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Doch, das hast du gesagt. Das wirst du im Protokoll nachlesen können.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Nein, das habe ich nicht gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Oh ja, weil sogar der Gunter Mayrhofer auf die Tischplatte geschaut hat wie du das gesagt hast. Ich habe das sehr gut beobachtet. Er hat angezogen von Lügner und das heißt direkt auch, dass der Dr. Grininger gemeint war.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das war nicht meine Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich möchte das nur erwähnt haben, weil das nicht in Ordnung ist. Ich glaube, dass man da schon, in diesem Kreise, mit Gästen anders umgehen sollte und wir das nicht notwendig haben, dass man da so untergriffig wird.

Zum Kollegen Kupfer, der das so hinstellt, das widerspiegelt die Sportpolitik in der Stadt. Also, in Wirklichkeit haben wir immer versucht eine anständige Sportpolitik zu machen. Wir haben immer versucht, egal welche Sportvereine, dass wir das gerecht machen, dass wir alle Vereine unterstützen. Dass natürlich ein Bundesligaverein, wie es da war, gerade im Fußball, der Massen anzieht, dass halt dort vielleicht andere Maßstäbe teilweise genommen werden, das glaube ich muss auch verständlich sein. Aber das sollte nicht die Sportpolitik der Stadt in Misskredit bringen. Wir können stolz sein auf un-

sere Vereine, wir haben ausgezeichnete Vereine. Wir haben da jetzt einmal in der Vergangenheit ein paar gehabt die mit dem nicht umgehen konnten. Ich glaube aber auch heute, dass sich die Vorwärts äußerst positiv entwickelt hat, dass insgesamt unsere Fußballvereine, aber alle anderen Sportvereine auch, mustergültig arbeiten und dass wir die als Stadt dementsprechend unterstützen.

Ein Rechtsgeschäft gedealt. Wenn man ein Rechtsgeschäft abschließt müssen wir das auch so behandeln. Es ist bei dem Rechtsgeschäft überhaupt nichts gedealt worden. Die Forderung der Raika, das wissen wir, beruhend auf dem 9 Millionen Kredit, 800.000 war die Forderung der Raika das zu bezahlen. Dann haben wir die Verhandlungen mit den Verantwortlichen der Raika geführt und haben hier so quasi einen Vergleich einmal zustande gebracht, dass die Raika auch, in Anbetracht der ganzen Situation, gesagt hat, wir wollen da auch dieses endlose Thema zu einem Abschluss bringen. Wir wollen das abschließen. Es ist für keinen der Beteiligten angenehm. Dadurch hat die Raika auch ein Zugeständnis gemacht und hat gesagt, okay, wir wollen auch unseren Beitrag leisten, wir wollen mit der Stadt nicht in einem jahrelangen Streit sein, wir wollen aber auch für den Sport in Steyr auch unseren Beitrag leisten und somit haben wir da einen Vergleich mit 600.000 Euro. Der ist auch wirtschaftlich dementsprechend nachvollziehbar. Das ist gar keine schwierige Rechnung, wenn man die anstellt. Also, das ist ganz klar, dass hier die Raika, was der Gunter Mayrhofer am 10. November in der Zeitung verlangt hat, dass die Raika da auch die Hose runterlassen muss und ihren Beitrag leisten muss. Ich glaube da kann man mit Fug und Recht behaupten, dass mit den 600.000 Euro die Raika auch ihren Beitrag dazu geleistet hat.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Altmann zum 2. Mal.

GEMEINDERAT
DI CHRISTIAN ALTMANN:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, ich war jetzt schon fast versucht dem Herrn Vizebürgermeister ein bisschen zu applaudieren, weil da hat nämlich seine Erfahrung, 30 Jahre Politikerfahrung, hat er ja selbst erwähnt, ein bisschen mitgeschwungen jetzt. Das war ein Schaustück sozusagen, wie man doch einen sehr ernsten Sachverhalt verniedlichen und verharmlosen kann. Da sind ein paar Punkte drinnen über die ich jetzt nicht so lapidar einfach darüber gehen möchte. Einer dieser Punkte ist jetzt da so abgetan worden wie, ja so mit Schriftstücke, Akteneinsicht usw. und wir haben ja eigentlich Falschaussagen hier getroffen. Lieber Herr Kollege Bremm, wir haben vor der Gemeinderatssitzung heute den Magistratsdirektor aufgefordert, dass wir den kompletten Vorwärtsakt in Kopie ausgehändigt bekommen. Der Magistratsdirektor hat gesagt, nein, das bekommen wir nicht, weil wir hätten zwei Tage vor der Sitzung einen schriftlichen Antrag stellen müssen.

MAGISTRATSDIREKTOR
OSR DR. KURT SCHMIDL:

Schriftlichen Antrag habe ich nicht gesagt.

GEMEINDERAT
DI CHRISTIAN ALTMANN:

Da frage ich mich schon, welche Möglichkeiten haben wir jetzt, ihre Aussage, dass wir quasi sozusagen Falschaussagen treffen, das zu entkräften. D. h., wir fordern nach wie vor, dass wir den kompletten Vorwärtsakt in Kopie ausgehändigt bekommen.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Darf ich einen Zwischenruf machen?

GEMEINDERAT
DI CHRISTIAN ALTMANN:
Selbstverständlich.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Seit vergangener Woche, am Montag ist Akteneinsicht. Also über eine Woche ist Akteneinsicht und da wäre die Gelegenheit jederzeit gewesen, den ganzen Akt zu kopieren. Es gibt ein Statut in der Stadt, da ist es genau geregelt mit der Akteneinsicht und wie die Zeitfristen sind.

GEMEINDERAT
DI CHRISTIAN ALTMANN:
Danke. Darf ich auf das eingehen? Und zwar ist es so, dass wir durchaus der Stadt, unter Anführungszeichen, ein bisschen sparen helfen wollten und haben uns den Akt auszugsweise kopiert. Nachdem da jetzt heute bei der Besprechung ein Sideletter aufgetaucht ist, der natürlich auch eine gewisse Vergangenheit sicherlich hat die wir jetzt in der Kürze nicht eruieren konnten, fordern wir nach wie vor, dass wir den kompletten Vorwärtsakt in Kopie vonseiten des Magistrates bekommen.

Aber das ist eigentlich nicht das, was ich da sagen wollte, sondern eingehen wollte sozusagen ein bisschen auf die Punkte die mir wichtig sind bei dieser ganzen Causa und wo ich nicht glaube, dass diese Verniedlichungstaktik sozusagen, diese Verharmlosung angebracht ist. Da gibt es für mich zwei wesentliche Themen. Das eine ist ein rechtliches Thema und das andere ist für mich eine Mischung zwischen rechtlichem und auch moralischen Thema. Das rechtliche Thema ist vom Kollegen Mayrhofer gekommen, wo er angeführt hat, und auch nachweislich bewiesen hat mit seinen Akten, dass

es bei uns Beschlüsse gegeben hat die einfach nicht umgesetzt worden sind, dass es Beschlüsse gegeben hat die getroffen worden sind, obwohl sie in einem Gremium hätten besprochen werden müssen, dass Beschlüsse von Personengruppen gefasst worden sind, die einfach dafür nicht zuständig sind und zumindest vom Wert her einfach in einen Gemeinderat oder Stadtsenat gehen hätten müssen. Trotzdem, und das ist für mich eigentlich noch das Heftigere daran, wurden Beschlüsse gefasst, obwohl die Beamtschaft massiv darauf hingewiesen hat, auch Aktenvermerke, dass man in anderer Weise zu entscheiden hat. Da frage ich mich schon, wer dafür jetzt die Verantwortung übernimmt, weil da ist für mich schon die Frage, ob da nicht einfach auch eine gewisse Form des Amtsmissbrauches vorliegt, wenn es Beschlüsse gibt die von Personen umgesetzt werden die dafür nicht zuständig sind bzw. wenn Gremien, die eigentlich zu befragen wären, nicht befragt werden. Da bitte ich wirklich nachhaltig um Aufklärung. Der zweite Punkt und das ist für mich so dieses Thema rechtlich und moralisch. Da bin ich dem Andy Kupfer recht dankbar, dass er das Thema Staffelmayrgründe noch einmal erwähnt hat. Was heute nämlich auch noch nicht gesagt worden ist, dass der Bauer dreimal versucht hat diesen Grund umzuwidmen und genau der Bürgermeister Hermann Leithenmayr ihm das abgelehnt hat, genau aus den Gründen, weil es städtebaulich und planerisch usw. nicht funktioniert und auf einmal ist es dann doch gegangen.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Nicht der Bürgermeister.

GEMEINDERAT
DI CHRISTIAN ALTMANN:
Herr Hackl, Sie haben heute noch überhaupt nichts gesagt. Sie haben eh

jederzeit die Möglichkeit sich zu Wort zu melden. Schreien Sie nicht hinein.

GEMEINDERAT

GERALD HACKL:

Der Bürgermeister kann gar nichts ablehnen, nur der Gemeinderat.

GEMEINDERAT

DI CHRISTIAN ALTMANN:

Schreien Sie nicht hinein. Kommen Sie heraus, melden Sie sich zu Wort.

Fakt ist, und das ist für mich moralisch schon bedenklich, wenn es einen Bürger gibt dem die Schulden bis zum Hals stehen, der sozusagen einen Grund hat den man ihm zu einen bestimmten Preis ablöst, wenn es da scheinbar so einen Deal gegeben hat, und dann sozusagen mit dem Gewinn, der sich aus der Umwidmung ergibt, dann letztendlich Schulden zurückgezahlt werden, dann ist das das was der Andy gesagt hat, dann ist das ein Deal aber sicherlich kein Vertrag mehr. Dann ist damit gedealt worden. Da komme ich jetzt auf Sie zurück, Herr Vizebürgermeister. Sie haben gesagt, wir haben das alles gewusst. Da muss ich schon sagen, das kann es ja nicht sein. Glauben Sie wir sind lustig und stellen dreimal da herinnen die Anfrage an Sie, ob das was miteinander zu tun hat, Vorwärts und Staffelmayrgründe, und dreimal bekommen wir, oder ich weiß nicht wie oft, die Aussage, nein, das hat nichts miteinander zu tun. Das kann nicht funktionieren. Da bin ich schon dabei, dass wir an unserer Forderung festhalten, dass wir sagen, wir wollen diese ganze Causa von unabhängiger Seite durchleuchtet haben, weil da gibt es so viele Punkte drinnen. Ich glaube, wenn jeder da von Ihnen heute sein Gewissen überprüft, auch von den SPÖ-Kollegen, kann er wirklich mit ganz reifem Gewissen sagen, mit freiem Gewissen, dass wir jetzt die 600.000 Euro zu zahlen haben und dass wir damit sozusagen nicht das

auf den Rücken der Bürger austragen. Ich kann das nicht, ich würde dem Antrag nicht zustimmen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist zum zweiten Mal der Kollege Klausberger.

GEMEINDERAT

MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Das hat sich erübrigt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Gut, der Kollege Klausberger hat seine Wortmeldung zurückgezogen. Dann ist als Nächste die Frau Braunsberger dran.

GEMEINDERÄTIN

DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Ich warte noch.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist dann der Kollege Hauser.

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Also ich melde mich noch einmal zu Wort, weil ein paar Sachen gefallen sind die ich angeblich gesagt hätte und nicht stimmen. Da möchte ich gleich einmal zum Kollegen Mayrhofer sagen, das was ich gesagt habe, bezüglich dieses Kreditvertrages, ist belegt und stimmt. Der Herr Raynoschek, der unter uns sitzt, hat einen Kreditvertrag bei der Sparkasse Linz unterschrieben und gebürgt und keinen bei der Raiffeisenkassa.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Genau das habe ich gesagt.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Nein, Sie haben vorgelesen, dass das diejenigen sind die gehaftet haben, die jetzt an die Stadt zahlen. Die, die Sie vorgelesen haben, ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Zur Berichtigung. Herr Hauser, ich habe gesagt, eine dieser Personen, nach meinem Wissensstand ist das der Herr Raynoschek, hat nicht unterschrieben.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Ich sage Ihnen, dass viele auf dieser Liste nicht unterschrieben haben. Und was sagen Sie jetzt? Das stimmt nicht, weil dann sind Sie hellseherisch wenn Sie das behaupten. Das stimmt einfach nicht. Daher habe ich gesagt, dass es unrichtig ist, diese Namen da zu präsentieren und zu sagen die würden haften, weil das haben Sie damit ausgedrückt.
Das 2., was ich dazu sagen möchte ist, dass der liebe Kollege Roman Eichhübl, den ich ja wirklich sehr schätze, behauptet, dass ich sozusagen hier mich selbst als dumm bezeichnen kann, weil ich da ...

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Nein, das habe ich nicht gesagt.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Doch, weil dann gehöre ich auch dazu und der Kollege Leithenmayr gehört auch dazu, weil wir da am 13. April 2000 für diesen Zwangsausgleich gestimmt haben. Um das ist es nämlich gegangen.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Um 6 Millionen Schilling ist es gegangen.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Ja, um die 6 Millionen. Lieber Kollege Eichhübl, du hast mich da sogar zitiert und das wörtlich vorgelesen – und ich habe dort einem Abstattungsvertrag zugestimmt – hast du gesagt, unter anderem natürlich auch der Kollege Leithenmayr und alle die da zugestimmt haben, dass die Vorwärts da Miete zahlen muss. Die Voraussetzung dafür, und das habe ich auch versucht zu erklären, war damals, dass der SK Vorwärts Steyr in die Regionalliga kommt, dort einen Sponsor hat der Profifußballbetrieb macht und dann wäre das nämlich gewesen. Das war abgesprochen, lieber Kollege Eichhübl. Daher muss man auch alles lesen und alles wissen bei diesen Geschichten und nicht nachher sagen, dass das eigentlich nicht so stimmt wie man es zitiert hat. Das 2. was ich noch dazu sagen möchte ist, dass ich auch sozusagen ja gesagt habe, es geht unter anderem auch darum, ob wir uns das Station erhalten bzw. ob es den SK Vorwärts in der Zukunft noch gibt und das muss man schon ganz klar sagen und das muss doch jedem auch klar sein, wenn ich heute her gehe und sozusagen diese 600.000 Euro, die hier vorkommen, also jetzt als Abschlagszahlung hier gemacht werden müssen, um sozusagen das Baurecht zurück zu bekommen bzw. dieser Bürgschaftsvertrag obsolete wird, dann heißt das ganz klar, wenn ich das der Vorwärts verrechne, dass die Vorwärts nicht mehr weiter lebt. Das ist eine Feststellung die ich gemacht habe und da habe ich überhaupt niemanden dämonisiert oder sonst etwas, sondern das ist eine klare Geschichte, das ist ein klares Faktum und da brauche ich nicht drum herum reden und drum herum

deuteln. Ein Beweis unter anderem für diese Geschichte, dass man nicht alles einfach so hinnimmt wie es also dann manchmal leider Gottes auch passiert, weil es nicht so kommt wie man es geplant hat, war ja ganz klar am 17. 9. 2000 in der Stadtsenatssitzung, wo sozusagen nach der Diskussion über diesen Einstieg der Stadt, wenn ich das so sagen darf, als Sicherheit dafür, dass, wenn die Vorwärts diese Miete nicht bezahlt, die Stadt das doch zahlen soll, hat der Kollege Bürgermeister Leithenmayr das zurück gezogen bzw. ist das zurück gestellt worden, einstimmig von allen Stadtsenatsmitgliedern damals und es ist darum gegangen, dass weiter verhandelt wird. Dann ist weiter verhandelt worden. Dass das bis zum heutigen Tag gedauert hat, das ist zwar natürlich lange, aber in Wirklichkeit denke ich mir sind wir alle schön langsam so weit, dass wir eigentlich haben möchten, dass diese Causa bald erledigt ist, denn es ist für alle nicht gut. Glauben Sie mir das. Egal ob für die Politiker, egal ob für die Raika und schon gar nicht für den SK Vorwärts, wenn er permanent mit dieser Geschichte in den Medien aufscheint und wenn es permanent darum geht, wer denn dort oder da womöglich ein bisschen was gemacht hat, nicht ganz die Wahrheit gesagt hat. Die einen sagen gelogen, die anderen sagen, das verheimlicht, das andere ist untransparent.

Da möchte ich schon dazu sagen, wenn die Frau Kollegin Frech unter anderem auch hier zitiert hat was natürlich der SK Vorwärts an Förderungen bekommen hat, dann ist das schon richtig. Natürlich. Unter anderem für Bauten die im Stadion stattgefunden haben, für Aufrüstungen, für Umrüstungen für Fitmachen der ganzen Geschichte, unter anderem für Flutlichtanlagen usw. Ich erinnere mich zurück jetzt an die Zeit wo ich also im Vorstand bin, wo wir ja erst voriges Jahr auch einen erheblichen Anteil an

Förderungen bekommen haben um das Vorwärtsstadion fit zu machen z. B. für die U 19 Europameisterschaft. Aber eines ist auch klar. Alle diese Dinge die hier passiert sind unter der sogenannten „Vorwärts neu“ haben dazu gedient, einerseits den SK Vorwärts wieder salonfähig zu machen, wieder einen Stellenwert in der Öffentlichkeit zu bekommen und ein vernünftiges und ordentliches Image. Jetzt haben wir es zusammengebracht, dass wir sie zusammendreschen, dass wir sie zusammenhauen, dass wir schauen müssen, dass uns nicht alle Sponsoren davon laufen. Also, lange dauert es sowieso nicht mehr bis wir zusperren können, wenn wir so weiter tun. Ich glaube nicht, dass sich das der SK Vorwärts Steyr einerseits verdient hat und andererseits glaube ich auch nicht, dass es die Sportlerinnen und Sportler verdienen die, vom jüngsten Alter, ungefähr 5 Jahre bis zur Kampfmannschaft, dort spielen. Daher sage ich auch ganz offen und ehrlich, mir wäre es sehr gelegen, wenn wir schön langsam in diesem Fall zu einer Lösung kommen würden.

Ich glaube ganz einfach, dass es auch gut ist wenn wir darüber diskutieren. Gar keine Frage. Es gehören auch die Dinge diskutiert die angefallen sind. Ich glaube ganz einfach, dass mit der notwendigen Fairness hier umgegangen werden muss, denn wir können nicht solche Situationen wieder brauchen wie wir sie vor dem Zwangsausgleich gehabt haben. Ich habe in der Pause mit dem Herrn Raynoschek ein kurzes Gespräch gehabt. Also, wenn man sich anschaut wie es den damaligen Vorstandsmitgliedern, allen, unter Radlspäck und Dittrich, gegangen ist, zu dieser Zeit, also, ich möchte mit keinem tauschen. Ich bin froh, dass ich erst jetzt im Vorstand bin und dort was zu reden habe. Das sage ich euch auch ganz offen und ehrlich. Denn eines ist auch klar, für mich ist es unverständlich, dass so ein Mensch wie der

Alois Radlspäck, der am Anfang viele Verdienste für den Steyrer Sport geleistet hat, gar keine Frage, der einer derjenigen war welcher der Wegbereiter war, dass sie überhaupt in diese Spielklasse aufgestiegen sind, aber offensichtlich Geld vergiftet, sage ich immer wieder, und wenn man da zu dem Topf hinzu kommt, dann wird es also immer schwieriger, es heute wieder geschafft hat, dass irgendwer das offensichtlich sonderbar findet, Manager beim Fußballclub in Vöcklabruck zu sein. Er darf dort sein Unwesen treiben und keiner sagt etwas dazu und das ist für jeden obsolete. Daher denke ich mir ganz einfach, also manche Dinge sind für mich auch sehr verwunderlich. Daher sage ich unter anderem zu dieser Geschichte, bezüglich dieser 600.000 Euro, über die wir ja wahrscheinlich noch einmal diskutieren werden, glaubt mir das, ich glaube, dass das niemandem hier wirklich schmeckt in Steyr und schon gar niemandem von der Stadt, dass wir das bezahlen müssen. Das ist völlig klar. Aber eines ist auch klar. Es hat eine Verhandlung gegeben, es gibt also einen Vorschlag für einen Vergleich, und da werden wir dann auch noch einmal darüber diskutieren müssen, ob man den annimmt oder nicht, denn eines ist auch klar, wenn man sagt man will einen externen Wirtschaftsprüfer oder Gutachter darüber schauen lassen, dann ist gleichzeitig gesagt, dass dieser Vergleich nicht mehr gilt. Das ist unter anderem eine Angelegenheit die die Raika uns schon mitgeteilt hat. Das hat, wenn ich mich recht erinnere, ja auch im Finanz- und Rechtsausschuss der Herr Dr. Grininger so dargestellt. Das 2. was dazu kommt, und das muss man auch klar sagen, dass es zig Gutachten geben wird die immer so ausschauen werden wie es der Auftraggeber haben will. D. h., die Raika wird ihre Gutachten machen, die Stadt wird ihre Gutachten machen und dann wird auch das Ge-

richt ihre Gutachten machen und in Wirklichkeit wird der Richter entscheiden. Die Frage wird sein, ob wir da besser aussteigen. Großes Fragezeichen. Ich kann mir nicht vorstellen, wenn der Herr Dr. Grininger heute von da wegfährt mit der Erkenntnis, dass der Vergleich den sie ausgehandelt haben nichts wird, dann werden die Papiere fertig sein, dass es nicht um 600.000 Euro geht die wir jetzt ausgehandelt haben, sondern zumindest um diese 770.000 bis 800.000 Euro, die er zuerst angeschnitten hat, mit allen Zinsen.

GEMEINDERÄTIN
DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Der Dr. Grininger hat im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss davon nichts gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Das hat er eh nicht gesagt. Das hat der Willi jetzt gesagt.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:

Ich habe gesagt, wenn wir das machen. So schaut für mich die Faktenlage aus. Ich hoffe daher, dass wir wirklich zu einem Entschluss kommen hier herinnen, alle, der einerseits dazu führt, dass wir uns alle in die Augen schauen können und andererseits dazu führt, dass Ruhe in die Angelegenheit einkehrt und 3. dazu führt, dass es für alle positiv weiter geht. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Hackl.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:

Geschätztes Präsidium, verehrte Kolleginnen und Kollegen. „Pacta sunt servanda“ – Verträge sind einzuhalten. Dieses eherne juristische Gesetz trifft leider auch in der Causa Vorwärts zu und ist für die Stadt, ich sage es ganz offen, und natürlich für die Steuerzahler in diesem Fall alles andere als angenehm. Weil wir nämlich nach vielen Jahren, genau sind es ja 13, jetzt dafür gerade stehen müssen, wozu sich der Steyrer Gemeinderat, und das ist ja heute schon oftmals gesagt worden, am 26. 1. 1995 entschlossen und verpflichtet hat, nämlich eine Übernahme der Bürgschaft für einen Kredit des SK Vorwärts zu übernehmen, in Höhe von 9 Millionen Schilling. Dieser Beschluss, und das ist schon sehr wichtig in dieser Diskussion, ich möchte noch einmal betonen, dieser Beschluss wurde mit breiter Mehrheit hier in diesem Saal gefasst, mit den Stimmen der ÖVP, der FPÖ und der SPÖ. Laut Protokoll gab es nur 5 Gegenstimmen. Ich habe dann gemeint, 31 waren dafür, das dürfte nicht ganz stimmen, weil einige krank waren, tatsächlich krank waren, aber alle anderen anwesenden Mandataren haben für diesen Beschluss, haben für diese Bürgschaft gestimmt. Das war also die Meinung der Stadt, dass wir für diesen 9 Millionen Schilling Kredit bürgen. In der Annahme mit der Hoffnung, das ist ja auch der Sinn so einer Bürgschaft die jeder Bürge hat, dass nämlich diese Bürgschaft niemals schlagend wird und dass wir also nicht zum Zahlen kommen. Heute, 13 Jahre später, stehen wir vor der Situation, dass die damalige Annahme, als Bürge nicht herangezogen zu werden, leider falsch war und dass die Stadt die Schulden des SK Vorwärts, für die sie gebürgt hat, leider doch bezahlen muss. „Pacta sunt servanda“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn bezahlt werden muss, und besonders wenn dafür öffentliche Gelder fließen

müssen, dann ist das immer sehr, sehr, sehr unangenehm. Am liebsten, und das ist ja in dieser Debatte auch herausgekommen, wären dann alle daran Beteiligten nicht dabei gewesen, hätten nichts damit zu tun gehabt oder am besten überhaupt nur einen Funken von diesem Thema mitbekommen. So leicht ist es aber nicht, vor allem in der Politik nicht, und so leicht kann und darf man es sich auch nicht machen. Ich darf in diesem Zusammenhang in Erinnerung rufen, dass es nicht zuletzt die damaligen Spitzenrepräsentanten der ÖVP und der FPÖ, namentlich Karl Holub und Leopold Pfeil, waren, die sich beim damaligen Bürgermeister Hermann Leithenmayr massiv für eine Unterstützung des SK Vorwärts durch die Stadt eingesetzt haben. Es existieren zu dem Brief, auch das ist heute schon angeklungen, wo den Verantwortlichen des SK Vorwärts seitens der ÖVP-Fraktion, der damaligen, und der FPÖ-Fraktion volle Unterstützung zugesagt wurde und so zwischen den Zeilen zu lesen war, na ja, die SPÖ ist eigentlich noch gar nicht so dafür, die zielt sich noch. Ich erwähne das deshalb, weil Bürgermeister Leithenmayr, und ich bin tatsächlich Zeitzeuge von diesem Geschehnis, als ich damals noch Leiter der Pressestelle in diesem Haus war, nur sehr zögerlich mit dem Gedanken anfreunden hat können, dass die Stadt tatsächlich eine Bürgschaft für den SK Vorwärts übernimmt. So weit zur Historie, um auch diesem Bereich der Wahrheit die Ehre zu geben.

Ich komme zum Heute. Dass die aktuelle Debatte um die Causa Vorwärts sowie die bestehenden Zahlungsverpflichtungen durch die Stadt von Anfang an nicht optimal gelaufen ist, darüber besteht auch kein Zweifel. Dass die Kommunikation in dieser Sache, sowohl nach innen als auch nach außen, ebenfalls nicht perfekt funktioniert hat, ist ebenfalls unbestritten. Nur, ich behaupte und bin der festen Überzeu-

gung, auch wenn die Kommunikation und die Information in dieser Sache Vorwärts von Anfang bis zum Schluss perfekt und mustergültig gewesen wäre, die politische Diskussion, so wie wir sie hier führen, und wenn ich mir die heutige Debatte anschau, dann ist es ja keine politische Diskussion, das ist ja fast ein politisches Tribunal, das wäre das Gleiche geblieben. Völlig ident. Weil es nämlich den Oppositionsparteien in erster Linie darum geht, aus der Causa Vorwärts politisches Kapital oder Kleingeld zu schlagen. Das ist gar kein Vorwurf, das ist ja in Ordnung, dagegen gibt es überhaupt nichts einzuwenden, nur muss man es auch dazu sagen und sich nicht hinter juristischen Spitzfindigkeiten, irgendwelchen halbzierten Akten verstecken. Was die vielen Argumente in der Causa Vorwärts betrifft die in der Vergangenheit, vor allem aber auch in der heutigen Debatte, vorgebracht wurden, so möchte ich dazu nur zwei Lebensweisheiten einbringen. Die eine lautet, ich habe sie schon gehört heute, „Zwei Juristen, drei Meinungen“ und die zweite lautet, „Vor Gericht und auf hoher See bist du in Gottes Hand“. Genau vor diesem Hintergrund dieser zwei Lebensweisheiten, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ist meiner Meinung auch diese Causa Vorwärts zu betrachten und zu beurteilen, denn eines steht auch fest, die Stadt hat im Jänner 1995 mit breitem Mehrheitsbeschluss im Gemeinderat für den SK Vorwärts eine Bürgschaft in der Höhe von 9 Millionen Schilling übernommen und heute, 13 Jahre später, muss die Rechnung beglichen werden. Punkt. Jetzt kann man natürlich sagen und argumentieren, und es ist ja heute in vielen Stunden passiert, nein, da ist noch so viel unklar, da sollte man und da müsste man und da könnte man doch auch, und ein Rechtsgutachten hin und ein Rechtsexperte her. Kurz gefasst hieße das im Endeffekt, wenn man diese Argumentation nachvoll-

zieht, gar nicht zahlen, klagen oder klagen lassen, mit völlig ungewissem Ausgang. Ja mehr noch, denn dass die Bürgschaft wegjudiziert werden kann, das glaubt in Wahrheit kein einziger profunder Jurist. Es kann daher beim Beschreiten des Klagweges und in Anbetracht der zu erwartenden Verfahrens- und Anwaltskosten für die Stadt, und davon bin ich wirklich felsenfest und persönlich überzeugt, nur teurer werden und zwar empfindlich. Daher kann meiner Ansicht nach der pragmatische Schluss nur lauten: Nachdem alle Versuche die Zahlungsverpflichtungen der Stadt aus der Causa Vorwärts gegenüber der Raika anderweitig zu erledigen erfolglos geblieben sind, wird die Stadt jetzt zahlen, und zwar mit 600.000 Euro, deutlich weniger als die Raika grundsätzlich eingefordert hat bzw. einfordern könnte. „Pacta sunt servanda“ – Verträge sind einzuhalten. Natürlich, und ganz besonders auch von der Stadt Steyr, auch wenn es uns nicht besonders gefällt.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist GR Hack.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, liebe Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Wenn der Herr Vizebürgermeister zuerst so gesagt hat wir haben eigentlich immer alles gewusst, „wir“, dann hat er auch von uns gesprochen, offensichtlich, und hat eigentlich damit eingeschlossen, dass wir das akzeptieren und dass wir das auch akzeptiert haben, dass z. B. der Herr Mayr, sprich vulgo Staffelmayr, da bis auf die Unterhose fast ausgezogen wird, und dass wir das gutgeheißen hätten. Wenn ich mir das dann so an-

tue und wenn das dann uns so umgehängt wird und hingestellt wird, dann kommen mir eigentlich Verzweiflung, Wut und Schrecken, diese Gedanken. Das sind Worte aus der Schöpfungsgeschichte. Ich glaube, es ist das Gefühl das meine Kolleginnen und Kollegen der Opposition und wahrscheinlich eigentlich auch viele andere hier Anwesende heute haben. Es heißt dann in den Schöpfungsgeschichten noch weiter, begleiten ihren Sturz. Das was da heute geboten wurde, das war ein richtiger Absturz. Ein Absturz in eine Welt der Freunderlwirtschaft, der Präpotenz der Selbstbedienung, des menschenverachtenden Ausnutzen einer Notsituation eines Menschen, des unglaublichen Drüberfahrens, des fahrlässigen Umgangs der Mehrheit mit der Wahrheit und viele andere unbeschreibliche Vorfälle wurden uns hier jetzt präsentiert. Verzweiflung hat uns sehr lange begleitet, da uns die Rathausmehrheit seit vielen Jahren die Einsicht in diese Akten verwehrt hat. Obwohl, und vielleicht gerade deshalb, weil wir schon seit Jahren auf zweifelhafte Gebärungen und Ungereimtheiten hingewiesen haben und die Vermutungen durchaus immer wieder geäußert hatten. Da hat nicht einmal eine Verfassungsbeschwerde genutzt, ständiges Bohren und Anfragen der Opposition. Immer wieder wurden wir mit allen möglichen Vertröstungen, Beschwichtigungen, Verzögerungen und Tricks eigentlich von der Wahrheit fern gehalten. Wut macht sich angesichts dieser unglaublichen Tatsachen breit. Wut, über die katastrophalen Zustände die offensichtlich auch in der obersten Führungsetage des Magistrates zu finden sind. Nämlich auch wie dann mit den eigenen Beamten umgegangen wird, in dem ihre fachlichen Anmerkungen ignoriert werden. Wut über den unglaublichen menschenverachtenden und zynischen Umgang der absoluten SP-Mehrheit mit dem kleinen Mann und mit dem kleinen Bürger

der Stadt Steyr, weil sich die Stadt Steyr hier auf Kosten eines Privaten, der mit den Schulden und mit diesen ganzen Geschichten gar nichts zu tun hat, der Zahlungen entledigt. Auf seine Kosten und das ist an sich wirklich nicht einzusehen. Wut über das leichtfertige Hinausschmeißen von Millionen. Eine Wut, über die SPÖ Freunderlwirtschaft auf Kosten der Bewohner und Steuerzahler der Stadt Steyr. Eine Wut drüber, dass die Beschlüsse des Gemeinderates, dem höchsten Organ der Stadt Steyr, dem Magistratsdirektor und dem Bürgermeister, wie wir heute mehrfach gehört haben, nicht umgesetzt werden. Im Gegenteil. Vorsätzlich missachtet werden und wir dann falsch oder unvollständig oder nicht darüber unterrichtet werden. Wut, über die absolute SP-Mehrheit, die bewusst Handlungen setzt die offensichtlich zum Nachteil auch privater Leute sind. Schrecken macht sich auch breit, angesichts der Tatsache, dass wir von Personen regiert werden die eine solch fragwürdige Einstellung zur Wahrheit haben und offensichtlich nicht ganz zwischen Dein und Mein manchmal unterscheiden können. Da stellt sich natürlich schon die Frage: War das jetzt alles? Ist die Causa Vorwärts ein Einzelfall? Hoffentlich liegen nicht noch mehr Leichen im Keller. Welche Maßnahmen müssen und können ergriffen werden, dass unter solchen Voraussetzungen eine ehrliche, gute und effiziente Politik für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt Steyr gemacht werden können?

Zurück zur Schöpfungsgeschichte. Es heißt dann – und eine neue Welt. Natürlich wollen wir, dass der Fußballverein Vorwärts gute Spielbedingungen vorfindet und ein gutes, rechtliches Umfeld. Aber wir können das Ganze nicht auf irgendwelche Privatpersonen abwälzen. Für die hervorragende Jugendarbeit des SK Vorwärts ist sicher viel Lob auszusprechen und es soll

wirklich den Grundstein geben für eine glanzvolle und torreiche Zukunft der Vorwärts. Also, im Bereich der Politik wünschen wir uns wirklich eine ehrliche, gute, offene und konstruktive Zusammenarbeit mit allen Fraktionen, Dienststellen und Beamte des Magistrates zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Steyr. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Wenn ihr euch das wünscht, dann dürft ihr nicht so reden zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger, weil wir sind auch nicht unehrlich. Das muss ich auch einmal feststellen.

Mir liegt kein weiterer Redner mehr vor. Ich würde den Bürgermeister um ein Schlusswort ersuchen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nachdem wir jetzt einige göttliche Eingebungen gehört haben und über Verzweiflung, Wut und Schrecken einen Vortrag gehört haben, glaube ich sollten wir wieder zurückkehren auf den Boden der Realität und darüber diskutieren wie wir von einer Sache wegkommen könnten die schon seit 1994/1995 bis jetzt nicht gelöst ist. Mein Bestreben war in der Vergangenheit, immer möglichst sparsam mit den Geldern der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Steyr umzugehen. Vielleicht war ich, das muss man auch ganz klar dazu sagen, doch etwas zu naiv. Nachdem ich doch auf einen Vorschlag eingegangen bin wo ich gesagt habe, na ja, vielleicht können wir eine gemeinsame Lösung, ich sage Staffelmayr, Stadt und Raika finden. Es war aber nie meine Absicht, das muss man auch ganz klar dazu sagen, dass man auf den Rücken von irgendwem diese

Vorwärts-Geschichte bereinigt, sondern ich habe immer fair gespielt. Der Herr Dr. Grininger wird mir das bestätigen. Wir haben bis zum Schluss auch über diese Thematik fair verhandelt. Ich möchte dem Herrn Dr. Grininger auch in Zukunft in die Augen schauen können. Ich möchte nicht irgendeine Lösung heute beschließen, die in Zukunft wieder Probleme gibt und wo es unter Umständen irgendwelche Leute gibt die dadurch massive Nachteile haben. Ich habe das heute schon erwähnt, ich habe nie über Preise gesprochen, ich habe nie gesagt zum Herrn Mayr er muss unbedingt dieses Grundstück an die Raika, an die Bauland verkaufen. Das habe ich nie erwähnt und das war auch nie meine Absicht, dass ich hier Einfluss ausübe oder irgendeine Junktimierung vornehme. Das war überhaupt nicht meine Absicht.

Auch noch einmal zum GR Kupfer, weil er sagt er ist enttäuscht über das Vorgehen. Lieber GR Kupfer, ich habe in der Vergangenheit sehr viele mit Wünschen von Bürgerinnen und Bürgern und von Unternehmen oder irgendwelchen Leuten zu tun die eine Umwidmung von mir wünschen.

GEMEINDERAT
ANDREAS KUPFER:

Ich bin enttäuscht über die Wahl ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich erkläre es dir eh. Es ist immer auch von mir gewünscht oder erwartet von gewissen Leuten, dass ich ein Entgegenkommen mache, dass ich, wenn irgendwelche größeren Vorhaben in Steyr geplant sind, einer Umwidmung zustimme die vielleicht nicht im Stadtentwicklungskonzept so schon vorgeesehen ist. Es war auch in dem Fall so, dass dieser Bereich ein Bauhoffungsgebiet war und ich, in der Diskussion mit unserer Planungsabteilung, zur Überzeugung gekommen bin, irgend-

wann wäre dieser Bereich sowieso umgewidmet worden in Bauland. Und bei dieser Gelegenheit, wo wir auch andere Themen damit gleichzeitig lösen könnten, habe ich natürlich auch einer rascheren Umsetzung zugestimmt. Ich glaube, das wird auch ein jeder in diesem Raum verstehen, wenn ein Angebot dieser Art kommt, und ich war der Meinung es wird wahrscheinlich drüber gehen, dann wäre ich schlecht beraten gewesen, wenn ich gesagt hätte, nein, das mache ich grundsätzlich nicht.

Ich möchte auch zum Thema Vorwärts und Vorwärtsstadion noch etwas sagen. Ich glaube, dass wir alle miteinander in Steyr vom Vorwärtsstadion in der Vergangenheit ganz gut profitiert haben. Als die Vorwärts noch in der ersten Liga gespielt hat, und auch in der zweiten Division, ist der Name Steyr sehr oft im Fernsehen, im Radio, in den verschiedenen Medien erschienen und das hat auch einen gewissen Wert und deshalb hat man auch damals diese großen Emotionen immer wieder verspüren können. Es war sehr angenehm in der Vergangenheit, nicht nur die Europameisterschaft die sich in Steyr abgespielt hat, voriges Jahr, sondern auch die Schäferhundeweltmeisterschaft, die auch im Stadion der Vorwärts stattgefunden hat, und viele, viele Veranstaltungen die dort stattfinden, tragen dazu bei, dass der Name Steyr sehr oft vorkommt und positiv vorkommt. Ich wünsche mir das auch für die Zukunft, dass dieses Stadion wieder diese Reputation hat die es in der Vergangenheit schon gehabt hat. Selbstverständlich war es in der Vergangenheit, wie wir heute gehört haben, so, dass das eine oder andere oder die eine oder andere Entscheidung nicht so rund gelaufen ist wie man es sich vielleicht vorstellt. Ich bin überzeugt, dass man in Zukunft darüber nachdenken muss, wie man das besser machen kann. Aber man muss

natürlich auch eines sagen, die Emotionen in dieser Zeit haben eine ganz wesentliche Rolle gespielt. Das brauche ich nicht näher erläutern, das haben meine Vorredner schon sehr deutlich gesagt. Die Emotionen haben dazu geführt, dass eben Entscheidungen auch gefallen sind die nicht ganz sauber waren.

Ich möchte jetzt über gehen, ich glaube da gibt es ja keinen Beschluss jetzt zu diesem Beratungspunkt. Wir kommen jetzt zum Dringlichkeitsantrag. Ich möchte den Dringlichkeitsantrag einbringen.

DRINGLICHKEITSANTRAG

Der Gemeinderat der Stadt Steyr hat in der Sitzung vom 13. 4. 2000 beschlossen, den Zwangsausgleich des SK Vorwärts Steyr durch Zurverfügungstellung eines Betrages von ATS 6 Mio. zu finanzieren. Geknüpft war dieser Beschluss unter anderem an die Bedingung, dass die Raiffeisenlandesbank oder eine Konzerngesellschaft das Baurecht am Sportplatz des SK Vorwärts Steyr erwirbt.

Die Raiffeisenlandesbank hat in weiterer Folge an die Masseverwaltung im Konkurs des SK Vorwärts Steyr ein Kaufangebot gestellt, das von der Masseverwaltung nach konkursgerichtlicher Genehmigung in der Gläubigerausschusssitzung angenommen wurde. Eine Finalisierung dieses Rechtsgeschäftes in grundbuchsfähiger Form ist jedoch nie geschehen, um noch weitere Verhandlungen mit der Raiffeisenbank führen zu können.

Diese Verhandlungen konnten nunmehr in der Form abgeschlossen werden, dass die Stadt Steyr die Baurechtsliegenschaft EZ 2696, Grundbuch Steyr, zum Kaufpreis von EUR 600.000,-- erwerben kann. Um eine doppelte Bezahlung der Grunder-

werbsteuer zu vermeiden, wird der Kaufvertrag direkt zwischen dem SK Vorwärts Steyr, als grundbücherlicher Eigentümer, und der Stadt Steyr abgeschlossen, die Kaufpreiszahlung jedoch zur Abdeckung der Verbindlichkeiten des SK Vorwärts Steyr bei der Raiffeisenbank Region Sierning verwendet.

Die Abwicklung des Rechtsgeschäftes erfolgt im Wege des Notariates Dr. Peterseil, der den von der Stadt zu bezahlenden Kaufpreis erst nach Vorlage der Löschungserklärungen zur grundbücherlichen Löschung der im Lastenblatt der Baurechtseinlage eingetragenen Pfandrechte an die Raiffeisenbank zur Auszahlung zu bringen hat. Zusätzlich zum Kaufpreis hat die Stadt die mit dem Rechtsgeschäft verbundenen Steuern, Abgaben und Gebühren sowie die Kosten der Vertragserrichtung zu bezahlen.

Ein entsprechender Betrag zur Bedeckung der Kaufpreissumme, einschließlich der sich aus dem Rechtsgeschäft ergebenden Nebenkosten, wurde im Nachtragsvoranschlag 2007 bei der VA-Stelle 5/262400/690000 vorgesehen, jedoch nicht ausgeschöpft. Die Mittelfreigabe hat daher durch Kreditüberschreitung im Rechnungsjahr 2008 zu erfolgen.

Die Dringlichkeit dieses Antrages ist deshalb gegeben, da die Beschlussfassung dieses Antrages in ähnlicher Form knapp vor dieser Gemeinderatsitzung in der Sitzung des Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses vom 11.2.2008 erfolgte und dieser Antrag in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Thema der außerordentlichen Sitzung des Gemeinderates steht. Eine spätere Befassung des Gemeinderates kann ohne Nachteil für die gegenständliche Angelegenheit nicht abgewartet werden.

Der Gemeinderat möge daher beschließen:

Ausgelöst durch das Insolvenzverfahren des SK Vorwärts Steyr hat die Gläubigerbank auf die Zahlungen einer Ausgleichsquote unter der Bedingung verzichtet, dass sie die Baurechtseigentumschaft EZ 2696, Grundbuch Steyr, käuflich erwerben kann. Zur finalen Bereinigung allfälliger Zahlungsverpflichtungen wurde zwischen den Vertretern der Gläubigerbank mit der Stadt Steyr vereinbart, dass die Stadt Steyr das Baurecht mit dem Betrag von EUR 600.000,- zurückkauft und gleichzeitig alle weiteren Forderungen der Raiffeisenbank Region Sierning an die Stadt Steyr erlöschen. Dem Abschluss eines Kaufvertrages mit dem SK Vorwärts Steyr über die Baurechtseigentumschaft EZ 2696, Grundbuch Steyr, zum Kaufpreis von EUR 600.000,- wird im Sinne der vorstehenden Sachverhaltsdarstellung zugestimmt. Die Abwicklung des Rechtsgeschäftes hat im Wege des Notariates Dr. Peterseil als Treuhänder zu erfolgen.

Zur Bezahlung des Kaufpreises und der sich aus dem Rechtsgeschäft ergebenden Steuern, Abgaben und Kosten wird bei der VA-Stelle 5/262400/690000 (Sportanlage SK Vorwärts Steyr – Schadensfälle) ein Betrag von EUR 635.500,- als Kreditüberschreitung bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in Höhe von EUR 635.500,- notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird, auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung,

noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt werden.

Ich bitte über diesen Dringlichkeitsantrag zu beraten.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Der weiterreichende ist der Abänderungsantrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich weiß nicht wer den hat?

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ihr habt den Abänderungsantrag bekommen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich schlage vor, dass wir jetzt ein Pause machen und dann ist der Abänderungsantrag kopiert und ausgeteilt.

PAUSE VON 21.00 UHR BIS 21.10 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

So, wir machen jetzt wieder weiter. Ich hoffe, dass jetzt jeder den Abänderungsantrag zum Dringlichkeitsantrag betreffend Causa Vorwärt hat.

Stadtrat Mayrhofer hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte jetzt nicht mit meinen eigenen Aussagen beginnen, sondern mit Aussagen von Beamten dieses Hauses. Ich darf zitieren vom 14. Dezember 1999, und zwar der Bearbeiter war der Herr Dr. Schmoll, unter streng vertraulich und es ist, wie üblich, an

den Herrn Magistratsdirektor Dr. Kurt Schmidl gegangen: „Das gegenständliche Schreiben der Raiffeisenbank Region Sierning wird samt den dazugehörigen Vereinbarungen mit der Bitte vorgelegt, Herrn Rechtsanwalt Dr. Schwager beauftragen zu dürfen, eine Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft Steyr zu übermitteln. Da das Vorgehen der Verantwortlichen des SK Vorwärts Steyr den Tatbestand des zumindest versuchten, wenn nicht sogar des vollendeten schweren Betruges erfüllen könnte.“

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Von wann ist das?

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Das ist vom 14. Dezember 1999, Herr Bürgermeister und vom Dr. Schmoll an den Herrn Magistratsdirektor Schmidl gegangen.

Am 12. Oktober 1999 schrieb derselbe Dr. Schmoll einen Aktenvermerk über ein internes Gespräch, wo der Dr. Tillman Schwager, der Herr Magistratsdirektor Schmidl, Präsidialdirektor Dr. Alphasamer, Mag. Lemmerer, Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann und eben Dr. Schmoll waren. Hier wurde wieder angesprochen, dass zunächst die Vereinbarungen zwischen SK Vorwärts Steyr und Rappl eingehend erörtert wurden, am 28. Dezember 1999, und das ist von der Magistratsdirektion an den SK Vorwärts Steyr gegangen: „Seitens des Gefertigten wurde bereits mehrmals in diversen Quartalsberichten auf den Umstand des offensichtlichen Nichtschlagendwerdens der Rappl-Werbung hingewiesen. Das nunmehrige Schreiben der Raika Sierning vom 10. Dezember 1999, inkl. Beilagen, bestätigt diesen seinerzeitigen diesbezüglichen Verdacht. Der Nachweis eines schuldhaften, vertragswidrigen Verhaltens der Vertrags-

partner der Stadt Steyr wird in diesem Zusammenhang zu führen sein.“ Dann gibt es, und das ist glaube ich sehr, sehr interessant, ein Schreiben an den Herrn Bürgermeister Ing. David Forstenlechner, betitelt „unter Verschluss“, „streng vertraulich“. Und zwar ist das geschrieben vom Herrn Dr. Schmoll zum Thema SK Vorwärts Steyr, Tilgung aushaftender Darlehen. Da steht: „Sollte die Stadt bis zum 30. 6. 2005 die Umwidmung der Siedlungsflächen in Bauland rechtskräftig bewerkstelligen, würde im Gegenzug die Raiffeisenbank Region Sierning auf die Einforderung der Bürgschaftserklärung über einen noch offenen Kredit des SK Vorwärts Steyr in Höhe von 9 Millionen Schilling zuzüglich aller Nebengebühren verzichten. Ebenso müsste die grundbücherliche Löschung des entsprechenden Pfandrechts in der Baurechtseinlage zugesichert werden. Im Gespräch hat sich jedoch gezeigt, dass für den Fall der tatsächlichen Umwidmung einer Zahlungsverpflichtung der Stadt aus der seinerzeitigen abgegebenen Bürgschaftserklärung nicht mehr gegeben wäre, noch immer jedoch das dem SK Vorwärts Steyr eingeräumte Baurecht mit einem Kredit von 3 Millionen Schilling zuzüglich der Zinsen und Nebengebühren. Dies könnte daher zu der Situation führen, dass die Stadt zur Abdeckung des Zwangsausgleiches einen Betrag von 6 Millionen Schilling zur Verfügung stellt und diesen, abgesehen von einem kleinen Rest, auch tatsächlich bisher zur Auszahlung gebracht hat und Leistungen für die Umwidmungen erbringt, damit der Kredit von 9 Millionen abgedeckt wird. Dennoch könnte, aufgrund der offenen Restforderung von 3 Millionen Schilling, der Fall eintreten, dass der Spielbetrieb des SK Vorwärts Steyr in Zukunft nicht gesichert wäre.“ Jetzt geht es weiter, und ich glaube, da wird es interessant: „Zu dem Zeitpunkt, als die Stadt eine Bürgschaftserklärung über 9 Millionen

gegenüber der Raika abgab, hatte der SK Vorwärts Steyr ein offenes Finanzierungsloch von insgesamt 12 Millionen. 9 Millionen davon waren durch die Bürgschaftserklärung der Stadt abgedeckt, für die restlichen 3 Millionen sollten Vorstandsmitglieder persönlich haften. Eine Eintragung dieses Kredits war im Grundbuch zwar nicht vorgesehen, was sich aus den damals abgeschlossenen Verträgen, insbesondere aus der Vereinbarung mit dem SK Vorwärts Steyr vom 16. 3. 1995, zweifelsfrei ergibt. Nachdem der damalige Leiter der Raika, Zweigstelle Sierning, Herr Dir. Lumplecker bei allen wesentlichen Verhandlungen anwesend war und zudem damals Vorstandsmitglied des SK Vorwärts Steyr war, muss das Vorgehen der Raiffeisenbank in diesem Punkt zumindest als gegen Treu und Glauben verstoßend bezeichnet werden. Nachdem der SK Vorwärts Steyr, der derzeit seinen Spielbetrieb in der ersten Klasse Ost des ÖÖ Fußballverbandes aufrecht hält, nicht in der Lage ist diesen Kredit selbst zurück zu zahlen, könnte die Haftung der damals mitunterfertigenden Vorstandsmitglieder schlagend werden, die ihrerseits ein Rückgriffsrecht gegen den Verein hätten.“

So, und jetzt kommt es schön langsam heraus.

„Damit könnte zumindest theoretisch der Fall eintreten, dass aufgrund dieses noch offenen Geldbetrages eine Verwertung des Parkplatzes im Bereich des Sportplatzes Volksstraße durch einen Bürgen erfolgt. Der von der Raika dem SK Vorwärts im Jahr 1995 eingeräumte Kredit, in der Höhe von 3 Millionen, wurde von dem damaligen Präsidenten, Kommerzialrat Leo Dittrich und Alois Radspäck durch persönliche Bürgschaften besichert. In einer Vorstandssitzung, die nach der Krediteinräumung erfolgte, haben sich weitere 9 Vorstandsmitglieder bereit erklärt gemeinsam für einen Betrag von 1 Million Schilling Bürgschaftser-

klärungen abzugeben, wobei die Haftungssummen der einzelnen Bürgen zwischen 50.000 und 150.000 schwanken. Da Herr Kommerzialrat Dittrich für insgesamt 3 Kredite oder Darlehen, die der SK Vorwärts Steyr während seiner Präsidentschaft bei der Raiba aufgenommen hat, eine persönliche Bürgschaft abgegeben hat, wurde er bereits vom Kreditinstitut zur Zahlung aus seinen Bürgschaften verpflichtet. Dem SK Vorwärts Steyr liegt ein Schreiben vor, in das der Gefertigte anlässlich der Unterredung Einsicht nehmen konnte und in welchem die Raiffeisen Landesbank mitteilt, dass mit Herrn Kommerzialrat Dittrich ein Ausgleich in der Weise gefunden wurde, dass sie einen Pauschalbetrag von 650.000 für seine Bürgschaften an die Raika geleistet hat.“

Das ist genau das, was wir in der Vereinbarung ausgeschlossen haben, weil in dieser Vereinbarung haben wir gesagt, zuerst ist der Kredit der Stadt zu tilgen und es ist untersagt, dass vorrangige Tilgungen der Vorstandsmitglieder vorgenommen werden und das von der Raika, mit der wir auch den Bürgschaftsvertrag haben. D. h., es ist eine Bevorteilung von sich selbst und zu Lasten von uns.

„Eine genaue Aufteilung wie sich dieser Betrag auf die einzelnen übernommenen Bürgschaften verteilt ist dem Schreiben nicht zu entnehmen, so dass nach Meinung des Unterfertigten eine Aufteilung entsprechend der prozentuellen Anteile der einzelnen Bürgschaften am Gesamtbürgschaftsvolumen von Herrn Dittrich vorgenommen werden müsste. Mit diesem Schreiben ist jedoch auch klagend, dass Herr Kommerzialrat Dittrich seitens der Raika für die seinerzeit abgegebene Bürgschaft nicht mehr weiter in Anspruch genommen werden kann.“

D. h., wir haben einen effektiven Nachteil, das ist ein Vertragsbruch.

Bei der Unterredung in Linz wurde von Herrn Dietachmayr der Vorschlag

unterbreitet, die Stadt möge zur Entlastung der Bürgen einen namhaften Betrag leisten um damit vom Verein das Baurecht zurückzukaufen. D. h., das Ziel heißt es muss es sein, den Verein mit der geplanten Umwidmung zur Gänze von den Verbindlichkeiten der Präsidentschaft Dittrich-Radlspäcck zu befreien. Jetzt bin ich schon sehr froh, dass der Gerry Hackl eine sehr staatstragende Rede geschwungen hat wo er gesagt hat, Verträge müssen eingehalten werden. Vollkommen richtig. Wir sind der Meinung, Verträge müssen eingehalten werden. Aber nicht nur vonseiten der Stadt, von allen anderen. Eines darf man auch nicht vergessen, nicht wir waren das, welche die Schulden verursacht haben, sondern die Vorstandsmitglieder haben das beschlossen. Und die Vorstandsmitglieder haben sich bereit erklärt, wir haften, wenn ihr uns helft, wir haften persönlich auch mit. Dann kann es jetzt nicht so sein, dass die Stadt die Haftungen dieser Vorstandsmitglieder übernimmt.

Ich zitiere jetzt noch einmal den Herrn StR Dkfm. Mag. Helmut Zagler. Und zwar aus der GR-Sitzung vom 26. 1. 1995: „Vieles ist schon gesagt worden, aber mich wundert, dass eines bislang unerwähnt geblieben ist. Nämlich, dass zwar die Stadt Steyr hier beabsichtigt eine Bürgschaft zu übernehmen, dass sich aber auch SK Vorwärts, und damit das Präsidium und der Vorstand, verpflichtet, für zusätzliche 3 Millionen persönliche Haftung zu übernehmen und damit auch an den Bestand dieses Vereines in der Zukunft glauben. Unser Ausfallsbürgschaft steht mit der Rückzahlung in Verbindung und auch mit diesen Privatpersonen.“

Weil wir gerade bei den lateinischen Sprüchen sind, in eben dieser GR-Sitzung hat der liebe Kollege Tillman Schwager gesagt, einen lateinischen Spruch in der Übersetzung: „Consuls – passt auf, damit die öffentliche Sache keinen Schaden nimmt.“

In diesem Sinne ersuchen wir dringend von einer Auszahlung Abstand zu nehmen, zu überprüfen lassen und das Ergebnis des Landesrechnungshofes abzuwarten.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Gibt es eine weitere Wortmeldung? Kollegin Frech.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich möchte noch einen Nachtrag bringen zum Thema Staffelmayr. Und zwar aus dem einen Grund, weil sich klar herausgestellt hat, aufgrund der Aktenlage, dass es Vereinbarungen gegeben hat zwischen Raika und der Stadt Steyr, wonach durch die Umwidmung Staffelmayr auch die Bürgerschaft de facto obsolete geworden ist. D. h., diese Zahlung von 600.000 Euro, die heute so zitiert worden ist, Vertrag ist Vertrag, nichtig ist. D. h., wenn Sie hier und heute 600.000 Euro beschließen, dann zahlen wir doppelt. Das muss einem bewusst sein. Was Staffelmayr anbelangt, da ist heute der Kollege Kupfer angesprochen worden vom Herrn Bürgermeister, dass er so akribisch wäre bei Umwidmungen usw., das ist nicht nur der Kollege Kupfer, das war auch das Land OÖ. Wir haben damals ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Die haben das aber akzeptiert.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ja, aber, geschätzter Herr Bürgermeister, mit Schreiben vom 28. November 2005, in einem Amtsbericht, steht Folgendes zu lesen: Im Zuge des Beteili-

gungsverfahrens der öffentlichen Dienststellen wurden seitens des Amtes der OÖ Landesregierung folgende Einwände vorgebracht. Die geplante Änderung widerspricht den grundsätzlichen Zielsetzungen des seit 22. 5. 2003 genehmigten Stadtentwicklungskonzeptes, welches für diesen Bereich keine Wohnbauentwicklung, sondern vorrangig Grünlandnutzung vorsieht. Einwand 1).

Einwand 2): Die Stadtgemeinde verfügt über Baulandreserven im Ausmaß von ca. 117 Hektar. Wenngleich nicht alle Reserveflächen tatsächlich für eine Bebauung verfügbar sein werden, so ist auch unter Berücksichtigung der im Stadtentwicklungskonzept ausgewiesenen Baulanderweiterungsoptionen genügend Handlungsspielraum für künftige Entwicklungen gegeben.

3): Die abgesetzte Lage vom übrigen Siedlungsbestand stellt eine äußerst ungünstige Entwicklung dar. Durch eine Baulandwidmung würden weitere zur Siedlungstendenzen an den Stadträndern vorgesetzt.

4): Aufgrund der Nähe des geplanten Wohngebietes zu einem aktiv betriebenen Landwirtschaftsbetrieb sind Interessenskonflikte vorprogrammiert. Siehe auch Stellungnahme Agrar- und Forstrecht.

D. h., nicht nur eine Abteilung des Landes hat sich hier negativ geäußert, sondern mehrere.

Dann sind wir bei Nr. 5): Die derzeit vorhandene Verkehrserschließung ist aus unserer Sicht für die geplante großflächige Wohnbauentwicklung unzureichend.

6) Bei Realisierung der Nordspange Steyr sind Lärmemissionen auf der Umwidmungsfläche nicht auszuschließen. Siehe auch Stellungnahme strategische Straßenplanung und Netzausbau.

7) Aus raumordnungsfachlicher Sicht kann davon ausgegangen werden, dass bei Berücksichtigung der zuvor angeführten Punkte die erforderlichen

Änderungsvoraussetzungen für das Stadtentwicklungskonzept nicht vorliegt.

Zusammenfassend wird die gegenständliche Änderung des Flächenwidmungsplanes aus fachlicher Sicht eindeutig abgelehnt.

So viel dazu, dass da ja gar nichts dabei war und das machen wir halt so schnell einmal und das widmen wir um.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Aus dem Jahr 2005!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Da hat sich aber nicht wirklich was geändert.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Warum haben sie es dann genehmigt? Nicht aus fachlichen Gründen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Aus fachlichen Gründen sicherlich nicht, weil das ist ganz klar jetzt hervorgegangen.

Wenn ich jetzt auf Ihren Dringlichkeitsantrag kurz eingehen darf. Da steht unter anderem: „Eine Finalisierung des Rechtsgeschäftes in grundbuchsfähiger Form ist jedoch nie geschehen, um noch weitere Verhandlungen mit der Raiffeisenbank führen zu können.“ Was nicht dabei steht ist, und was uns bestätigt worden ist im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss, dass es seit 8 Jahren fällig ist, diese Forderungsanmeldung, seit 8 Jahren und seit 8 Jahren anscheinend verhandelt wird. 8 Jahre?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Interessant. Und deshalb brauchen wir jetzt einen Dringlichkeitsantrag, weil seit 8 Jahren verhandelt wird. Dann steht in diesem Antrag: „Zusätzlich zum Kaufpreis – d. h., wir kaufen jetzt das Baurecht von der Vorwärts – hat die Stadt die mit dem Rechtsgeschäft verbundenen Steuern, Abgaben und Gebühren sowie die Kosten der Vertragserrichtung zu bezahlen.“ D. h., meine Frage auch: Wie hoch ist die Gesamtsumme die hier jetzt gezahlt werden muss, inklusive dessen, dass wir ja Zinsbelastungen haben, da wir ja wiederum einen Kredit dafür aufnehmen müssen? D. h., wir nehmen ja wieder einen Kredit auf, um eigentlich einen Kredit irgendwo abzustatten. Und bei 635.500 Euro, die das mindestens sind, ist die Zinsbelastung jährlich auch schon eine ganz ordentliche Summe. Da könnte man schon einiges darum anfangen. Da könnte man schon einige Straßen sanieren oder anderes für die Kultur erledigen. Frage, wie viel ist das dann in Summe? Und, jetzt kommt ja eines. Das steht jetzt, dass die Stadt Steyr das Baurecht um Euro 600.000 zurück kauft und die Vorwärts dann praktisch ihre Schulden damit abdecken kann, die sie bei der Vorwärts hat. Wenn aber das stimmt was noch im November seitens des Herrn Dr. Peterseil im Raum gestanden ist, dass mit der Veräußerung des Baurechtes nach mit großer Wahrscheinlichkeit ein nicht unerheblicher Veräußerungsgewinn für die Vorwärts entsteht, dann bekommt die Vorwärts ja gar nicht die 800.000 oder eben die 600.000 jetzt, und kann damit auch nicht 600.000 abdecken von diesen Schulden. Was ist denn dann mit dem Rest? Wer deckt denn das ab? Die Vorwärts? Ist der Vorwärts das bewusst, dass sie dann trotzdem was zahlen muss? D. h., da zahlen wir jetzt eigentlich dreifach. Wir zahlen 600.000 und die Vorwärts muss dann noch ein-

mal was an die Raika zahlen, weil sie nämlich das versteuern muss.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das weiß ich nicht.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Das steht da. Das ist das Schreiben, ein Aktenvermerk vom 16. 11. 2007. 2007 steht das so drinnen. Dass es darüber hinaus, das hat der Kollege Mayrhofer schon angesprochen, außerdem die laufende Aufsichtsbeschwerde beim Land gibt, deren Entscheidung man abwarten sollte, was auch die Beamten festgelegt haben, ist alles in allem die ganze Geschichte so, und da wiederholt es sich und das finde ich so tragisch. Seit 1993 hat sich die Geschichte immer wiederholt. Ich bin zwar erst seit 1997 herinnen, aber die gleichen Diskussionen haben wir schon geführt. Ich kann mich gut erinnern, ich bin hier herinnen verbal geprügelt worden wie es um die Garantieerklärung von Vorwärts gegangen ist, weil ich die Einzige war die sich herausgestellt hat und nicht mitgestimmt hat. Ich bin wirklich verbal geprügelt worden. Ich kann mich noch gut an die Aussagen vom damaligen Bürgermeister Leithenmayr erinnern, der gesagt hat, Frau Frech, wenn wir jetzt für die 6 Mio. Schilling nicht eine Garantieerklärung abgeben, dann wären Sie schuld, dass 9 Mio. Schilling schlagend werden und ich würde damit der Stadt 9 Mio. Schilling kosten. Hätten wir damals die Reißleine gezogen, dann hätten wir uns einiges erspart, weil gezahlt haben wir die 6 Millionen über den Zwangsausgleich, jetzt sind wir bei den 9 Millionen die dann weg sind, ...

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Zwei Grundstücke haben wir umgewidmet.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

... Grundstücke haben wir umgewidmet und jede Menge, alleine die Arbeitszeit der Beamten, wenn Sie sich den Vorwärtsakt anschauen, ich weiß nicht wie viel Arbeitszeit da drinnen war, diese ganzen Aktenvermerke, Verträge usw. zu machen, wenn Sie das noch reinrechnen, das war eine ziemliche Verlustgeschichte.

Was heute noch nicht so ganz zur Sprache gekommen ist, weil es immer heißt, das habt ihr alles gewusst. Also, ich weiß eines, dass man den Mandatären da herinnen nicht immer die Wahrheit gesagt hat. Ich habe damals in dieser Sitzung, wo Radlspäck da war, Dittrich, und die wirklich schauderhaft waren, wirklich schauderhaft, aber das hat jeder gewusst, allerdings nur die, die drinnen waren und das waren die Fraktionsvorsitzenden und die Stadtsenatsmitglieder, und da habe ich dann gesagt, 6 Millionen Schilling, ihr seid verrückt. Dann habe ich als Antwort bekommen, 6 Millionen sind das ja nicht, das sind maximal 3 Millionen, weil die restlichen 3 Millionen, dafür bürgt ein Baumeister Müllner. Dann habe ich gesagt, warum geben wir dann nicht in den Gemeinderat die 3 Millionen hinein und für die anderen 3 Millionen soll halt der Baumeister Müllner bürgen. Worauf die Antwort war, nein, das geht nicht, weil die Bundesliga akzeptiert ja nur einen Bürgen dem man so praktisch vertrauen kann und das ist die Stadt Steyr. Aber wir sind eh abgesichert, wir haben einen Untervertrag mit dem Herrn Müllner und da bekommen wir die 3 Millionen zurück. Ich habe das in der Gemeinderatssitzung zur Sprache gebracht, bin milde belächelt worden, na, Frau Frech, das ist ja nur eine Vorabendgeschichte und selbstverständlich, wenn irgendetwas ist, wir bezahlen nur die 3 Millionen Schilling, die restlichen 3 Millionen der Baumeister Müllner. Da ist eines ganz interessant, die Bonität ist

überprüft worden vom Herrn Baumeister Müllner. Nur wissen Sie, jedes Kreditinstitut verlangt heute eine Sicherstellung. Da gab es keine Sicherstellung. Wir haben uns überhaupt nicht abgesichert gegenüber dem Baumeister Müllner. Weder über eine Grundbuchseintragung noch über sonst irgendetwas. Wir haben gesagt, Bonität ist gut, passt. Ob der am nächsten Tag all sein Vermögen verkauft, in Konkurs geht, war anscheinend völlig piepegal. Man hat es nie auch wirklich versucht diese 3 Millionen vom Baumeister Müllner hereinzubekommen. D. h., damals sind wir schon immer wieder getröstet worden und es ist uns irgendetwas erzählt worden was nicht stimmt und das hat sich über die Jahre fortgesetzt, und mit dem gleichen Schmach, wir müssen jetzt das schnell tun, sonst ist die Vorwärts unten. So wird auch heute wieder gearbeitet und das ist nicht wahr. Ganz im Gegenteil. Wenn das heute beschlossen wird, dann wissen wir überhaupt nicht welche Auswirkungen das hat. Im schlimmsten Fall muss die Vorwärts dafür auch noch Einkommenssteuer bezahlen, im schlimmsten Fall ist nicht alles getilgt was wir da jetzt drinnen haben. Also, wir wissen es überhaupt nicht, aber wir machen es und das ist interessant und das war bei der ganzen Causa Vorwärts immer per Dringlichkeit, weil per Dringlichkeit heißt, schnell einmal drüber, in der Hoffnung es liest sich nicht jeder alles wirklich durch und es ist dann endlich einmal vom Tisch. Jedes Mal haben wir gesehen, dass es nicht vom Tisch ist und es ist wieder etwas nachgekommen.

Von daher, wer wirklich seine Funktion hier im Gemeinderat ernst nimmt, weitreichende Entscheidungen zu überlegen, kann diesem Dringlichkeitsantrag sicherlich nicht die Zustimmung geben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Altmann.

GEMEINDERAT
DI CHRISTIAN ALTMANN:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, voraussichtlich zum letzten Mal darf ich mich zu dieser Causa zu Wort melden. Ich habe drei kurze Fragen, wo ich dann den Abschlussredner, und das wird voraussichtlich der Bürgermeister sein, um Beantwortung bitte. Und zwar ist die erste Frage, was jetzt eigentlich ist, haften wir nun wir als Stadt alleine oder haften andere aus dem Vorstand auch? Zahlen wir alleine und zahlen wir die Schulden der anderen jetzt auch mit? Zweite Frage: Welche Vereinbarung gibt es dann mit der Vorwärts? Die Vorwärts ist ja dann quasi schuldenfrei. Was ist dann mit dem Baurecht? Dritte Frage: Was ist mit der Lustbarkeitssteuer? Da haben wir ja den Beschluss, dass wir der Vorwärts die Lustbarkeitssteuer und die Kommunalsteuer als Subvention anerkennen, widerrufen. Wie wird es da ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Was war die zweite Frage?

GEMEINDERAT
DI CHRISTIAN ALTMANN:

Welche Vereinbarung gibt es jetzt mit der Vorwärts? Die Vorwärts ist ja dann schuldenfrei. Was ist dann mit dem Baurecht?

Die dritte Frage ist, was ist mit der Lustbarkeitssteuer? Den Beschluss den wir einmal getroffen haben, das der Vorwärts, also die Lustbarkeitssteuer und die Kommunalsteuer als Subvention zuerkennen, haben wir eigentlich widerrufen.

Abschließend noch einmal, um es einfach klar zusammen zu fassen, wir, von der ÖVP-Fraktion, vertreten ganz

klar die Auffassung, dass wir schon gezahlt haben und dass wir deshalb diesem Antrag absolut nicht die Zustimmung geben sollten. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Dr. Schmoll, könnten sie kurz Stellung nehmen.

OMR DR. GERALD SCHMOLL:

Ich darf mich noch einmal zu Wort melden, um eine Aufklärung zu machen. Es ist richtig, in einem Aktenvermerk vom November vergangenen Jahres, ich habe ihn jetzt nicht mit, habe ich nach einem Gespräch mit Dr. Peterseil auf die mögliche Gefahr einer Steuerzahlung für den Verein Vorwärts hingewiesen. Jetzt liegt in der Zwischenzeit, von letzter Woche, ein Gutachten der Steuerkanzlei Dr. Schwarz vor, das besagt, dass aufgrund der Gemeinnützigkeit mit großer Wahrscheinlichkeit eine steuerliche Inanspruchnahme des Vereines auch für einen möglichen Sanierungsgewinn nicht in Betracht kommt.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Aber nicht mit Sicherheit.

OMR DR. GERALD SCHMOLL:

Wenn eine Inanspruchnahme, selbst bei Vereinen wie Bundesligavereinen Innsbruck und Ähnliches, wurde es anerkannt. Es geht um die Gemeinnützigkeit.

Man wird, das ist seine Meinung und auch meine, einem kleinen Verein der nicht mehr Bundesliga spielt, sondern Landesliga Ost, dann erst recht die Gemeinnützigkeit zuerkennen müssen. Sollte das nicht sein, meint Dr. Schwarz, dass das mit den Verlusten aus früheren Jahren, die zum Zeitpunkt des Konkurses ja immer noch bestehen, ausgeglichen werden könnte. Al-

so, die steuerliche Inanspruchnahme ist praktisch ausgeschlossen, laut Gutachten von Dr. Schwarz.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich GR Eichhübl.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, ich habe mich ja eingangs der Sitzung bereits mit diesem Dringlichkeitsantrag, im Namen der Freiheitlichen GR-Fraktion, befasst, daher kann ich mich sehr kurz halten.

Ich bekräftige nochmals, dass wir diesem Antrag inhaltlich die Zustimmung deswegen nicht geben können, weil auch wir die Auffassung vertreten, dass noch viele Frage ungeklärt sind. In erster Linie ist es tatsächlich so, dass die Stadt Steyr für diese 600.000 Euro, die jetzt im Antrag drinnen stehen, zur Haftung herangezogen werden kann, weil abzuklären ist, inwieweit die Stadt ihre Anforderungen erfüllt hat, im Zusammenhang des Grundstücksdeals mit Staffelmayr, und einige andere Fragen auch. Aber es ist primär. Wie gesagt, geht es auch uns darum, ob aus dieser Geschichte heraus noch nicht andere rechtliche Beurteilungen möglich sind. Das gehört abgeklärt.

Zum 2. darf ich hier schon feststellen, nachdem ja auch die SPÖ-Fraktion bzw. auch der Herr Bürgermeister immer sehr bedacht darauf ist, dass auch die Dringlichkeit, bei Anträgen die eingebracht werden, tatsächlich die Begründung erfüllen. Dieser Antrag erfüllt bei Weitem die Dringlichkeit nicht. Und zwar deswegen nicht, auch aus formalen Gründen, Herr Bürgermeister, ist der nicht zulässig, weil da steht ausdrücklich hier herinnen, unter Begründung der Dringlichkeit, ist der Antrag deshalb gegeben, weil in ähnlicher

Form, knapp vor dieser GR-Sitzung, in der Sitzung des Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses vom 11. 2. 2008 erfolgte und dieser Antrag in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Thema der außerordentlichen Sitzung des Gemeinderates steht. Eine spätere Beschlussfassung des Gemeinderates kann ohne Nachteil für die gegenständliche Angelegenheit nicht abgewartet werden. Herr Bürgermeister, ich möchte klar stellen, diese Sitzung wurde nicht so wie üblich von dir einberufen, sondern aufgrund eines Antrages der Opposition einberufen. Was wäre gewesen, wenn diese heutige Sitzung nicht stattgefunden hätte? Dann hätten wir das bei der nächsten GR-Sitzung gemacht und damit ist die Frage beantwortet, Herr Bürgermeister, der Antrag ist aus sachlichen Gründen nicht gerechtfertigt.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke. Was sagt denn der Jurist dazu?

MD-STV. PRÄSIDIARDIREKTOR
SR DR. GERHARD ALPHASAMER:
Da gibt es viele Meinungen von mehreren.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Also, zum Herrn GR Altmann. Wir sind Bürge über 9 Millionen Schilling. Das ist klar. Zur Frage zwei, welche Vereinbarung wird mit dem Verein Vorwärts geschlossen? Da sage ich einmal, grundsätzlich eine Vereinbarung so wie es auch mit anderen Fußball-

clubs in Steyr üblich ist. Wir werden da nicht irgendwelche anderen Vereinbarungen machen. Es wird natürlich irgendwelche Vereinbarungen noch geben müssen über Parkplatz usw. Da sind bereits Vorschläge am Tisch und da werden wir entsprechende Vereinbarungen mit der Vorwärts treffen. Zum Thema Lustbarkeitsabgabe wird auch so vorgegangen wie mit allen anderen Vereinen. Da werden wir doch keine Unterschiede machen. Das wäre ja lächerlich. Ich bitte um die Abstimmung.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Herr Bürgermeister, die Frage ist noch nicht beantwortet, wie viel das letztlich ausmacht an Betrag?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
635.000 beschließen wir heute.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Wir nehmen ja ein Darlehen auf.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist so wie bei allen anderen Anträgen wo es um Summen geht, wird das genauso auch bei dem sein. Wir machen immer eine Kreditaufnahme und da machen wir auch immer einen Beschluss zu Jahresbeginn und die Bedingungen sind dort festgelegt. Ich kann das nicht auf Cent und Euro jetzt genau bringen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Aber beschließen kann man es schon.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Na selbstverständlich. So wie immer. Es gibt eigentlich jetzt keine Wortmeldungen mehr.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Es war jetzt das Schlusswort vom Bürgermeister. Wir kommen zur Abstimmung über den Abänderungsantrag. Wer für den Abänderungsantrag zum Dringlichkeitsantrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. ÖVP, Grüne, FPÖ, Bürgerforum. Wer ist dagegen? SPÖ. Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Hauptantrag. Wer dafür ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ. Wer ist dagegen? ÖVP, Grüne, FPÖ, Bürgerforum. Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Der Hauptantrag wurde mehrheitlich angenommen. Danke.

Damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung. Ich wünsche allen noch einen schönen Abend.

ENDE DER SITZUNG: 21.45 UHR

DER VORSTIZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Thomas Schwingshackl eh.

Gabriele Obermair eh.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR Mag. Stephan Keiler LL. M. eh.

GR Dr. Birgitta Braunsberger-Lechner eh.